



05

2007

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

Personenverkehr
Informatikausbildung



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Romy Feldmann

In Rheinland-Pfalz nutzten im Jahr 2005 fast 266 Mill. Fahrgäste den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen. Die Straßenbahn kam dabei nur in den beiden größten rheinland-pfälzischen Städten Mainz (Foto) und Ludwigshafen zum Einsatz.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

05 2007

Statistische Monatshefte

60. Jahrgang

Inhalt

kurz + aktuell	301
Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005	311
Informatikausbildung in Rheinland-Pfalz	319
Die Bedeutung und Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken	328
Daten zur Konjunktur	336
Zahlenspiegel	361
Neuerscheinungen	371

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

In Rheinland-Pfalz leben fast 107 000 Bürgerinnen und Bürger aus den anderen EU-Staaten

Ende 2006 lebten 106 640 Staatsangehörige von anderen Mitgliedsländern der EU in Rheinland-Pfalz. Das waren 36,4% aller im Land lebenden Ausländer. In dieser Zahl enthalten sind 2 945 Rumänen und 1 792 Bulgaren; die beiden Staaten sind zum 1. Januar 2007 der EU beigetreten.

Die mit Abstand meisten in Rheinland-Pfalz lebenden nichtdeutschen EU-Angehörigen sind Italiener (27 383), an 2. Stelle liegen die Polen (19 274). Die kleinsten Gruppen der im Land lebenden Unionsbürger stammen aus Zypern (56) und Malta (30).

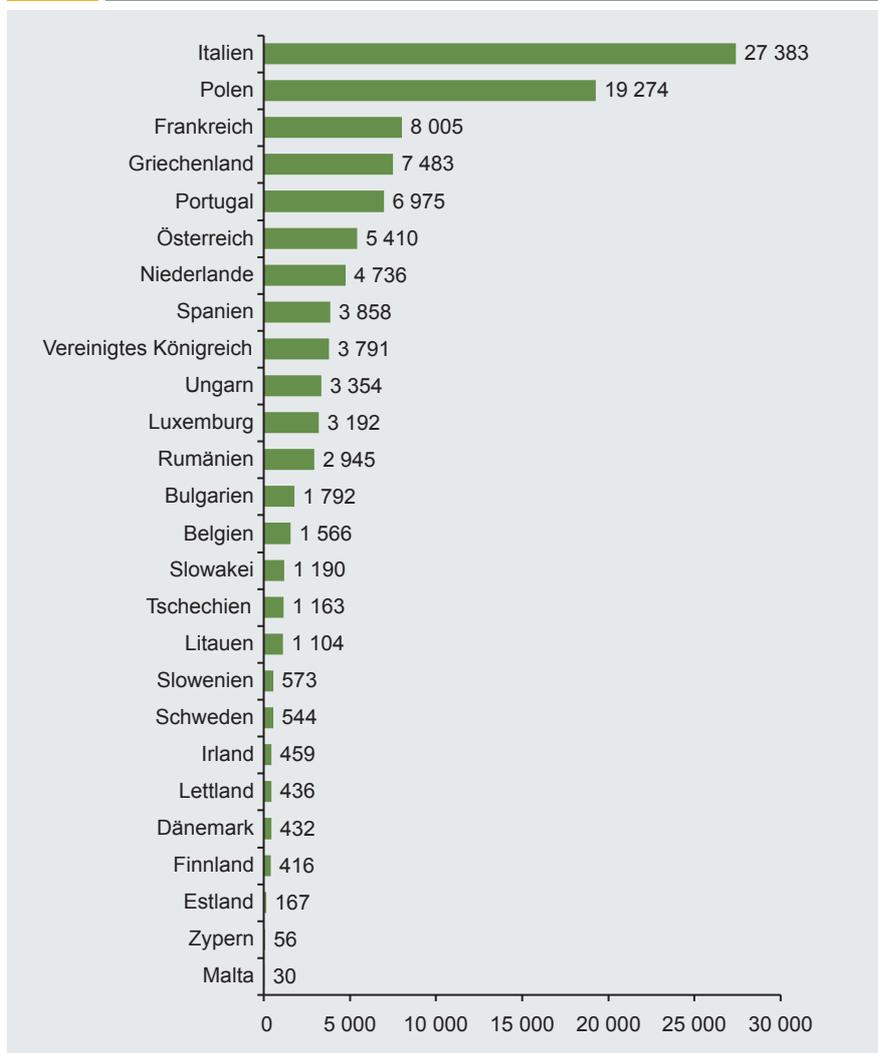
Die EU-Bürger leben im Schnitt seit 18,9 Jahren in Deutschland. Die längste durchschnittliche Aufenthaltsdauer weisen die Österreicher auf (28 Jahre), gefolgt von den Spaniern (25,8 Jahre) und den Italienern (25,5 Jahre). Die in Rheinland-Pfalz lebenden Slowaken sind durchschnittlich seit 5,2 Jahren in Deutschland, die aus Litauen stammenden Mitbürgerinnen und Mitbürger seit 5,4 Jahren.

Kräftiger Auftragsschub im Februar

14% mehr Bestellungen bei der rheinland-pfälzischen Industrie

Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz erhielt im Februar 2007 deutlich mehr Aufträge als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Auftragsgänge legten preisbereinigt um

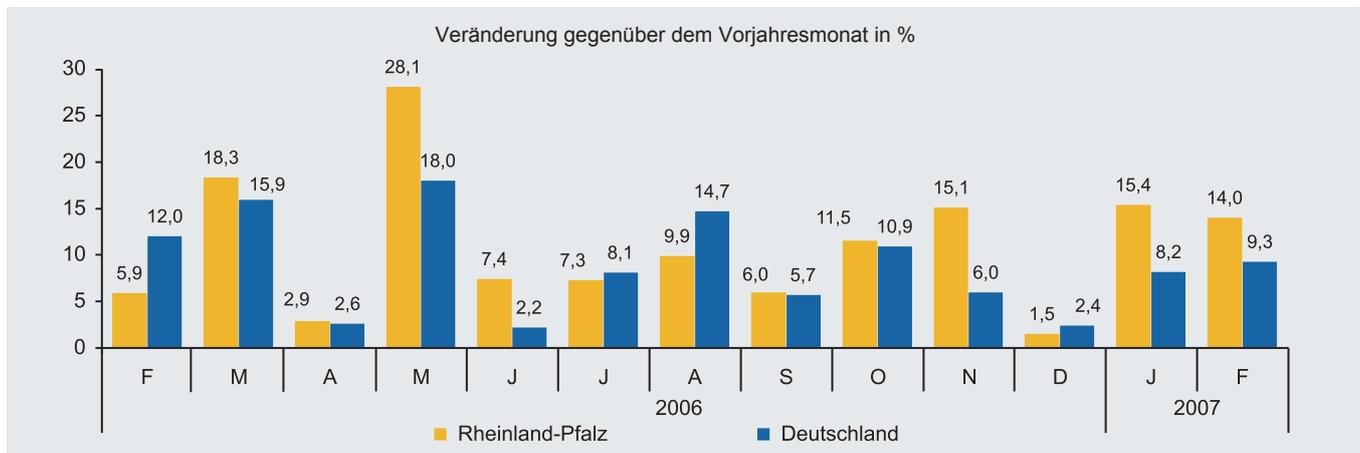
Nichtdeutsche EU-Bürger in Rheinland-Pfalz 2006 nach Mitgliedstaaten



14% zu. Zweistellige Zuwachsraten gab es bei den Bestellungen sowohl aus dem Inland (+15,7%) als auch aus dem Ausland (+12,5%). Damit wurde die positive Tendenz des Vormonats fortgesetzt. Die Auftragsentwicklung übertraf deutlich das Bundesergebnis. In ganz Deutschland gingen im Februar 9,3% mehr Aufträge ein als im Februar 2006. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich um 10,3%, die aus dem Inland um 8,4%.

Der rheinland pfälzische Fahrzeugbau meldete starke Inlands- wie Auslandsauftragseingänge und verzeichnete insgesamt ein Auftragsplus von knapp 32% gegenüber Februar 2006. Die chemische Industrie legte um 12,8% zu, gefolgt von den Maschinenbauern mit einem Auftragsplus von 8,8% und den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren, die einen Anstieg der Auftragseingänge von 8,5% meldeten.

Auftragseingangindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. Seit Januar 2007 werden im verarbeitenden Gewerbe nur noch Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen befragt; früher waren die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten auskunfts-

pflichtig. Durch das Erste Mittelstandsentlastungsgesetz wurden in Rheinland-Pfalz gut 1 000 Betriebe von den monatlichen Berichtspflichten entlastet; aktuell werden noch 1 030 Betriebe befragt. Um die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen des Vorjahres zu gewährleisten, wurden entsprechende Rückrechnungen vorgenommen.

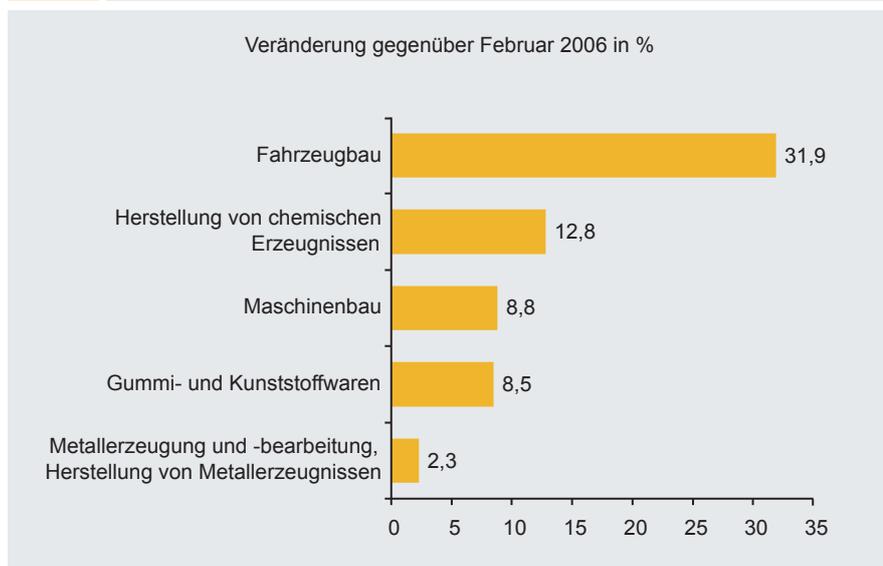
Erwerbslose suchen überwiegend Vollzeitstellen

Viele wären aber auch mit Teilzeitjob zufrieden

Viele Erwerbslose sind hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel. Zwar streben drei Viertel primär eine Vollzeitstelle an, aber immerhin 30% würden sich auch mit einer Teilzeitstelle begnügen, um die Erwerbslosigkeit zu beenden. Das hat die Mikrozensusbefragung im Jahr 2006 ergeben. Für 46% der rund 163 000 Erwerbslosen kommt nur eine Vollzeitstelle in Frage, 15% suchen ausschließlich eine Teilzeitbeschäftigung, 6% bevorzugen einen Teilzeitjob, würden aber auch eine volle Stelle annehmen.

Die Präferenzen von Frauen und Männern unterscheiden sich deutlich: 59% der Männer, aber nur 29% der Frauen gaben an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen streben 31% der Frauen unbedingt eine Teilzeitstelle an, bei den

Auftragseingangindex im verarbeitenden Gewerbe im Februar 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

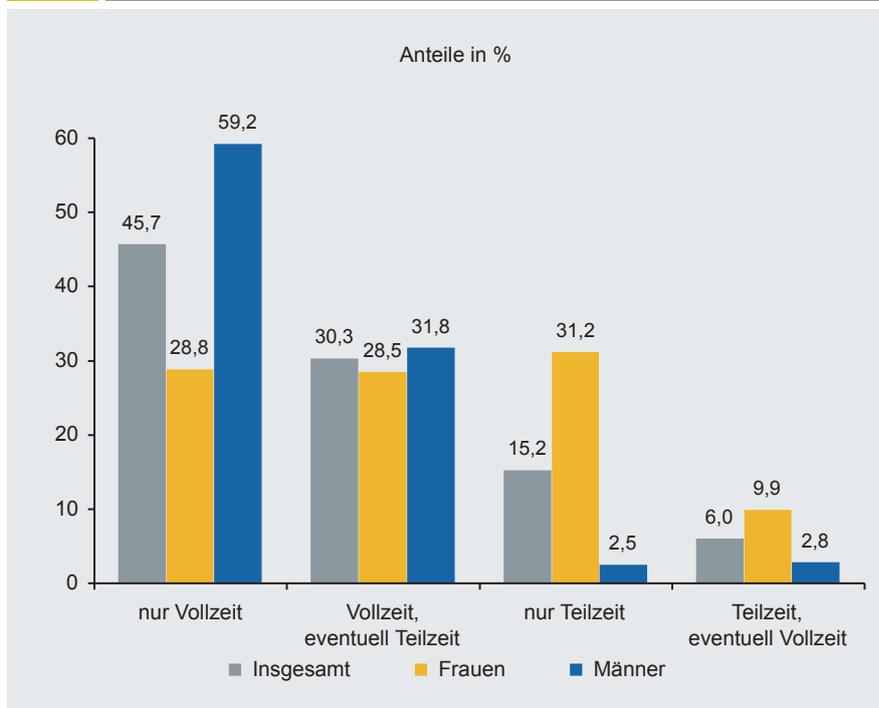


Männern sind es lediglich 2,5%. Der Anteil derjenigen Erwerbslosen, die zwar eine Vollzeitstelle suchen, aber auch mit einem Teilzeitjob zufrieden wären, ist bei den Männern mit knapp 32% etwas höher als bei den Frauen (29%).

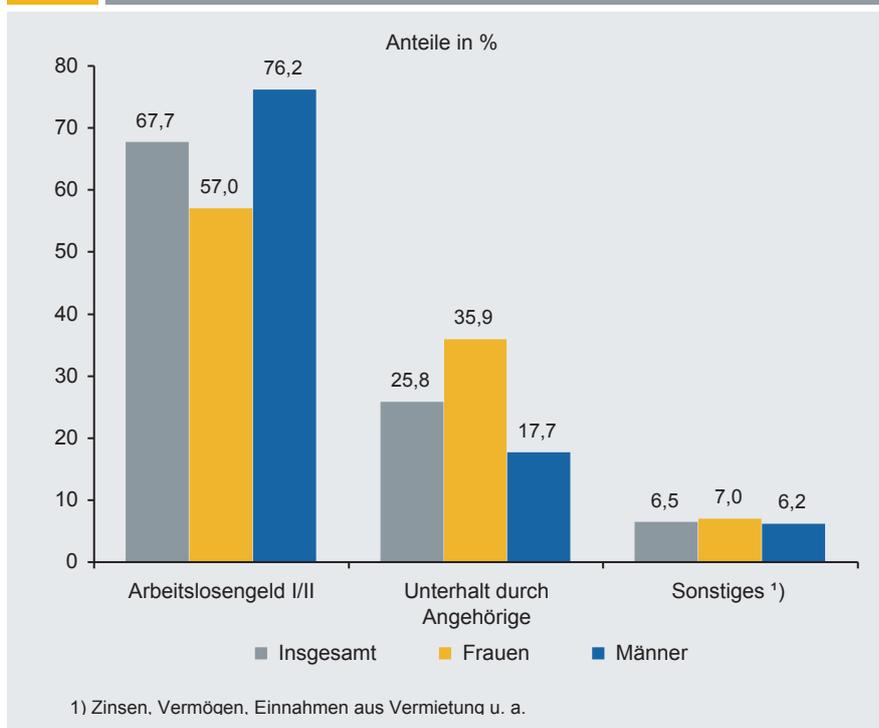
Mehr als zwei Drittel der Erwerbslosen bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 26% werden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld ist für 76% der Männer und 57% der Frauen Haupteinnahmequelle; knapp 18% der Männer und 36% der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Die Daten stammen aus der Mikrozensusbefragung 2006. Bei dieser jährlichen Erhebung wird 1% aller Haushalte über ihre wirtschaftliche und soziale Situation befragt. Als erwerbslos gelten nur solche Personen, die normalerweise erwerbstätig, zurzeit nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und noch keine neue Stelle gefunden haben, sowie Schulabgänger, die sich um eine Lehr- oder Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand beim Arbeitsamt als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist bzw. Arbeitslosengeld I oder II bezieht. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehefrauen, gelten nicht als erwerbslos.

Erwerbslose in Rheinland-Pfalz 2006 nach Art der gesuchten Tätigkeit und Geschlecht



Erwerbslose in Rheinland-Pfalz 2006 nach überwiegendem Lebensunterhalt und Geschlecht



In Rheinland-Pfalz werden im Rahmen des Mikrozensus jährlich 18 000 Haushalte befragt.

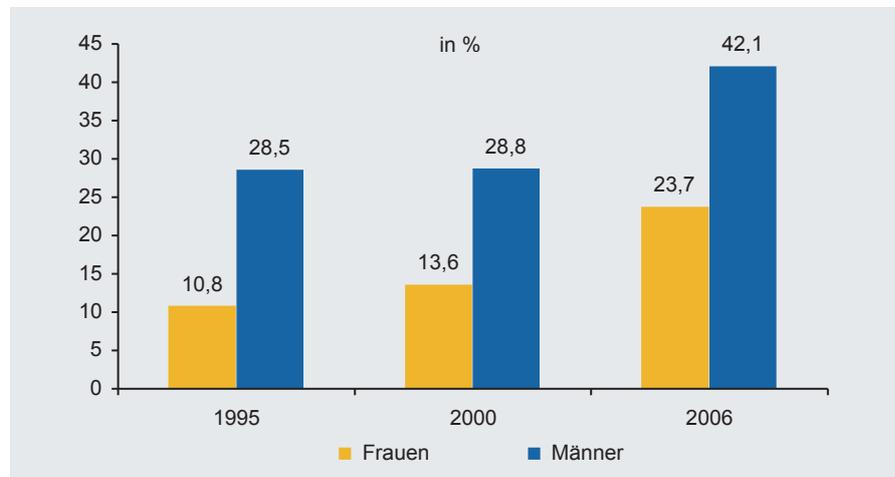
Mehr ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger erwerbstätig

In den letzten Jahren hat sich die Zahl der 60- bis 65-jährigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, deutlich erhöht. Sie stieg von 45 000 im Jahr 1995 um fast 50% auf über 66 000 im Jahr 2006. Damit lag der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe im Jahr 2006 bei knapp 33% (1995: 19,6%), wobei insbesondere in den letzten Jahren ein erheblicher Anstieg der Erwerbsbeteiligung bei den 60- bis 65-Jährigen festzustellen ist.

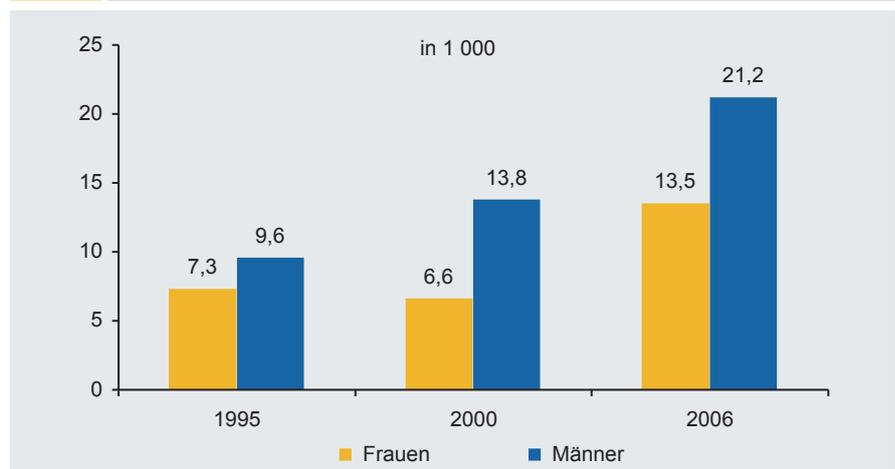
Aufgrund der höheren Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand sind es vor allem Männer, die nach ihrem 60. Lebensjahr noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen. So standen im Jahr 2006 mehr als 42% (1995: 28,5%) der 60- bis 65-jährigen Männer im Erwerbsleben; bei den Frauen gleichen Alters betrug der Anteil knapp 24% (1995: 10,8%). Allerdings stieg die Zahl der 60- bis 65-jährigen erwerbstätigen Frauen seit 1995 stärker als die vergleichbare Zahl bei den Männern.

Nicht wenige Mitbürgerinnen und Mitbürger verbleiben auch nach dem 65. Lebensjahr noch im Erwerbsleben. So lag die Erwerbstätigenquote bei den über 65-Jährigen im Jahr 2006 bei 4,3% (1995: 2,5%). Selbst

Erwerbstätigenquoten der 60- bis 65-Jährigen 1995, 2000 und 2006 nach Geschlecht



Erwerbstätige im Alter von 65 Jahren und älter 1995, 2000 und 2006 nach Geschlecht



in dieser Altersgruppe ist somit ein deutlicher Anstieg der Erwerbsbeteiligung festzustellen.

Die Daten stammen aus dem Mikrozensus. Als Erwerbstätige gelten alle Personen im Alter von 15 Jahren und älter, die zumindest eine Stunde pro Woche für Lohn oder ein sonstiges Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Die Erwerbstätigenquote ist als prozentualer Anteil der

Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung definiert.

14 660 Wohnungen im Jahr 2006 fertiggestellt

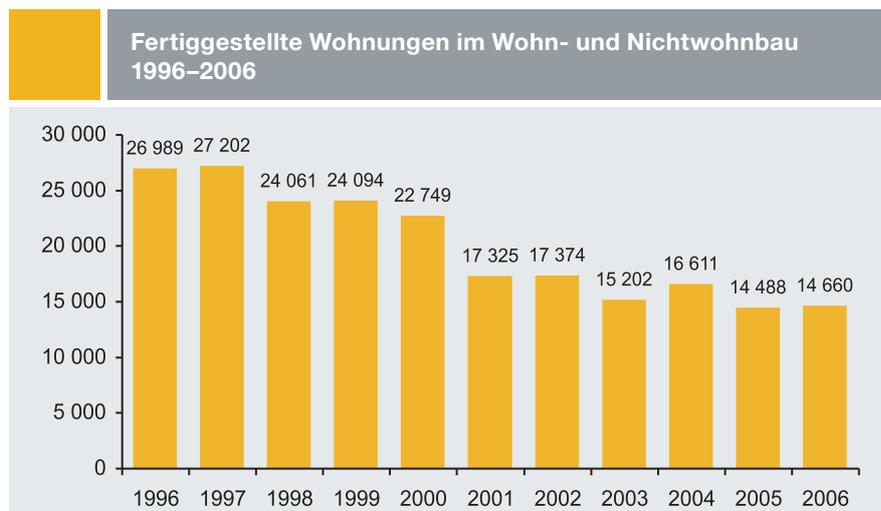
Veranschlagte Baukosten stiegen auf knapp 3,5 Mrd. Euro

Im Jahr 2006 wurden in Rheinland-Pfalz 14 660 Wohnungen fertiggestellt; das waren 1,2% mehr als im Jahr zuvor. Damit blieb der Woh-

nungsneubau im vierten Jahr in Folge auf dem Niveau der 1980er-Jahre, nachdem es in den 1990er-Jahren einen Bauboom gegeben hatte. Die veranschlagten Baukosten erhöhten sich im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,3% auf knapp 3,5 Mrd. Euro. Die Wohnfläche blieb im Vergleich zum Jahr 2005 in etwa konstant bei 1,9 Mill. m².

Die fertiggestellten Wohnungen befanden sich ganz überwiegend in neuen Gebäuden; daneben wurden aber auch 5 162 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden durchgeführt. So wurden 2006 insgesamt 1 614 Wohnungen in bestehenden Gebäuden fertiggestellt; die veranschlagten Baukosten betragen 646 Mill. Euro. Die Zahl der Wohnungen und die Baukosten erhöhten sich jeweils um etwa 5%.

Die Daten zu den Baufertigstellungen melden die Bauaufsichtsbehörden an das Statistische Landesamt.

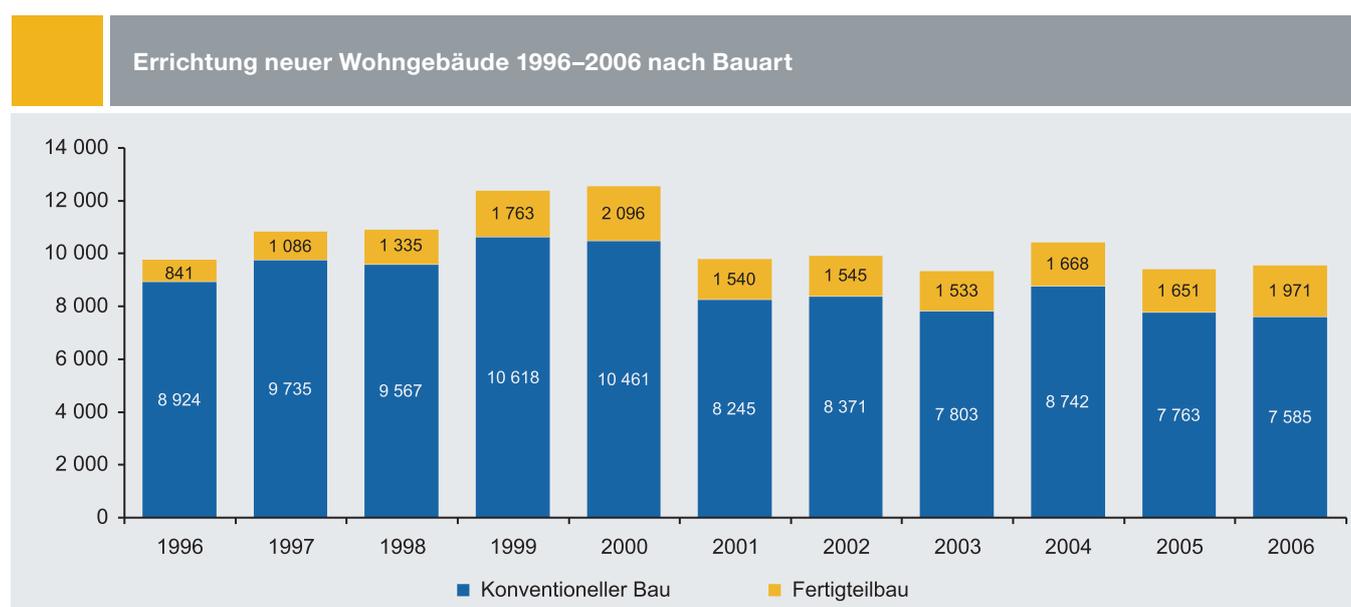


Anteil der Wohngebäude in Fertigteilbauweise steigt

Holz bevorzugter Baustoff

Fertighäuser sind entgegen dem allgemeinen Trend der Wohnungsbautätigkeit sehr gefragt. Der Anteil der Fertighäuser an allen neuen Wohngebäuden hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre in Rheinland-Pfalz mehr als verdoppelt. Im Jahr 1996 wurden 8,6% aller Wohngebäude in

Fertigteilbauweise erstellt, im Jahr 2006 waren es 20,6%. In diesem Zeitraum waren für Gebäude in Fertigteilbauweise durchschnittliche jährliche Zuwachsraten von gut 10% zu beobachten, während es bei den neuen Wohngebäuden insgesamt nur einen Zuwachs von 0,3% gab und Wohnhäuser in konventioneller Bauweise einen durchschnittlichen jährlichen Rückgang um 1% verzeichneten.



Insbesondere die Bauherren von Ein- und Zweifamilienhäusern setzen auf die Fertigteilbauweise. Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2006 wurden 17,4% der Einfamilien- und 9,6% der Zweifamilienhäuser so gebaut; bei Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen lag der Anteil des Fertigteilbaus bei 2,7%.

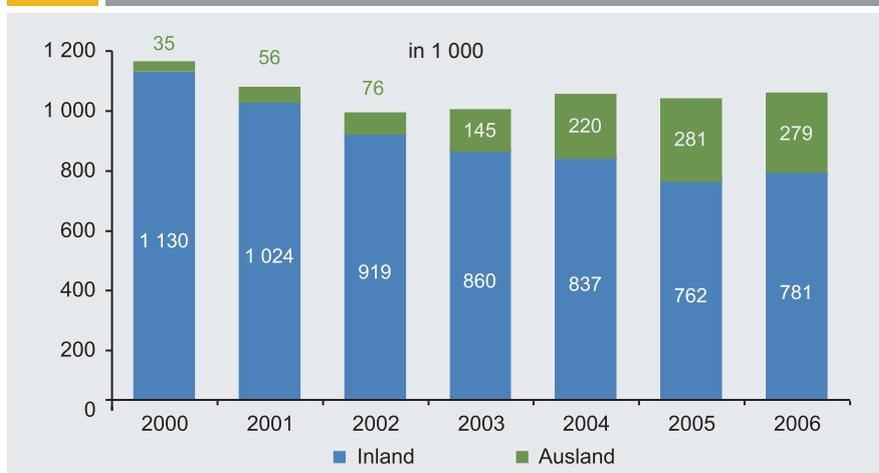
Holz ist im Fertigteilbau der mit Abstand am häufigsten verwendete Baustoff. Knapp 88% aller von 1996 bis 2006 neu errichteten Wohngebäude in Fertigteilbauweise waren überwiegend aus Holz.

Fertighäuser sind in der Regel kleiner als Wohngebäude in konventioneller Bauweise. Die Wohnfläche von Einfamilienhäusern in Fertigbauweise lag im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2006 bei 134 m², bei konventionell errichteten Gebäuden waren es 149 m².

Der Anteil der in Fertigteilbauweise errichteten Gebäude war in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz mit rund 15% höher als im Bundesdurchschnitt. In ganz Deutschland lag der Anteil der Fertighäuser in den vergangenen Jahren in etwa konstant bei durchschnittlich fast 13%. Knapp 14% der neu gebauten Einfamilienhäuser entstanden in dieser Bauweise; bei den Zweifamilienhäusern waren es rund 11%. Gebäude mit mehr als zwei Wohnungen wurden zu knapp 3% in Fertigteilbauweise errichtet.

Die Daten stammen aus den monatlichen Meldungen der Bauämter.

Schlachtungen von Schweinen 2000–2006 nach Herkunft



Fleischerzeugung in Rheinland-Pfalz geringfügig gestiegen

Mit gut 130 000 t wurde im Jahr 2006 in Rheinland-Pfalz 0,6% mehr Fleisch erzeugt als im Jahr zuvor. In ganz Deutschland wurden nach vorläufigen Angaben fast 5,9 Mill. t produziert (+3,3%). Der rheinland-pfälzische Anteil an der Gesamtschlachtmenge betrug also lediglich 2,2%.

Rund 74% der rheinland-pfälzischen Schlachtmenge entfielen auf Schweinefleisch; Rind- und Kalbfleisch erreichten einen Anteil von fast 25%. Bundesweit lag der Anteil des Schweinefleisches an der Gesamtmenge bei 79%.

Im Jahr 2006 wurden rund 1,06 Mill. Schweine, 104 000 Rinder und 52 000 Schafe geschlachtet. Wie bereits im Vorjahr wurden etwa 24% der in Rheinland-Pfalz geschlachteten Tiere aus dem Ausland importiert. In den zurückliegenden Jahren hat

sich die Zahl der von ausländischen Betrieben angelieferten Tiere stetig erhöht. Bei diesen Importen handelte es sich fast ausschließlich um Schweine.

Die Zahlen zur Schlachtungsstatistik werden aus den monatlichen Angaben der amtlichen Tierärzte und Fleischkontrolleure aufbereitet.

Zahl der Neuhabilitationen rückläufig

54 Wissenschaftler erlangten Lehrberechtigung an Hochschulen

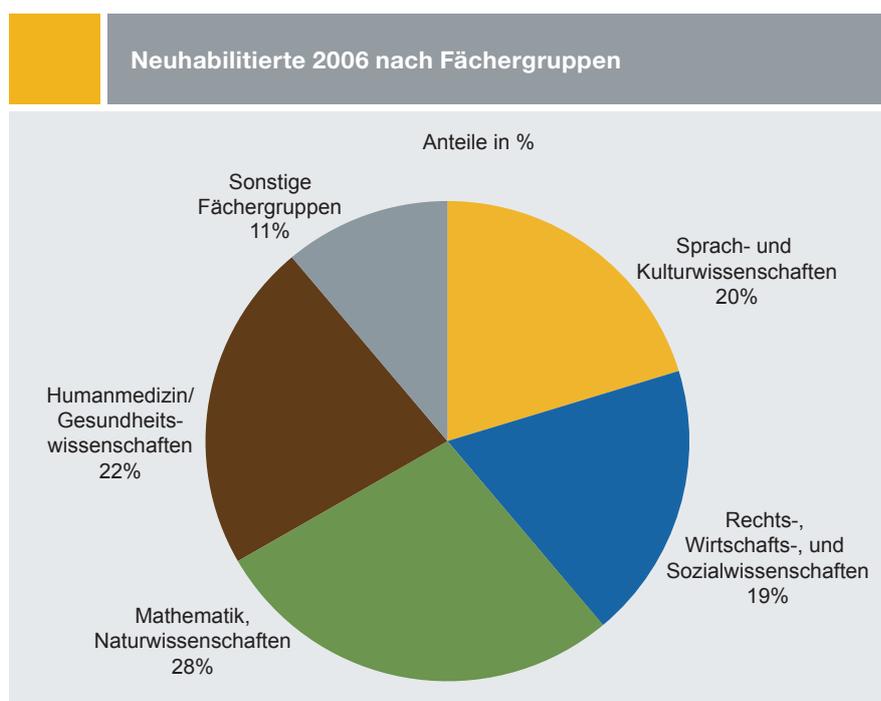
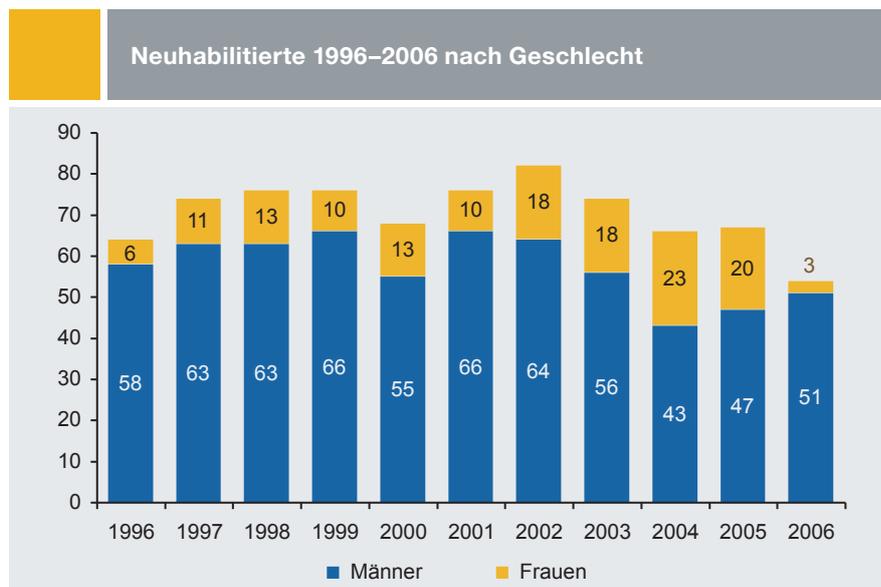
An rheinland-pfälzischen Hochschulen habilitierten sich im vergangenen Jahr 51 Männer und drei Frauen. Sie erbrachten den Nachweis der wissenschaftlichen Lehrbefähigung und dürfen künftig den Titel „Privatdozentin“ bzw. „Privatdozent“ führen. Außerdem können sie sich mit dieser Qualifikation um eine Hochschulprofessur bewerben.

Die Zahl der Neuhabilitierten war um 13 niedriger als im Jahr 2005. Während bei den Männern noch eine leichte Zunahme um vier Lehrbefähigungen registriert wurde, sank die Zahl der weiblichen Neuhabilitierten von 20 auf nunmehr drei. Die rückläufige Zahl der Habilitationen muss auch vor dem Hintergrund der im Jahr 2002 eingeführten Juniorprofessur gesehen werden. Die Habilitation ist seither nicht mehr der einzige Weg zur Professur.

Die meisten Habilitationsarbeiten wurden 2006 – wie in den vergangenen Jahren – an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz verfasst (21). Es folgte mit 15 Habilitationsschriften die Universität Trier vor der Technischen Universität Kaiserslautern (7). An der Universität Koblenz-Landau habilitierten sich sechs, an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung Vallendar drei und an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar zwei Wissenschaftler.

Die meisten Habilitationen wurden in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften abgeschlossen (15). Zwölf Lehrbefähigungen wurden in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften, elf in Fachgebieten der Sprach- und Kulturwissenschaften und zehn in rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächern erlangt.

Das durchschnittliche Habilitationsalter lag, wie schon 2005, bei knapp 41 Jahren. Über die Hälfte der neu



habilitierten Akademikerinnen und Akademiker (28) war zwischen 35 und 41 Jahre alt. Der jüngste „Nachwuchswissenschaftler“ war 29, der älteste 61 Jahre.

31 Neuhabilitierte (57%) standen zum Zeitpunkt der Habilitation in einem Beschäftigungsverhältnis zur Hoch-

schule, zwölf von ihnen in einer Dauerstellung und 19 in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Die Zahlen stammen aus der Statistik der Neuhabilitierten 2006. Diese Daten werden von den Hochschulen einmal jährlich an das Statistische Landesamt gemeldet.

Mädchen konzentrieren sich nach wie vor auf Dienstleistungsberufe

Bei der Wahl ihres Ausbildungsberufes entscheiden sich noch immer nur wenige Mädchen und junge Frauen für typisch „männliche“ Berufsfelder. Gerade in den technischen und techniknahen Bereichen sind Frauen stark unterrepräsentiert.

Überdurchschnittlich viele Mädchen ergreifen einen Dienstleistungsberuf. Im Jahr 2005 begannen knapp 88% der weiblichen Berufsanfänger eine Ausbildung in diesem Bereich. Lediglich 8,6% der jungen Frauen nahmen eine Ausbildung in einem Fertigungsberuf auf, 2,1% entschieden sich für eine Ausbildung in einem Beruf der Land-, Tier- und Forstwirtschaft und 1,9% für einen technischen Beruf. Zum Vergleich: Fast zwei Drittel der jungen Männer strebten in Fertigungsberufe und nur 29% von ihnen begannen eine Ausbildung in einem Dienstleistungsberuf.

Die zehn von Mädchen am häufigsten gewählten Berufe waren allesamt Dienstleistungsberufe. Die meisten Berufsanfängerinnen (10,1%) entschieden sich für eine Ausbildung zur Bürokauffrau. Eine Ausbildung zur Arzthelferin begannen 7,4% und zur Friseurin 6,4% der Berufsanfängerinnen. Mit jeweils 6,2% folgten auf den Plätzen vier und fünf angehende Kauffrauen im Einzelhandel sowie Fachverkäuferinnen im Nahrungsmittelhandwerk. Die weiteren Plätze dieser Rangskala belegten die



Berufe Verkäuferin (5,3%), Zahnmedizinische Fachangestellte (4,6%), Industriekauffrau (4,5%), Hotelfachfrau (4,4%) und Kauffrau für Bürokommunikation (3,4%).

Bei den jungen Männern gehörten demgegenüber acht der zehn am häufigsten gewählten Berufe zum Fertigungsbereich. Die ersten drei Plätze belegten hier Kraftfahrzeugmechatroniker (7,2%), Elektroniker (7%) und Anlagenmechaniker (4,9%). Lediglich zwei der „männlichen“ Top Ten (Kaufmann im Einzelhandel sowie Bürokaufmann) waren Dienstleistungsberufe.

Mädchen sind in bislang typischen „Männerberufen“ die Ausnahme. Im Jahr 2005 nahm beispielsweise keine Einzige eine Ausbildung zur Estrichlegerin oder Maurerin auf. Den Beruf Zimmerin ergriff eine, den Beruf Dachdeckerin wählten zwei und den der Fleischerin fünf junge Damen. Immerhin jeweils 36 Berufsanfängerinnen entschieden sich für eine Ausbildung zur Kraftfahrzeugmechatronikerin bzw. Tischlerin. Eine Berufsausbildung zur Konditorin starteten 43 Frauen und 68 der Berufsanfängerinnen des Jahres 2005 ließen sich zur Bäckerin ausbilden.

Ein vergleichbares Bild zeigt sich auch beim akademischen Nachwuchs. Zwar sind nach vorläufigen Ergebnissen im Wintersemester 2006/07 gut die Hälfte der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen Frauen, in technischen sowie naturwissenschaftlichen Studiengängen

sind sie jedoch eindeutig unterrepräsentiert. Knapp 37% der rund 51 600 Studentinnen immatrikulierten sich in sprach- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Fächern; sie waren in diesem Bereich mit einem Anteil von 71% vertreten. Etwa 31% der Studentinnen wählten Studienfächer der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der Frauenanteil erreichte in dieser Fächergruppe 47%. Lediglich knapp 15% bzw. rund 7% der Studentinnen belegten mathematisch-naturwissenschaftliche bzw. ingenieurwissenschaftliche Disziplinen. In den beiden letztgenannten Bereichen waren Frauen nur mit 39 bzw. 27% vertreten.

Weniger Unfälle, aber mehr Verletzte

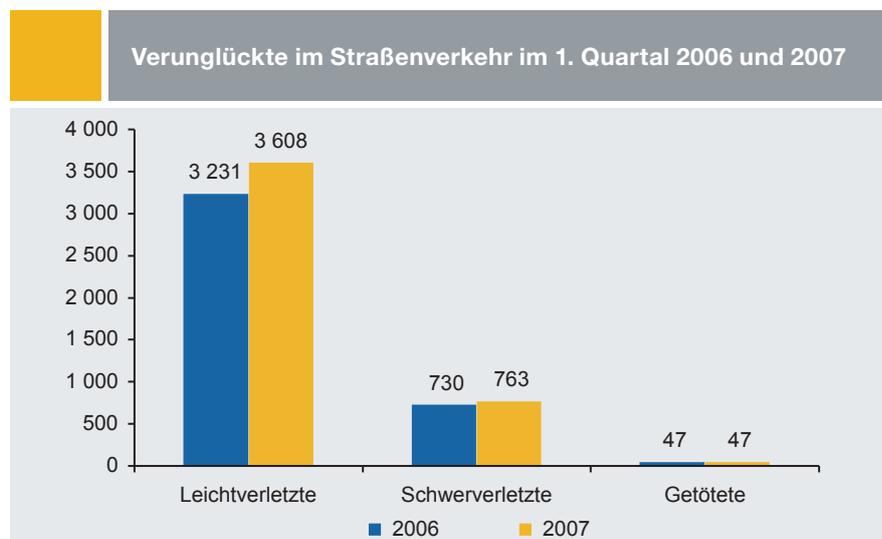
Straßenverkehr forderte in den ersten drei Monaten 47 Menschenleben

Trotz sinkender Unfallzahlen wurden in Rheinland-Pfalz im ersten Quartal dieses Jahres mehr Menschen im Straßenverkehr verletzt. Die Polizei-

dienststellen registrierten von Januar bis März 28 716 Unfälle, das waren 4,8% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Ihr Leben verloren 47 Menschen, ebenso viele wie im ersten Quartal 2006. Schwer verletzt wurden 763 Unfallbeteiligte, 4,5% mehr als in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 3 608 um rund 12% höher als im Vorjahreszeitraum. Bei 25 356 Unfällen entstand lediglich Sachschaden.

Die Zahl der innerörtlichen Unfälle lag bis Ende März 2007 bei 14 899, das waren 2,7% weniger als im ersten Vorjahresquartal. Außerhalb von Ortschaften verzeichnete die Polizei 6 932 Unfälle und damit deutlich weniger als im Vorjahreszeitraum (-13,5%). Auf den Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz ereigneten sich 1 436 Unfälle; das entspricht einem Rückgang um 2,7%.

Die Ergebnisse basieren auf den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im April 2007

Nachdem die Jahresteuerrate für Rheinland-Pfalz in den letzten Monaten kontinuierlich angestiegen war, konnte für den Monat April erstmals wieder ein leichter Rückgang festgestellt werden. Dämpfend auf den Preisindex wirkte sich der vergleichsweise geringe Anstieg der Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten (+1% gegenüber April 2006) aus. Ohne die Entwicklung bei den Wohnungsmieten hätte sich der Index gegenüber dem Vorjahresmonat um 2% erhöht.

Ein deutlicher Preisanstieg in Höhe von jeweils 3,1% gegenüber April 2006 war in der Gastronomie (z.B. Besuch von Restaurants, Cafés, Kantinen) sowie bei den Verkehrs-

dienstleistungen festzustellen. Zu den letzteren zählt u. a. die Personenbeförderung im Schienenverkehr, die sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,5% verteuerte. Verbilligt haben sich hingegen Pauschalreisen (-2,4%). Der Teilindex für Nahrungsmittel war geprägt von der Entwicklung bei den saisonabhängigen Nahrungsmitteln, für die 8,3% mehr ausgegeben werden musste als im April 2006.

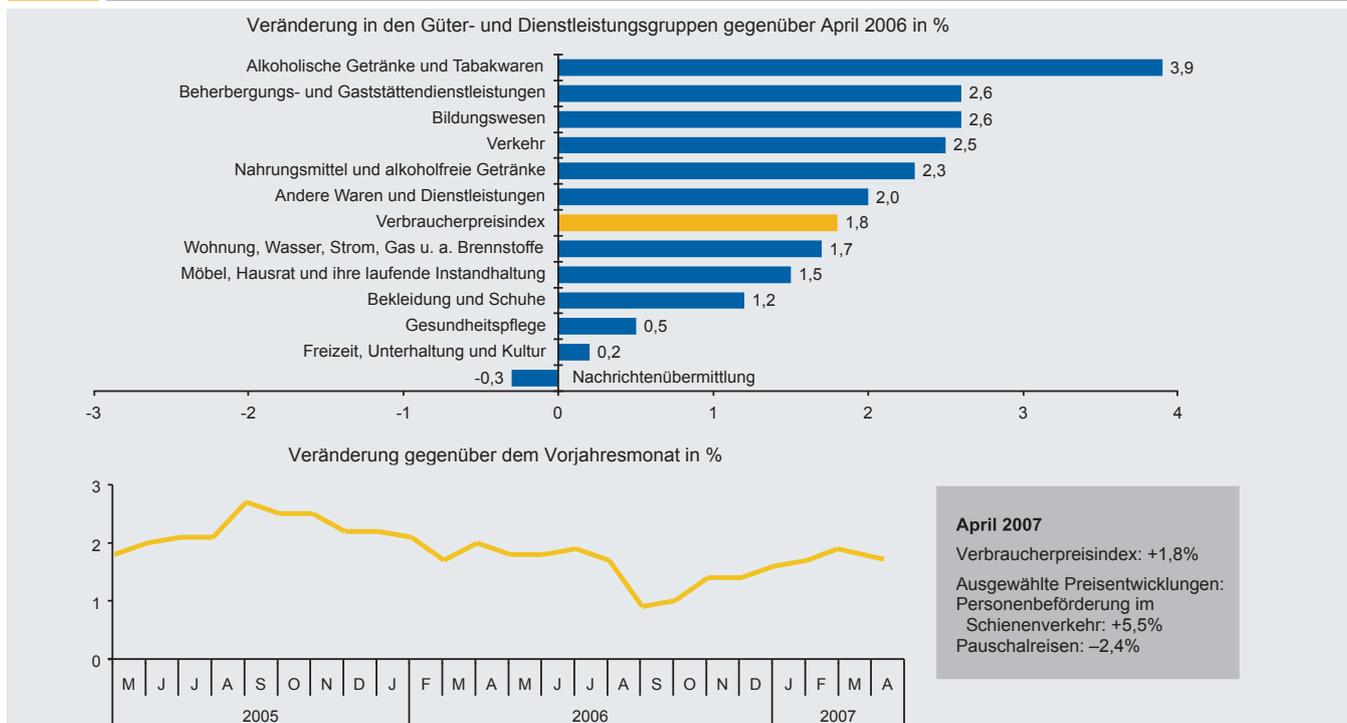
Im Vergleich zum März 2007 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,2%, wobei die Entwicklung in den einzelnen Hauptgruppen recht unterschiedlich verlief. So steht dem Anstieg der Kraftstoffpreise um 2,5% ein Preisrückgang bei Bekleidung und Schuhen (-0,3%) sowie in der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-1,9%) gegenüber.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 18 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2007



Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2005



Von Arthur Hesseler

Im Jahr 2005 nutzten fast 266 Mill. Fahrgäste den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen von rheinland-pfälzischen Unternehmen im Land. Zu 98% fuhren sie dabei im Liniennahverkehr mit Omnibussen, Eisen- und Straßenbahnen. Die Beförderungsleistung in diesem Liniennahverkehr belief sich insgesamt auf rund 2,82 Mrd.

Personenkilometer. Das meistgenutzte Liniennahverkehrsmittel für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ist der Omnibus.

266 Mill. beförderte Fahrgäste nach dem Unternehmensfahrtkonzept

Gut 98% der Fahrgäste im Liniennahverkehr

Im Jahr 2005 wurden von den in Rheinland-Pfalz ansässigen und mit dem Personenverkehr beauftragten 280 Unternehmen insgesamt 266 Mill. Fahrgäste befördert. Davon entfielen auf den Liniennahverkehr knapp 260,6 Mill. Fahrgäste (98%). Die übrigen gut 5,4 Mill. nutzten den Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen, davon knapp 2,2 Mill. im Nahverkehr und fast 3,3 Mill. im Fernverkehr.

Innerhalb der Hauptverkehrsart des Liniennahverkehrs nutzten die Fahrgäste zu 99,9% Nahverkehrsverbindungen. Der Liniennahverkehr mit Omnibussen spielte mit 364 000 Fahrgästen nur eine untergeordnete Rolle.

Unternehmensfahrtkonzept zählt Fahrgast bei einer Fahrt unabhängig von der Zahl der Verkehrsmittel einfach

Die Zahl der Fahrgäste spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Als beförderte Person bzw. als Beförderungsfall im Liniennahverkehr gilt nach dem Unternehmensfahrtkonzept eine nicht unterbrochene Fahrt eines Fahrgastes auf dem Netz eines Verkehrsunternehmens, unabhängig davon, ob eines oder mehrere vom Beförderungsunternehmen betriebene Verkehrsmittel benutzt werden. Die Zahl der

Definitionen

Liniennahverkehr

Unter Liniennahverkehr ist derjenige Verkehr zu verstehen, bei dem zwischen bestimmten Ausgangs- und Endpunkten eine regelmäßige Verkehrsverbindung eingerichtet ist, auf der Fahrgäste an bestimmten Haltestellen ein- und aussteigen können.

Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen

Zum Gelegenheitsverkehr zählen Ausflugsfahrten, Ferientourfahrten und Mietomnibusverkehr, deren Reiseweite mehr als 50 km beträgt, sowie Stadtrundfahrten, Ausflugsfahrten und Mietomnibusverkehr, bei denen die Reiseweite unter 50 km liegt.

Liniennahverkehr

Der Liniennahverkehr umfasst alle Liniennahverkehre mit Straßenbahnen und Omnibussen, die dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu bedienen. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung dann als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Bei den Eisenbahnen zählt der Verkehr, der von bestimmten Zugarten (S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, generell zum Nahverkehr.

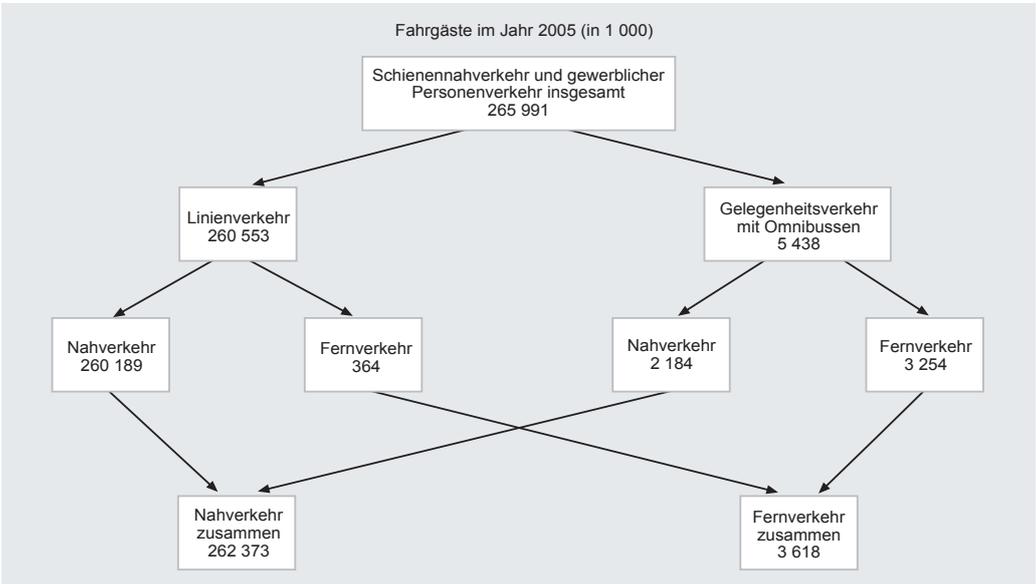
Überlandlinienverkehr

Zum Überlandlinienverkehr gehören Fahrten mit einer Reiseweite von über 50 km bzw. mit mehr als einer Stunde Reisezeit.

Beförderungsleistung

Die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Beförderungsleistung wird durch die Multiplikation der Zahl der Fahrgäste mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrweite) errechnet.

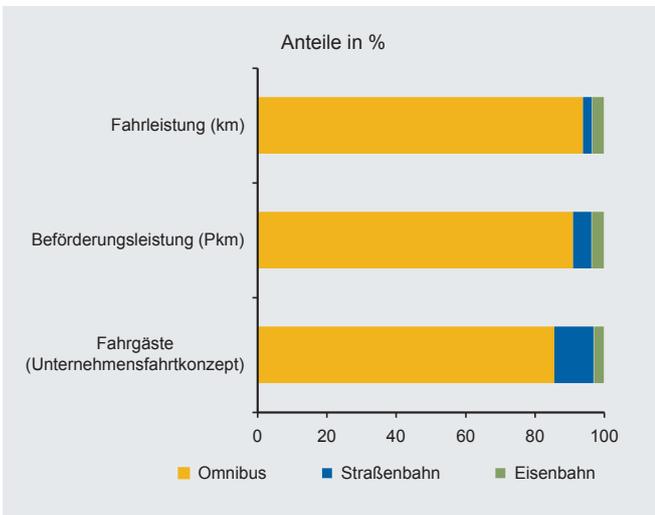
S 1 Systematik der Verkehrsarten im Schienennah- und gewerblichen Personenverkehr



beförderten Personen wird von den Unternehmen in der Regel anhand der verkauften Fahrscheine ermittelt. Bei Zeitfahrausweisen und unentgeltlichen Beförderungen wird die Zahl der Fahrten mit Hilfe von Informationen aus den Verkehrserhebungen zur Fahrtenhäufigkeit geschätzt.

Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln des Unternehmens umsteigen können, wird nach dem Verkehrsmittelfahrtkonzept in der Erhebung auch die Zahl der Fahrgäste in den einzelnen Verkehrsmitteln (Eisenbahn, Straßenbahn, Omnibus) erfragt.

S 2 Fahrgäste, Beförderungsleistung und Fahrleistung im öffentlichen Schienennah- und gewerblichen Omnibusverkehr 2005



Rund 2,9 Mrd. Pkm Beförderungsleistung im Linienverkehr

Die Beförderungsleistung der Verkehrsunternehmen im Linienverkehr betrug im Jahr 2005 in Rheinland-Pfalz rund 2,87 Mrd. Pkm. Je Fahrgast ergibt sich eine durchschnittliche Fahrtstrecke von 11 km. Der überwiegende Teil entfiel mit fast 2,82 Mrd. Pkm auf den Nahverkehr; hier lag die durchschnittliche Fahrtstrecke bei 10,8 km je Fahrgast.

Fahrgast fährt im Linienverkehr durchschnittlich 11 km

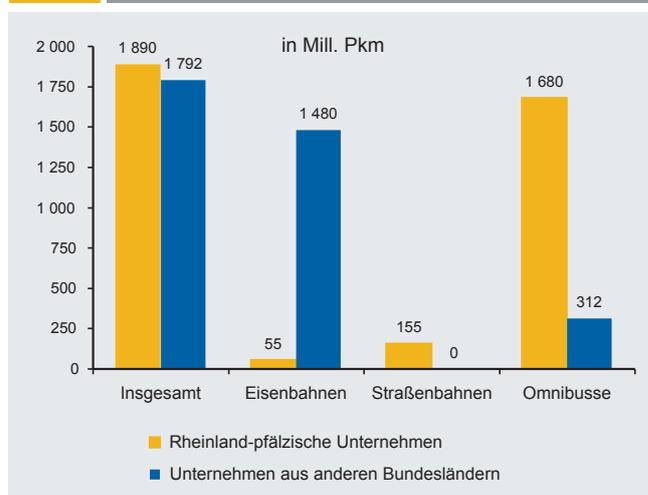
Nach dem Unternehmensfahrtkonzept war der Omnibus mit 222,6 Mill. Fahrgästen (86%) und einer Beförderungsleistung von knapp 2,56 Mrd. Pkm (91%) das weitaus

Bus ist das meistgenutzte Verkehrsmittel

am meisten genutzte Verkehrsmittel. Es folgten mit deutlichem Abstand die nur noch in den beiden größten rheinland-pfälzischen Städten Mainz und Ludwigshafen betriebenen Straßenbahnen mit einer relativ hohen Zahl von gut 30 Mill. Fahrgästen (11,5% aller Fahrgäste im Liniennahverkehr), jedoch einer – bedingt durch die kürzeren Schienennetze – geringeren Beförderungsleistung von etwa 155 Mill. Pkm (5,5%). Rang drei unter den Nahverkehrsmitteln nahm 2005 die Eisenbahn (S-Bahnen und alle übrigen Eisenbahnen des Nahverkehrs) ein. Sie beförderte im Berichtszeitraum rund 7,7 Mill. Fahrgäste (3%) im Liniennahverkehr und erreichte eine Beförderungsleistung von gut 100 Mill. Pkm (3,6%).

S 3

Beförderungsleistung im Schienen- und Liniennahverkehr 2005 nach Art des Verkehrsmittels



Die längste durchschnittliche Fahrtstrecke je beförderter Person ergibt sich mit 13,1 km

T 1

Fahrgäste, Beförderungs- und Fahrleistung im Schienennahverkehr und im Omnibuslinienverkehr 2005 nach Art des Verkehrsmittels und Art des Unternehmens

Verkehrsart Verkehrsmittel	Unternehmen ¹⁾ insgesamt	Öffentliche Unternehmen	Private Unternehmen	Gemischtwirtschaftliche Unternehmen
Fahrgäste (in 1 000)				
Liniennahverkehr zusammen	260 189	144 426	58 602	57 160
davon mit Eisenbahnen	7 679	3 535	4 144	-
Straßenbahnen	30 029	30 029	-	-
Omnibussen	222 601	110 982	54 458	57 160
Linienfernverkehr mit Omnibussen	3 618	-	3 558	60
Gelegenheitsnahverkehr mit Omnibussen	2 184	897	1 121	165
Insgesamt ²⁾	265 991	145 323	63 282	57 386
Beförderungsleistung (in 1 000 Pkm)				
Liniennahverkehr zusammen	2 818 487	893 773	1 142 162	782 552
davon mit Eisenbahnen	100 449	22 761	77 688	-
Straßenbahnen	155 326	155 326	-	-
Omnibussen	2 562 712	715 686	1 064 474	782 552
Linienfernverkehr mit Omnibussen	1 219 262	-	1 203 504	15 759
Gelegenheitsnahverkehr mit Omnibussen	277 058	8 393	254 037	14 627
Insgesamt	4 314 807	902 166	2 599 703	812 937
Fahrzeugleistung (in 1 000 km)				
Liniennahverkehr zusammen	130 134	39 568	42 346	48 221
davon mit Eisenbahnen	4 588	755	3 833	-
Straßenbahnen	3 465	3 465	-	-
Omnibussen	122 081	35 347	38 513	48 221
Linienfernverkehr mit Omnibussen	39 867	-	39 541	325
Gelegenheitsnahverkehr mit Omnibussen	6 529	645	4 194	1 690
Insgesamt	176 530	40 213	86 081	50 236

1) Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz. – 2) Ohne Umsteiger.

Neukonzeption der Statistiken des öffentlichen Personenverkehrs

Entlastung der Auskunftspflichtigen

Mit dem Berichtsjahr 2004 erfolgte eine grundlegende Neukonzeption der Statistiken des öffentlichen Personenverkehrs mit Bussen und Bahnen. Im Vordergrund standen dabei einerseits eine so weit wie möglich gehende Entlastung der Auskunftspflichtigen und andererseits die inhaltliche Anpassung der Erhebungsmerkmale an absehbare zukünftige Informationsbedürfnisse der Statistiknutzer. Notwendig wurde die grundlegende Neugestaltung der Statistik im öffentlichen Personenverkehr aufgrund der Novellierung des Verkehrsstatistikgesetzes vom 20. Februar 2004, bei dem auch die Änderungen von Rechtsgrundlagen im Eisenbahnsektor ihren Niederschlag fanden. Hinzu trat die im Rahmen der Regionalisierung des Schienen-Personennahverkehrs erfolgte Verlagerung der Aufgaben- und Finanzverantwortung vom Bund auf die Länder und die damit einhergehende Vereinheitlichung der Verantwortung auf regionaler Ebene für den Personenverkehr mit Eisenbahnen, Straßenbahnen und Omnibussen.

Abgestuftes Erhebungssystem: vierteljährliche, jährliche und fünfjährige Erhebungen

Das Erhebungssystem der Personenverkehrsstatistik gliedert sich in eine vierteljährliche, eine jährliche und eine fünfjährige Erhebung. Dabei werden der Erhebungsbereich sowie die Fragenprogramme im Sinne einer Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße (gemessen an der Zahl der Fahrgäste pro Jahr) unterschiedlich abgegrenzt. So wird die vierteljährliche Erhebung ausschließlich bei Unternehmen mit mindestens 250 000 Fahrgästen pro Jahr durchgeführt.

Totalerhebung alle fünf Jahre

Als Totalerhebung wird die Statistik nach dem Berichtsjahr 2004 erst wieder im Jahr 2009 stattfinden; in den dazwischen liegenden Jahren erfolgt die Erhebung bei Unternehmen, die als Betriebsführer oder beauftragter Beförderer im öffentlichen Personennahverkehr tätig sind und mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben (größere Unternehmen), sowie als Stichprobenerhebung bei Unternehmen mit weniger als 250 000 Fahrgästen (kleinere Unternehmen). Mit diesem abgestuften Erhebungssystem wird eine spürbare Entlastung von statistischen Auskunftspflichten insbesondere für kleine und mittlere Betriebe erreicht. Waren vor dem Berichtsjahr 2004 bundesweit noch rund 2 500 Unternehmen zur Statistik des öffentlichen Personenverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen berichtspflichtig, so waren es 2004 nur noch rund 900 Unternehmen. Die – bis 2004 als Totalerhebung konzipierte – Personenbeförderungsstatistik erfasst nach ihrer Neukonzeption nur noch rund 40% der bislang auskunftspflichtigen Unternehmen. Im Rahmen der Jahresherhebung 2005 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 144 Unternehmen befragt, davon 47 größere und 97 kleinere.

erwartungsgemäß für das Verkehrsmittel Eisenbahn. Fahrgäste in Omnibussen fuhren 2005 im Schnitt 11,5 km je Fahrt, bei den Straßenbahnen waren es mit durchschnittlich 5,2 km deutlich weniger.

Eisenbahn im Schnitt mit längster Fahrtstrecke

Im Schienennah- und Omnibusverkehr sind sowohl öffentliche als auch private bzw. gemischtwirtschaftliche Unternehmen tätig. Die öffentlichen Unternehmen erreichten im Jahr 2005 im Liniennahverkehr ein Fahrgastaufkommen von gut 144 Mill. Fahrgästen (55,5%). Die privatwirtschaftlich und die gemischtwirtschaftlich organisierten Unternehmen hatten mit 58,6 Mill. bzw. 57,2 Mill. Fahrgästen einen nahezu gleich hohen Anteil am Fahrgastaufkommen von 22,5 bzw. 22%. Die höchste Beförderungsleistung erbrachten jedoch die meist auf längeren Strecken tätigen privatwirtschaftlichen Unternehmen mit insgesamt 1,14 Mrd. Pkm, wobei ganz überwiegend Busse (1,06 Mrd. Pkm) und zu einem weit geringeren Teil Eisenbahnen (78 Mill. Pkm) eingesetzt wurden. Auf gemischtwirtschaftliche strukturierte Unternehmen entfielen fast 783 Mill. Pkm, die ausschließlich mit Omnibussen erbracht wurden. Nur die öffentlichen Unternehmen (894 Mill. Pkm) beförderten ihre Fahrgäste mit allen drei Verkehrsmitteln. Auch hier wurde die Leistung vorwiegend mit Bussen erbracht (716 Mill. Pkm), auf die Straßenbahnen entfielen gut 155 Mill. Pkm und auf die Eisenbahn knapp 23 Mill. Pkm.

Beförderungseinnahmen im Nahverkehr von 272 Mill. Euro

Die Beförderungseinnahmen des Jahres 2005 beliefen sich im Liniennahverkehr auf insgesamt rund 272 Mill. Euro. Das waren 5% mehr als im Vorjahr (258,8 Mill. Euro). Die öffentlichen Unternehmen erzielten im

T 2

**Schiennahverkehr und gewerblicher
Personenverkehr¹⁾ 2005 nach Verkehrsarten**

Verkehrsart	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	1 000	1 000 Pkm	1 000 km
Linienverkehr	260 553	2 867 826	132 706
Nahverkehr	260 189	2 818 487	130 134
Fernverkehr	364	49 340	2 572
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	5 438	1 446 980	43 824
Nahverkehr	2 184	277 058	6 529
Fernverkehr	3 254	1 169 923	37 294
Nahverkehr zusammen	262 373	3 095 544	136 663
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	3 618	1 219 262	39 867
Insgesamt	265 991	4 314 807	176 530

1) Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz.

Jahr 2005 Einnahmen von etwa 110 Mill. Euro (40,5%), fast 90 Mill. Euro entfielen auf gemischtwirtschaftliche Unternehmen (33%) und gut 72 Mill. Euro auf private Unternehmen (26,6%).

Omnibus auch im Ausbildungsverkehr wichtigstes Verkehrsmittel

Im Jahr 2005 unternahmen Schüler und Schülerinnen, Studierende und Auszubildende insgesamt fast 154 Mill. Fahrten mit Bussen und Bahnen (Unternehmensfahrkonzept). In rund 98% der Fälle war der Fahrgast im Besitz eines Zeitfahrausweises (150,6 Mill. Fahrgäste). Die übrigen Beförderungsfälle entfielen auf spezielle Schülerfahrten und auf Fahrten im freigestellten Schülerverkehr (rund 3,3 Mill. Fahrgäste).

Auch im Ausbildungsverkehr war 2005 der Omnibus das meistgenutzte Verkehrsmittel. Mit knapp über 138 Mill. Fahrgästen rangierte der Bus weit vor der Straßenbahn (12,3 Mill. Fahrgäste) und der Eisenbahn mit rund 3,6 Mill. Fahrgästen. Insgesamt waren 119 Unternehmen im Ausbildungsverkehr tätig, davon 114 mit Bussen, sechs mit Eisenbahnen und lediglich zwei mit Straßen-

bahnen.¹⁾ Die Einnahmen des Jahres 2005 aus den reinen Ausbildungsbeförderungen beliefen sich für die Unternehmen auf insgesamt 123,3 Mill. Euro. Das entsprach in etwa den Einnahmen des Jahres 2004 (123,6 Mill. Euro).

Fast die Hälfte der Beförderungsleistung wird von Unternehmen aus Nachbarländern erbracht

Im öffentlichen Personenverkehr, insbesondere im Eisenbahn- und regionalen Omnibusverkehr, fallen Unternehmenssitz des Beförderungsunternehmens und Ort der Leistungserbringung oftmals räumlich auseinander (Landesgrenzen überschreitender Nahverkehr). Um Verzerrungen bei der regionalen Ergebnisdarstellung zu vermeiden, werden seit der Neukonzeption der Statistik im Jahr 2004 Ergebnisse nach der Region der tatsächlichen Leistungserbringung nachgewiesen. Dazu melden die Unternehmen die Beförderungsleistung im Liniennahverkehr nach dem Land der Leistungserbringung.

Im Berichtsjahr 2005 erbrachten insgesamt

S 4

Beförderungsleistung im Nahverkehr 2005 nach dem Sitz des Beförderungsunternehmens


1) Mehrfachnennungen bei einem Unternehmen sind möglich.

T 3 Beförderungsleistung im Schienennah- und Omnibuslinienverkehr in Rheinland-Pfalz 2005 nach dem Sitz des Beförderungsunternehmens

Land	Unternehmen ¹⁾	Beförderungsleistung			
		insgesamt	Eisenbahnen	Straßenbahnen	Omnibussen
	Anzahl	1 000 Pkm			
Baden-Württemberg	2	72 676	4 904	-	67 772
Hessen	3	1 318 693	1 317 009	-	1 684
Nordrhein-Westfalen	3	257 059	158 229	-	98 830
Saarland	1	143 609	-	-	143 609
Andere Länder zusammen	9	1 792 037	1 480 142	-	311 895
Rheinland-Pfalz	36	1 890 188	55 004	155 326	1 679 859
Insgesamt	45	3 682 225	1 535 146	155 326	1 991 754
		Anteile in %			
Baden-Württemberg	4,4	2,0	0,1	-	1,8
Hessen	6,7	35,8	35,8	-	0,0
Nordrhein-Westfalen	6,7	7,0	4,3	-	2,7
Saarland	2,2	3,9	-	-	3,9
Andere Länder zusammen	20,0	48,7	40,2	-	8,5
Rheinland-Pfalz	80,0	51,3	1,5	4,2	45,6
Insgesamt	100	100	41,7	4,2	54,1

1) Unternehmen, die im Jahr 2005 mindestens 250 000 Fahrgäste befördert haben.

Rheinland-pfälzische Unternehmen mit 51% der Beförderungsleistung

neun Unternehmen mit Sitz außerhalb der Landesgrenzen Beförderungsleistungen in Rheinland-Pfalz. Die neun im rheinland-pfälzischen Nahverkehr tätigen Unternehmen hatten ihren Sitz in Hessen (3), Nordrhein-Westfalen (3), Baden-Württemberg (2) und im Saarland (1). In allen Fällen handelte es sich also um Unternehmen (mit mehr als 250 000 Fahrgästen im Jahr) aus benach-

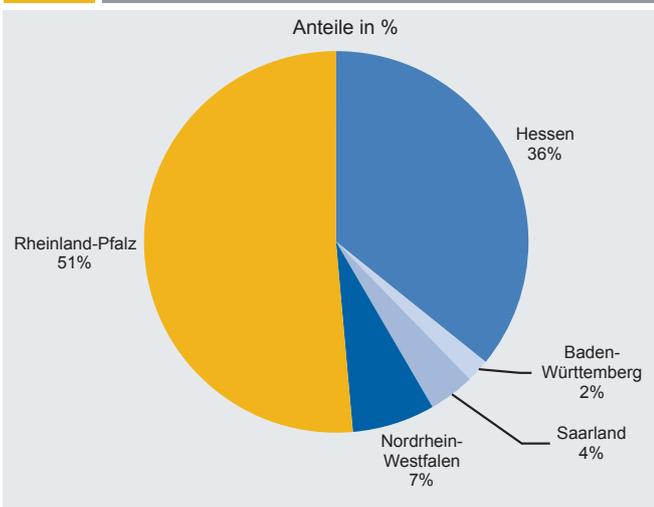
barten Bundesländern. Die in Rheinland-Pfalz erbrachte Beförderungsleistung dieser Unternehmen betrug insgesamt rund 1,8 Mrd. Pkm und war damit fast ebenso hoch wie die von rheinland-pfälzischen Unternehmen erbrachte Leistung (1,9 Mrd. Pkm).

Die in Rheinland-Pfalz angefallene Beförderungsleistung der nicht rheinland-pfälzischen Unternehmen wurde vorwiegend mit Eisenbahnen im Schienennahverkehr (1,48 Mrd. Pkm), aber auch mit Omnibussen (312 Mill. Pkm) erbracht, während Straßenbahnen nicht zum Einsatz kamen.

Besonders hoch war die Beförderungsleistung der drei in Hessen ansässigen Verkehrsunternehmen²⁾ auf rheinland-pfälzischem Boden. Sie erreichten mit insgesamt gut 1,3 Mrd. Pkm einen Anteil von fast 74%, wobei diese Transportfahrleistung fast ausschließlich im Schienennahverkehr mit Eisenbahnen erbracht wurde.

Hessische Unternehmen erbringen 36% der gesamten Beförderungsleistung in Rheinland-Pfalz

S 5 Beförderungsleistung 2005 nach dem Sitz des Beförderungsunternehmens



2) Insbesondere haben die Regionalverkehrsunternehmen der Deutschen Bahn (DB Region, DB Stadtverkehr) ihren Sitz in Frankfurt am Main.

T 4 Fernverkehr mit Omnibussen 2005

Merkmal	Einheit	Insgesamt	Linienfernverkehr	Gelegenheitsfernverkehr
Fahrgäste	1 000	3 618	364	3 254
im Inlandsverkehr	1 000	3 046	364	2 681
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	1 000	573	-	573
Beförderungsleistung	1 000 Pkm	1 219 262	49 340	1 169 923
im Inlandsverkehr	1 000 Pkm	976 088	49 340	926 748
im grenzüberschreitenden Verkehr, Transit- und Auslandsverkehr	1 000 Pkm	243 175	-	243 175
Fahrleistung	1 000 km	39 867	2 572	37 294
auf inländischem Gebiet	1 000 km	32 656	2 572	30 084
auf ausländischem Gebiet	1 000 km	7 211	-	7 211

Rheinland-pfälzische Personenbeförderungsunternehmen in anderen Ländern weniger aktiv

Umgekehrt erbrachten rheinland-pfälzische Unternehmen ebenfalls Beförderungsleistungen in anderen Bundesländern. Von den insgesamt 36 Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen waren 14 auch jenseits der Landesgrenzen tätig, die meisten in den benachbarten Ländern Hessen (6) und Nordrhein-Westfalen (5). Ihre Beförderungsleistung war im Vergleich mit 333 Mill. Pkm allerdings deutlich geringer.

Rund 3,7 Mrd. Pkm Beförderungsleistung der großen Unternehmen in Rheinland-Pfalz

Die großen Personenbeförderungsunternehmen (250 000 und mehr Fahrgäste pro Jahr) erbrachten 2005 auf rheinland-pfälzischem Gebiet im Schienennah- und Omnibuslinienverkehr eine Gesamtbeförderungsleistung von fast 3,7 Mrd. Pkm. Nach Verkehrsmitteln differenziert entfielen davon etwa 2 Mrd. Pkm (54,1%) auf Omnibusse, rund 1,54 Mrd. Pkm (41,7%) auf Eisenbahnen, und gut 155 Mill. Pkm (4,2%) auf Straßenbahnen. Die Beförderungsleistung des Jahres 2005 wurde von insgesamt 45 großen Unternehmen erbracht, darunter 36 mit Unternehmenssitz in Rheinland-Pfalz. Je Unternehmen errechnet

sich eine durchschnittliche Beförderungsleistung von rund 82 Mill. Pkm.

Fernverkehr mit Omnibussen hauptsächlich Gelegenheitsverkehr

Der Linienfernverkehr mit Omnibussen ist in der Regel Überlandlinienverkehr. In Abgrenzung zum Liniennahverkehr zählen hierzu Fahrten mit einer Reiseweite von über 50 km bzw. mehr als einer Stunde Reisezeit. Zum Gelegenheitsfernverkehr mit Omnibussen rechnen Ausflugsfahrten und Mietomnibusverkehre, wenn die Reiseweite 50 km übersteigt, sowie alle Ferienzweckreisen.

Im Jahr 2005 beförderten die 203 im Fernverkehr mit Omnibussen tätigen Unternehmen (darunter nur zwei im Linienfernverkehr) insgesamt gut 3,6 Mill. Fahrgäste. Das waren zwar nur rund 1,2% aller registrierten Fahrgäste (Unternehmensfahrtkonzept), jedoch belief sich die Beförderungsleistung aufgrund der längeren Fahrtstrecken im Gelegenheitsfernverkehr (360 km je Fahrgast) auf rund 1,2 Mrd. Pkm. Das entspricht etwa 27% der gesamten 2005 von rheinland-pfälzischen Unternehmen erbrachten Beförderungsleistung von rund 4,3 Mrd. Pkm.

Fahrten im Gelegenheitsfernverkehr mit durchschnittlich 360 km je Fahrgast

Im Inlandsfernverkehr mit Bussen wurde eine Beförderungsleistung von 976 Mill. Pkm erbracht, wobei die Fahrzeuge 32,7 Mill. km zurücklegten. Im grenzüberschreitenden Verkehr sowie im Transit- und Auslandsverkehr errechnete sich für das Jahr 2005 eine Beförderungsleistung von rund 243 Mill. Pkm bzw. eine Fahrleistung von 7,2 Mill. Pkm.

Die gesamte Fahrleistung im Fernverkehr mit Omnibussen betrug im Jahr 2005 fast

40 Mill. km, davon 37,3 Mill. km im Gelegenheitsfernverkehr und rund 2,6 Mill. km im Linienfernverkehr.

Arthur Hesseler, Diplom-Betriebswirt (FH), leitet das Sachgebiet Dienstleistungen, Verkehr, Handwerk

Informatikausbildung in Rheinland-Pfalz



Von Hans-Jürgen Weber

Die rasche Fortentwicklung der Internet-Technologien und der damit einhergehende Trend zur Globalisierung der Wirtschaft beschleunigen den Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft. Dazu werden hoch qualifizierte Fachkräfte benötigt, die in Rheinland-Pfalz an den Hochschulen, aber auch an den berufsbildenden Schulen herangebildet werden.

Mangel an Informatikfachkräften

Im Zuge des Wandels zur Informations- und Wissensgesellschaft kommt der Informatikausbildung eine Schlüsselrolle zu. Die Wirtschaft reklamierte bereits Mitte der 1990er-Jahre einen Bedarf an Spezialisten der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), der am heimischen Arbeitsmarkt bzw. mit Arbeitnehmern aus dem europäischen Ausland nicht gedeckt werden konnte. Ab Mitte des Jahres 2000 wurde daher versucht, mit spezifischen Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen („Greencard“) versierte technische Kräfte auch aus Nicht-EU-Staaten anzuwerben. Mit dem Ziel, das Defizit künftig stärker mit deutschen Fachkräften auszugleichen, ergriff die Politik zudem bildungspolitische Maßnahmen.

Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in Informatikstudiengängen

So wurden zusätzliche Studienplätze in bereits etablierten informationstechnischen Studiengängen geschaffen und neue akademische Ausbildungsgänge in diesem Bereich eingerichtet. Das Angebot akademisch ausgebildeter IKT-Fachkräfte erhöht sich – bei einer durchschnittlichen Studiendauer von vier bis sechs Jahren – allerdings erst mit einer entsprechenden Zeitverzögerung.

Daher können die Maßnahmen nur mittel- bis langfristig eine Entspannung in diesem Segment des Arbeitsmarkts herbeiführen.

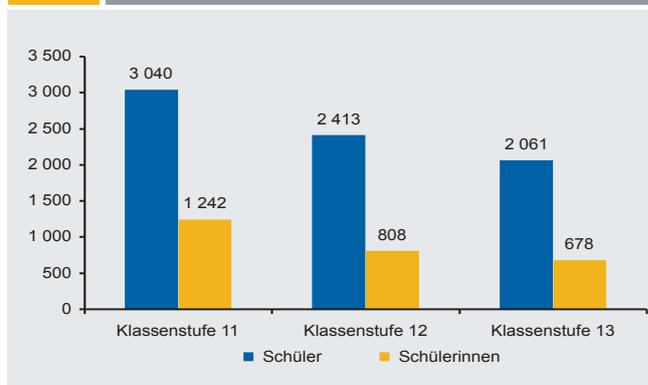
Über 10 000 Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe wählten Informatik als Kursfach

Die Grundlagen für eine erfolgreiche Ausbildung in neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden bereits in den allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen gelegt. Im Schuljahr 2006/07 wählten insgesamt 10 242 junge Menschen, darunter 2 728 Mädchen, das Fach Informatik in der Mainzer Studienstufe.

Grundlagenbildung für Informatikstudium bereits in gymnasialer Oberstufe

S 1

Schülerinnen und Schüler mit Kursfach Informatik an der Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2006/07 nach Klassenstufen und Geschlecht



T 1 Im Wintersemester 2005/06 angebotene Ausbildungsfächer im Studienbereich Informatik nach Hochschulen

Hochschule	Ange- wandte Infor- matik	Bio- infor- matik	Compu- tervisua- listik	Digitale Medien	Infor- matik	Infor- mations- mana- gement	Mathe- matische Infor- matik	Medien- infor- matik	Techno- infor- matik	Tele- kommu- nikation	Wirt- schaftsinfor- matik
Johannes-Gutenberg- Universität Mainz					X						
Technische Universität Kaiserslautern	X				X				X		
Universität Trier					X		X				X
Universität Koblenz-Landau			X		X	X					
Fachhochschule Bingen	X	X									
Fachhochschule Kaiserslautern	X			X							X
Fachhochschule Ludwigshafen											X
Fachhochschule Trier	X				X			X			X
Fachhochschule Worms					X					X	

Mädchen sind in den Informatikkursen mit knapp 27% noch deutlich unterrepräsentiert

Auch an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz werden Schülerinnen und Schüler in informationstechnischen Fachrichtungen ausgebildet. Im Schuljahr 2006/07 belegten insgesamt 1 122 Schülerinnen und Schüler den Bildungsgang Informatik einer höheren Berufsfachschule. An der Berufsfachschule besuchten 104 Schülerinnen und Schüler den Bildungsgang „Informationsverarbeitung und Medien“. An den Fachschulen wurden weitere 345 Jugendliche und junge Erwachsene in den Bildungsgängen Informationstechnik, Betriebsinformatik bzw. Informationsverarbeitung und -management ausgebildet. Dabei sind Schülerinnen mit einem Anteil von 10,8% deutlich unterrepräsentiert. In der Berufsfachschule I ist die Frauenquote mit 26% am höchsten, die Anteile in der Fachschule (13,6%) sowie in der Höheren Berufsfachschule (8,6%) liegen noch weit darunter.

Ausbildung an berufsbildenden Schulen

Eine große Anzahl von Absolventinnen und Absolventen strebt nach dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung an die Universitäten und Fachhochschulen. Bei der Wahl des Studiengangs orientieren sich

viele an der zukünftig zu erwartenden Situation auf dem Arbeitsmarkt. Entsprechende Empfehlungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden dabei, ungeachtet der ursprünglichen persönlichen Präferenzen, durchaus berücksichtigt.

Zukünftige Arbeitsmarktsituation hat Einfluss auf die Studiengangwahl

Im Jahr 2000 höchste Zahl an Ersteinschreibungen

Zurzeit bieten neun der 20 rheinland-pfälzischen Hochschulen eine akademische Ausbildung im Studienbereich Informatik an. Die vier Universitäten und fünf Fachhochschulen offerieren ein breites Spektrum an Ausbildungsgängen, das von der „reinen“ Informatik über die „Computervisualistik“ bis hin zum Studiengang „Digitale Medien“ reicht.

Rheinland-pfälzische Hochschulen bieten breites Ausbildungsspektrum

Von 1995 bis 2000 war zunächst ein kontinuierlicher Anstieg der Studienanfängerzahlen in der Informatik zu verzeichnen. In den Folgejahren bis 2004 sank die Zahl der Ersteinschreibungen jedoch deutlich. Im Studienjahr 2005, d. h. im Sommersemester 2005 und im darauf folgenden Wintersemester 2005/06, nahmen insgesamt 989

2005 wieder mehr Erstsemester

junge Menschen ein entsprechendes Hochschulstudium auf. Dies war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 9,9%. Dennoch liegt dieser Wert noch deutlich (-27,2%) unter der bisher höchsten Erstimmatrikuliertenzahl, die im Studienjahr 2000 mit 1 358 Ersteinschreibungen erreicht worden war. Von den 989 Erstsemestern des Studienjahres 2005 waren 166 bzw. knapp 17% Frauen. Im „Boomjahr“ 2000 waren sie mit gut 22% deutlich stärker vertreten gewesen.

Höchster Frauenanteil im Jahr 2000

Sechs von zehn Erstsemestern in Rheinland-Pfalz schrieben sich an Fachhochschulen ein

Verlagerung der Ausbildung an die Fachhochschulen

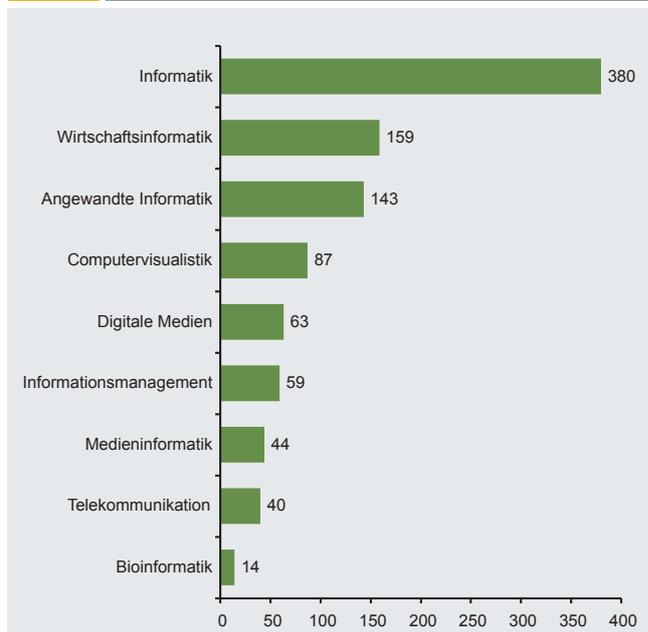
Von den Studienanfängerinnen und -anfängern des Jahres 2005 schrieben sich knapp 43% an Universitäten und gut 57% an Fachhochschulen ein. Noch um die Jahrhundertwende hatte sich mehr als die Hälfte (52%) der Informatik-Erstsemester an Universitäten immatrikuliert.

Fachhochschule Trier bei Ersteinschreibungen vorn

Bezogen auf die einzelnen Hochschulen lag die Fachhochschule Trier im Studienjahr 2005 mit 201 Ersteinschreibungen vor der Universität Koblenz-Landau (197), der Fachhochschule Kaiserslautern (174) und der Technischen Universität Kaiserslautern (131).

S 2

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Studienbereich Informatik 2005 nach Studienfächern



Wie bereits erwähnt, wurden in den letzten Jahren mehrere neue informationstechnische Disziplinen in den Fächerkanon der Hochschulen aufgenommen. Dies waren im Einzelnen: Computervisualistik sowie Informationsmanagement an der Universität Koblenz-Landau, Bioinformatik an der Fachhochschule Bingen sowie Medieninformatik an der Fachhochschule Trier. Die meisten Studienanfänger wählen jedoch weiterhin das „klassische“ Studienfach In-

Studienfach Informatik am häufigsten gewählt

T 2

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Studienbereich Informatik 1998–2005 nach Hochschularten und Geschlecht

Studienjahr	Hochschulen			Universitäten			Fachhochschulen		
	insgesamt	Studenten	Studentinnen	zusammen	Studenten	Studentinnen	zusammen	Studenten	Studentinnen
1998	592	510	82	281	246	35	311	264	47
1999	797	637	160	417	339	78	380	298	82
2000	1 358	1 057	301	705	526	179	653	531	122
2001	1 333	1 048	285	691	527	164	642	521	121
2002	1 203	1 000	203	602	488	114	601	512	89
2003	1 118	932	186	515	418	97	603	514	89
2004	900	777	123	409	344	65	491	433	58
2005	989	823	166	422	345	77	567	478	89

formatik. Im Jahr 2005 belegten 38% der Studienanfängerinnen und -anfänger dieses Fach. Von den angehenden IKT-Fachkräften häufig gewählt werden außerdem die Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik (16%), Angewandte Informatik (14,5%) sowie Computervisualistik (9%).

Zahl der Studierenden seit 1998 verdoppelt

Fast 6 000 studieren Informatik

Im Wintersemester 2005/06 waren insgesamt 5 917 Studierende in Informatikstudiengängen der rheinland-pfälzischen Hochschulen immatrikuliert. Zwischen dem Wintersemester 1998/99 und dem Wintersemester 2005/06 stiegen die Studierendenzahlen um 3 075 Personen (+108%). Dabei erhöhte sich die Zahl der Studentinnen überproportional um 628 (+214%). Für die Studenten ergab sich in diesen sieben Jahren eine Zunahme um 2 447 (+96%).

5,8% aller Studierenden haben sich in Informatik immatrikuliert

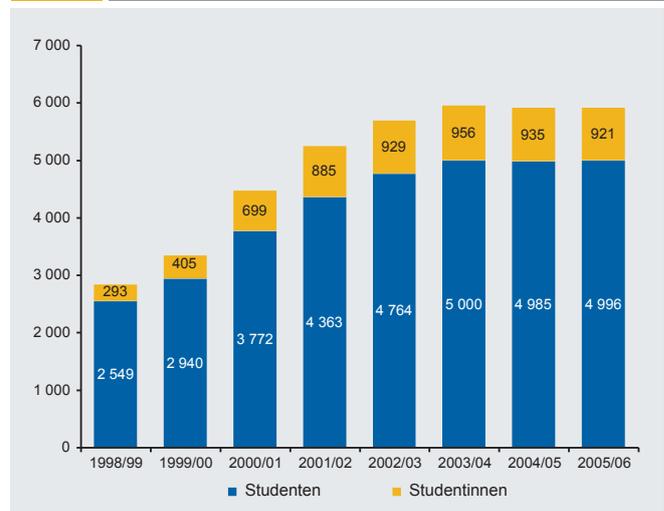
Der Anteil der Informatikstudierenden an allen Studentinnen und Studenten lag im Wintersemester 2005/06 bei 5,8%. Er hat sich damit gegenüber dem Wintersemester 2000/01 um 0,3 Prozentpunkte erhöht.

Die meisten Informatikstudierenden erhielten ihre Ausbildung an der Universität Koblenz-Landau

Bezogen auf die Anzahl der Studierenden lag die Universität Koblenz-Landau mit 1 354 Immatrikulierten im Wintersemester 2005/06 an erster Stelle unter den Hochschulen. Hier stellten die künftigen IKT-Fachkräfte 12% der Gesamtstudierendenschaft. An der Fachhochschule Trier waren 1 083 Studentinnen und Studenten, an der Fachhochschule Kaiserslautern 960 Studierende eingeschrieben. An diesen beiden Hochschulen stellten die Informatikstudierenden damit 18% bzw. 19% aller Immatrikulierten. Die übrigen akademischen IKT-Nachwuchskräfte absolvierten ihre

S 3

Studierende im Studienbereich Informatik in den Wintersemestern 1998/99 – 2005/06 nach Geschlecht

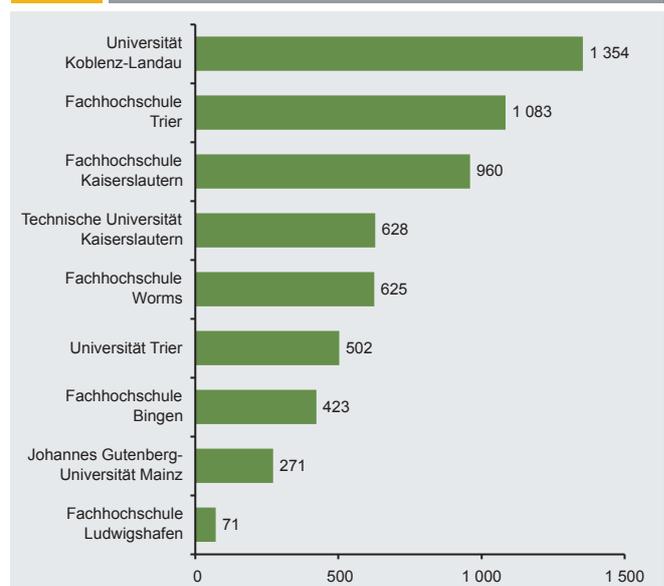


Ausbildung an der Technischen Universität Kaiserslautern (628), der Fachhochschule Worms (625), der Universität Trier (502), der Fachhochschule Bingen (423), der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (271) und der Fachhochschule Ludwigshafen (71).

Von den im Wintersemester 2005/06 eingeschriebenen Informatikstudierenden waren

S 4

Studierende im Studienbereich Informatik im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen



Frauenanteil bei
knapp 16%

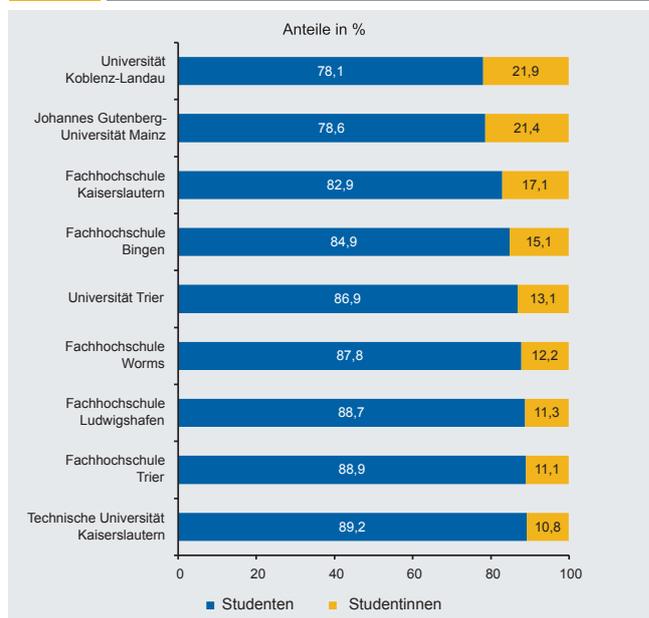
knapp 16% Frauen. Damit sind die weiblichen Nachwuchskräfte in diesem Studienbereich erheblich unterrepräsentiert: Der Frauenanteil unter allen Studierenden lag im Vergleichszeitraum bei rund 50%. Den höchsten Anteil an Frauen in informatonstechnischen Disziplinen wies mit knapp 22% die Universität Koblenz-Landau auf. An der Johannes Gutenberg-Universität Mainz erreichte die Quote gut 21%, an der Fachhochschule Kaiserslautern 17% und an der Fachhochschule Bingen 15%. Der überwiegende Teil, nämlich 5 095 bzw. 86%, der Informatikstudierenden im Wintersemester 2005/06, hatte die deutsche Staatsbürgerschaft; neben diesen belegten 822 ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen informationstechnische Studiengänge. Von den ausländischen Studierenden entfielen 23% auf die Fachhochschule Worms, jeweils 15% auf die Universitäten in Trier und Kaiserslautern sowie 13% auf die Universität Koblenz-Landau.

86% waren
deutsche
Staatsbürger

Konzentration auf fünf Studienfächer

Wie bei den Studienanfängern war auch bei den Immatrikulierten insgesamt im Winter-

S 5 Studierende im Studienbereich Informatik im Wintersemester 2005/06 nach Hochschule und Geschlecht



semester 2005/06 die „klassische“ Informatik das am häufigsten belegte Studienfach im IKT-Bereich. Gut 39% der insgesamt 5 917 Eingeschriebenen wählten dieses Fach. An zweiter Stelle folgte mit knapp 16% die Angewandte Informatik. Den dritten Rang nahm mit 13,5% der Immatrikulierten das Studienfach Wirtschaftsinformatik ein. Es folgten die Ausbildungsrichtungen

39% wählten
Studienfach
Informatik

T 3

Studierende in den Wintersemestern 2000/01 und 2005/06 nach Studienfächern und Geschlecht

Studienfach	Wintersemester 2000/01			Wintersemester 2005/06			Veränderung WS 05/06 gegenüber WS 00/01 %
	insgesamt	Studenten	Studentinnen	insgesamt	Studenten	Studentinnen	
	Anzahl						
Informatik	1 757	1 538	219	2 311	2 013	298	31,5
Angewandte Informatik	1 084	989	95	927	853	74	-14,5
Wirtschaftsinformatik	402	317	85	798	670	128	98,5
Computervisualistik	456	282	174	648	474	174	42,1
Digitale Medien	275	216	59	325	257	68	18,2
Telekommunikation	252	219	33	320	291	29	27,0
Informationsmanagement	38	27	11	288	207	81	657,9
Bioinformatik	24	15	9	143	97	46	495,8
Medieninformatik	-	-	-	78	61	17	x
Technoinformatik	133	120	13	75	69	6	-43,6
Mathematische Informatik	49	48	1	4	4	-	-91,8
Bildungsinformatik	1	1	-	-	-	-	x
Insgesamt	4 471	3 772	699	5 917	4 996	921	32,3

Computervisualistik (11%) und Digitale Medien (5,5%).

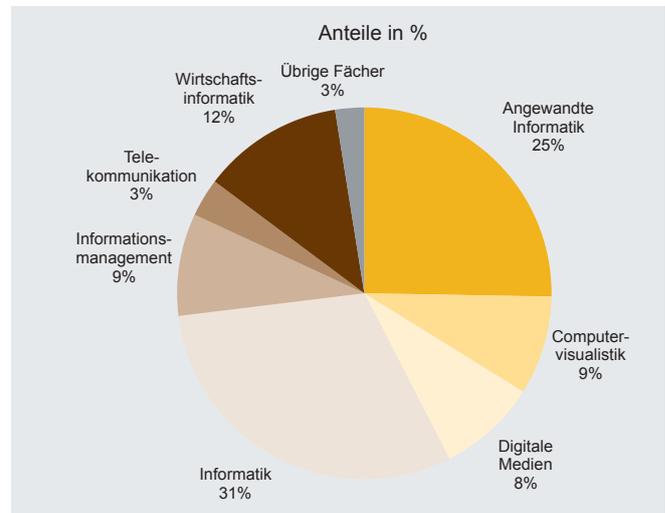
Überproportionale Zuwächse ergaben sich im Zeitraum vom Wintersemester 2000/01 bis zum Wintersemester 2005/06 in der Wirtschaftsinformatik und der Computervisualistik. Die mit Abstand höchsten Zuwachsraten in diesem Zeitraum waren in den Studiengängen Informationsmanagement und Bioinformatik zu beobachten; dies ist allerdings hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass diese beiden Ausbildungsgänge erst zum Wintersemester 2000/01 eingerichtet wurden. Rückläufig waren demgegenüber die Studierendenzahlen in Technoinformatik und Angewandter Informatik sowie im auslaufenden Studiengang Mathematische Informatik.

Starker Anstieg der bestandenen Abschlussprüfungen in den beiden letzten Jahren

Im Prüfungsjahr 2005, d. h. im Wintersemester 2004/05 und im darauf folgenden Sommersemester 2005, wurden im Studienbereich Informatik insgesamt 597 Abschlussprüfungen erfolgreich abgelegt. Das waren 141 Examina bzw. 31% mehr als im

S 7

Bestandene Abschlussprüfungen im Studienbereich Informatik im Prüfungsjahr 2005 nach Studienfächern



Vorjahr und fast doppelt so viele wie noch 2003. Die inzwischen deutlich höheren Absolventenzahlen sind auf die in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gestiegenen Studienanfängerzahlen zurückzuführen.

Unter den erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen des Prüfungsjahres 2005 waren 101 Frauen. Ihr Anteil betrug damit 17%. Gut 94% der erfolgreichen Kandidatinnen und Kandidaten waren deutsche und 6% ausländische Staatsbürger.

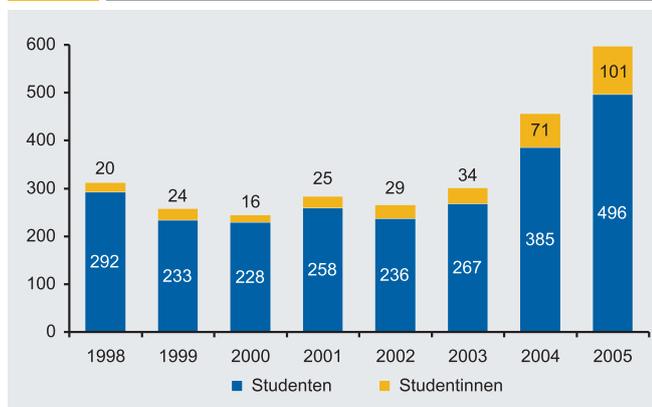
Abschlussprüfungen: Frauenanteil bei 17%

Höchste Anteile an Abschlüssen in Informatik und Angewandter Informatik

Die Gliederung der Abschlussprüfungen nach Studienfächern zeigt zwei ausgeprägte Schwerpunkte bei Informatik sowie Angewandter Informatik, auf die im Prüfungsjahr 2005 knapp 31% bzw. 25% entfielen. Mit deutlichem Abstand folgten die Fächer Wirtschaftsinformatik (12%), Informationsmanagement (9%), Computervisualistik (8,7%), Digitale Medien (8,4%) sowie Telekommunikation (3,2%). Auf die übrigen drei Disziplinen Technoinformatik, Bioinformatik und Mathematische Informatik entfielen jeweils weniger als 2% der Absolventen.

S 6

Bestandene Abschlussprüfungen im Studienbereich Informatik in den Prüfungsjahren 1998–2005 nach Geschlecht



Fast 85% entfallen auf Diplomabschlüsse

Knapp die Hälfte der zuerkannten Abschlussgrade waren Fachhochschuldiplome, 35% der Absolventen erreichten ein Universitätsdiplom. Gut 8,5% der IKT-Nachwuchskräfte erlangten einen Bachelorabschluss, 2,8% beendeten ihr Studium mit dem Mastergrad und 3,4% schlossen eine Promotion ab.

Längste durchschnittliche Studienzeit im Universitätsdiplom-Studiengang Informatik

Aus der Prüfungsstatistik lassen sich auch Informationen zur durchschnittlichen Fachstudiendauer gewinnen. Die folgenden Aussagen beschränken sich auf die Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventinnen und Erstabsolventen. Durch diese Eingrenzung sollen mögliche verzerrende Einflüsse ausgeschlossen werden, die daraus resultieren, dass beispielsweise ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen in der Regel längere Studienzeiten und Studierende in einem „Zweitstudium“ in der Regel kürzere Studienzeiten aufweisen. Als Mittelwert wird hier der auf Ausreißerwerte „robust“ reagierende Median (Zentralwert) verwendet.

Dieser teilt die Absolventinnen und Absolventen eines Studiengangs im Hinblick auf deren Fachstudiendauer in zwei gleich große Gruppen auf und markiert dabei diejenige Fachstudiendauer, bei der jeweils die Hälfte der Absolventinnen und Absolventen eine kürzere bzw. längere Ausbildungszeit aufweist.

Zwischen den einzelnen Studiengängen variieren die Studienzeiten deutlich. Absolventinnen und Absolventen mit Universitätsdiplom, die im Prüfungsjahr 2005 ihr Studium der Informatik beendeten, benötigten im Schnitt 11,7 Fachsemester bis zum Abschluss. Die vorgesehene Regelstudienzeit in dieser Fachrichtung wurde damit vom „Durchschnittsstudenten“ um 2,7 Semester überschritten. Knapp ein halbes Semester früher (11,3 Fachsemester) erwarben Studentinnen und Studenten ihr Universitätsdiplom in Angewandter Informatik. Im universitären Studiengang Wirtschaftsinformatik benötigten die Studierenden im Schnitt 11 Fachsemester und in der Computervisualistik 10,4 Fachsemester bis zum Abschluss. Damit wurde in der Angewandten Informatik die Regelstudienzeit um 2,3 Semester,

Regelstudienzeit im Universitätsdiplom-Studiengang Informatik um 2,7 Semester überschritten

T 4 Bestandene Abschlussprüfungen und durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen im Studienbereich Informatik im Prüfungsjahr 2005 nach ausgewählten Studiengängen

Studiengang	Abschlussart	Bestandene Abschlussprüfungen	Fachstudien-dauer (Medianwert)	Regelstudienzeit	Abweichung des Medianwerts von der Regelstudienzeit
		Anzahl			
Informatik	Diplom (U)	113	11,7	9	2,7
Angewandte Informatik	Diplom (U)	17	11,3	9	2,3
Wirtschaftsinformatik	Diplom (U)	10	11,0	9	2,0
Computervisualistik	Diplom (U)	50	10,4	9	1,4
Informatik	Bachelor (U)	11	6,9	6	0,9
Informationsmanagement	Bachelor (U)	35	6,3	6	0,3
Informationsmanagement	Master (U)	13	5,2	4	1,2
Telekommunikation	Diplom (FH)	15	10,1	8	2,1
Informatik	Diplom (FH)	19	9,4	8	1,4
Angewandte Informatik	Diplom (FH)	132	9,1	8	1,1
Digitale Medien	Diplom (FH)	46	8,9	8	0,9
Wirtschaftsinformatik	Diplom (FH)	62	8,8	8	0,8

in der Wirtschaftsinformatik um 2 und im Diplomstudiengang Computervisualistik um 1,4 Semester überschritten.

Relativ niedrige Studiendauer in Bachelorstudiengängen

In den neuen Bachelorstudiengängen an Universitäten ergab sich in den Disziplinen Informatik und Informationsmanagement mit 6,9 bzw. 6,3 Semestern eine relativ niedrige Fachstudiendauer. Die Regelstudienzeiten wurden in diesen beiden Ausbildungsgängen um weniger als ein Semester überschritten. Studierende des Masterstudiengangs Informationsmanagement an der Universität Koblenz-Landau benötigten für diesen Ausbildungsabschnitt durchschnittlich 5,2 Fachsemester. Sie studierten damit 1,2 Semester länger als veranschlagt. Mit diesem unmittelbar an ein Bachelorstudium anknüpfenden Master-Ausbildungsgang können sich Studierende weiterqualifizieren, wobei die im Bachelorstudium erlangten Kenntnisse fachlich vertieft und inhaltlich erweitert werden.

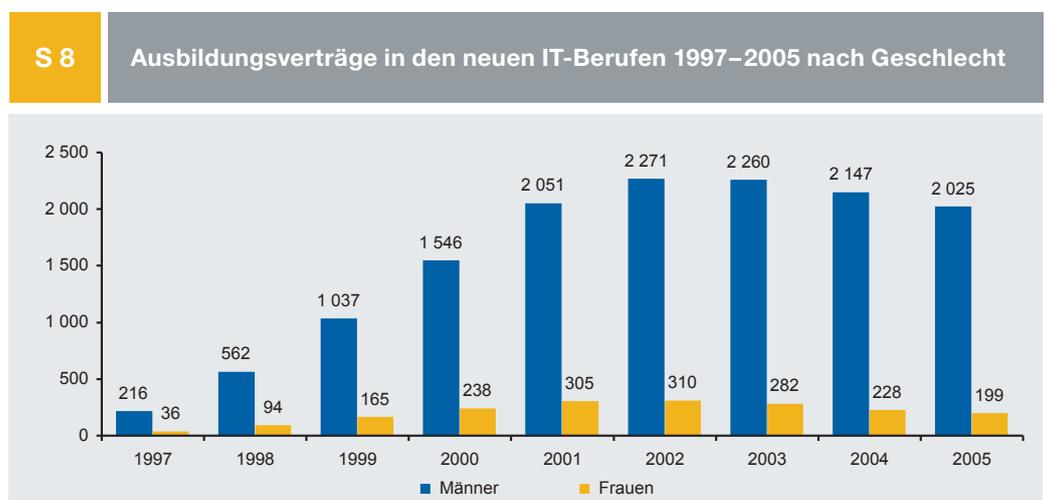
Unter den Fachhochschulabsolventen wiesen Studierende in den Diplomstudiengängen Telekommunikation, Informatik und Angewandte Informatik mit 10,1 sowie 9,4 bzw. 9,1 Fachsemestern eine vergleichs-

weise hohe Studiendauer auf. In allen drei Studiengängen wurden die Regelstudienzeiten jeweils deutlich um 1,1 bis 2,1 Fachsemester überschritten. Demgegenüber erreichten Fachhochschulabsolventen in den Ausbildungsgängen Wirtschaftsinformatik und Digitale Medien mit durchschnittlich 8,8 bzw. 8,9 Semestern relativ schnell ihr Ausbildungsziel. Die Regelstudienzeiten wurden in diesen beiden Studiengängen mit 0,8 bzw. 0,9 Semestern nicht wesentlich überschritten.

Fünf neue Ausbildungsberufe geschaffen

Nicht nur die Hochschulen, sondern auch die rheinland-pfälzischen Wirtschaftsunternehmen leisten ihren Beitrag, um Fachspezialisten für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie heranzubilden. Im Jahr 2005 stellten sie gut 2 200 Ausbildungsplätze bereit.

In den vergangenen Jahren wurden insgesamt fünf neue IT-Berufe im dualen Ausbildungssystem verankert. Es sind dies Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker/in, Fachinformatiker/in, Informatikkaufmann/-frau, Informations-



Telekommunikationssystemkaufmann/-frau sowie Informationselektroniker/in. Im Jahr 1997 wurden insgesamt 252 Ausbildungsverträge in den vier erstgenannten Berufen registriert, ein Jahr später waren es bereits 656. Seit 1999 werden Informationselektronikerinnen und -elektroniker ausgebildet; bereits im ersten Jahr wurden hier 21 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Insgesamt ist die Zahl der registrierten Ausbildungsverträge in den fünf IT-Berufen zunächst kontinuierlich gestiegen und erreichte im Jahr 2002 mit 2 581 Ausbildungsverhältnissen den bisher höchsten Stand. Seither ist sie allerdings wieder rückläufig (2005: 2 224). In den IT-Berufen überwiegen die männlichen Auszubildenden. Der Anteil junger Frauen war in den Jahren 1997 und 1998 mit jeweils 14,3% noch vergleichsweise hoch. Danach ist er allerdings kontinuierlich gesunken und lag im Jahr 2005 bei nur noch 8,9%.

Die mit Abstand meisten Ausbildungsverträge wurden Ende des Jahres 2005 mit

1 036 für den Beruf Fachinformatiker/in gezählt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl aller Ausbildungsverträge in den fünf neuen IT-Berufen lag damit bei knapp 47%. Auf den Beruf Informations- und Telekommunikationssystemkaufmann/-frau entfielen Ende des Jahres 2005 insgesamt 362 Verträge. Es folgten die Ausbildungsberufe Informatik-kaufmann/-frau mit 288, Informationselektroniker/in mit 272 sowie Informations- und Telekommunikationssystemelektroniker/in mit 266 registrierten Lehrverträgen.

Der Anteil der neuen IT-Berufe an der Gesamtzahl aller bestehenden Ausbildungsverträge lag im Jahr 2005 bei rund 3%.

Fast die Hälfte aller Ausbildungsverträge im Jahr 2005 entfiel auf den Beruf Fachinformatiker/in

Höchststand an Ausbildungsverträgen im Jahr 2002

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), leitet das Sachgebiet Hochschulen, Berufsbildung.

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken

Ergebnisse der DIW-Studie

Von Prof. Dr. Reiner Stäglin und Ingo Pfeiffer

Gastbeitrag*)

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft.¹⁾ Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen.

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

15% aller Unternehmen zu amtlichen Statistiken meldepflichtig

Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation

der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter. Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85% zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden. Von den 15,2% der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8% zu einer Statistik und 2,2% der Unternehmen zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2% der Unternehmen betroffen; darunter befanden sich 1,1% Berichtspflichtige, die fünf und

*) Der vorliegende Beitrag wurde im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg, Ausgabe 3/2007, veröffentlicht. Mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird er hier für die Leser der Statistischen Monatshefte Rheinland-Pfalz abgedruckt. Eine Langfassung ist nachzulesen bei Stäglin, Reiner/Pfeiffer, Ingo: Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch die amtliche Statistik – Ergebnisse der DIW-Studie, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Heft 11/2006.

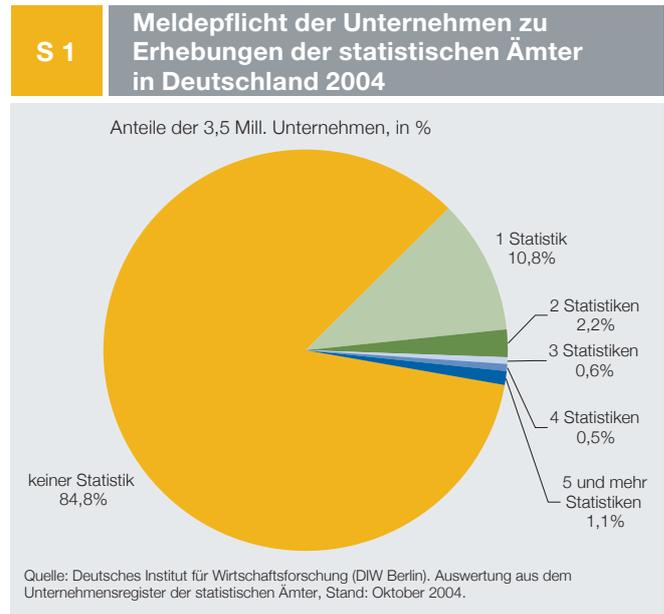
1) Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten.

mehr Erhebungen beantworten mussten (Schaubild 1).

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach Größenklassen der Unternehmen lässt erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält. Von den Kleinstunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wurden 12,6% zu einer oder mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) und von den mittleren Unternehmen (50 bis 249 Beschäftigte) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73% und von den Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

Zeitaufwand für einzelne Statistiken sehr unterschiedlich

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht nicht aus, um die tatsächliche Belastung der Befragten richtig einzuschätzen. Hierfür ist eine individuelle Befragung über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Statistiken erforderlich. Diese Befragung erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen, in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen ge-



fragt wurde.

Die Zahl der in die Belastungsbefragung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Knapp 75 000 Berichtspflichtige haben den Befragungsbogen zurückgesandt, was eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5% bedeutet.

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung des erfragten Zeitaufwands auf Jahresbasis vorgenommen; das heißt, die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit 12 und diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit 4 multipliziert. Zeitangaben für Statistiken mit mehrjährlichen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelsstatistik mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten Rang 1 und die Binnenschifffahrtsstatistik mit 42 Minuten Rang 72 belegen (Tabelle 1).

T 1		Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter 2004				
		Belastungsbogen		Mittelwerte		
Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Rücklauf	verwertbare Antworten	Bearbeitungszeit je Meldevorgang	jährlicher Meldeaufwand	
		Anzahl		Minuten		Rangfolge
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturserhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50

T 1		Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter 2004				
		Belastungsbogen		Mittelwerte		
Statistik-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Rücklauf	verwertbare Antworten	Bearbeitungszeit je Meldevorgang	jährlicher Meldeaufwand	
		Anzahl		Minuten		Rangfolge
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Insgesamt	Statistiken bei Unternehmen	74 924	73 316	X	X	X

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Durchschnittlicher Meldeaufwand liegt bei 64 Minuten im Monat

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von statistischen Berichtspflichten betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden. Der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtiges Unternehmen ist mit jährlich 12,7 Stunden – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten – gering; die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark.

Der Meldeaufwand der Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42% aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4 Mill. Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwands für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwands entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8% des gesamten Meldeaufwands bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtiges Unternehmen von 122,3 Stunden, also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand

aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichten je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Diese Ergebnisse zeigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Die Ergebnisanalyse macht zudem deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom verarbeitenden Gewerbe, vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ erbracht wird (Tabelle 2). Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ sowie „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45% an allen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes gut 46% des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Mill. Stunden zu den von den 34,6 Mill. beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen so genannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014%. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungsquotienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für

T 2

Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter 2004 nach Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweig ¹⁾	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	89,1	1 759,6	19,8
H Gastgewerbe	60,1	531,1	8,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20,0	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Verwaltung von 0,15%. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weitverbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen

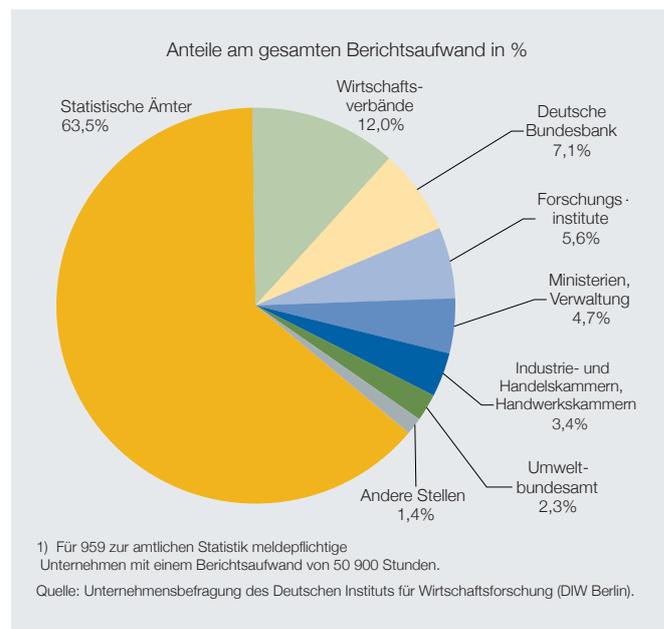
Amtliche Statistik nur geringer Teil der Bürokratiebelastung

Zur Einordnung der Ergebnisse der Belastungsstudie wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmens-tätigkeiten anfallen.

Bei den Statistikmeldungen überwiegen die Anforderungen der amtlichen Statistik; knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwands der Unternehmen entfällt auf sie (Schaubild 2). Hinzu kommen statistische Meldungen an die Deutsche Bundesbank, soweit aus den Antworten ersichtlich,

S 2

Gemeldete statistische Informationen¹⁾ 2004 nach Empfängern und Zeitaufwand

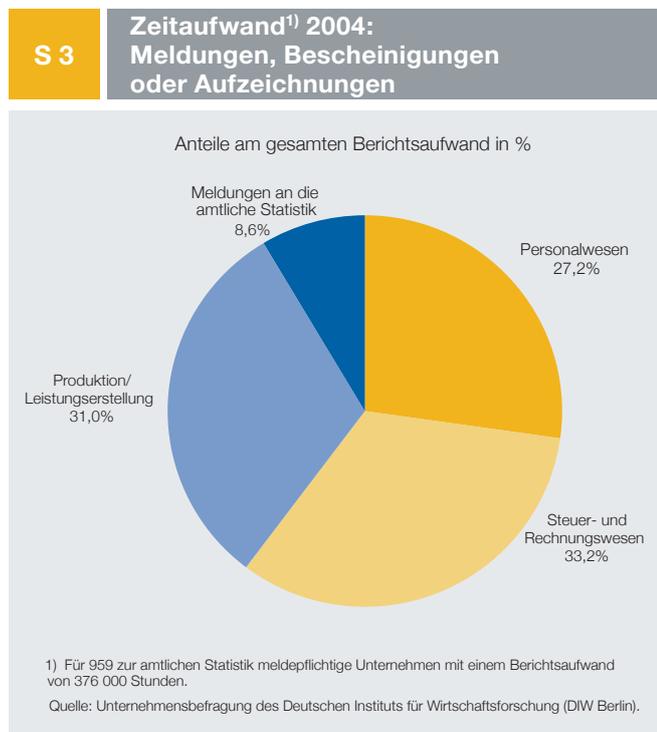


men 15,4% der Bearbeitungszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6% des Bearbeitungsaufwands entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert wurden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3% der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten.

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen

durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne zusätzliche Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung im Durchschnitt der Unternehmen mit rund 27% bis 33% des gesamten Zeitaufwands annähernd gleich große Belastungen darstellen (Schaubild 3). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9% des Zeitaufwands für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.



Folgerungen

Die DIW-Belastungsstudie belegt: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielasten“ wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch viele Kleinst- und Kleinunterneh-

men. Anders als größere Unternehmen können sie nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen.

Die Analysen der Ergebnisse der Belastungserhebung haben außerdem gezeigt, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen z. B. durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung unter anderem durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksistem sowie eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und der Einführung der

Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik“ bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen. Die Zielsetzung lautet: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen.

Prof. Dr. Reiner Stäglin war bis 2004 Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin); von 2000 bis 2004 war er Vorsitzender der Deutschen Statistischen Gesellschaft und ist seither deren stellvertretender Vorsitzender.

Ingo Pfeiffer, Diplom-Soziologe, ist Mitarbeiter im DIW Berlin im Bereich Forschung, Innovation und Technologie.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im April weiter gestiegen

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklima im April verbessert

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im April zum zweiten Mal in Folge verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex legte von 107,7 auf 108,6 Punkte zu. Die Klimaverbesserung wird nach Einschätzung des ifo Instituts vor allem durch die internationale Investitionskonjunktur getragen. Sie hat in Deutschland aufgrund der Wirtschaftsstruktur – mit einer Spezialisierung auf Investitionsgüter – einen stärkeren Einfluss auf die konjunkturelle Entwicklung als in anderen großen Volkswirtschaften.

Die Verbesserung des Geschäftsklimas ist darauf zurückzuführen, dass sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden sechs Monate günstiger ausfielen. Der Lageindex stieg von 112,4 auf 113,2 Punkte. Der Index für die Geschäftsaussichten erhöhte sich von 103,2 auf 104,3 Punkte.

Bessere Lagebeurteilung und günstigere Geschäftserwartungen

Im verarbeitenden Gewerbe ist der Klimaindex zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Die Beurteilung der Geschäftslage verbesserte sich auf hohem Niveau leicht, und auch die Einschätzung der Geschäftsaussichten für die kommenden Monate fiel positiver aus als noch im Vormonat.

Klimaverbesserung im verarbeitenden Gewerbe, im Einzel- und im Großhandel

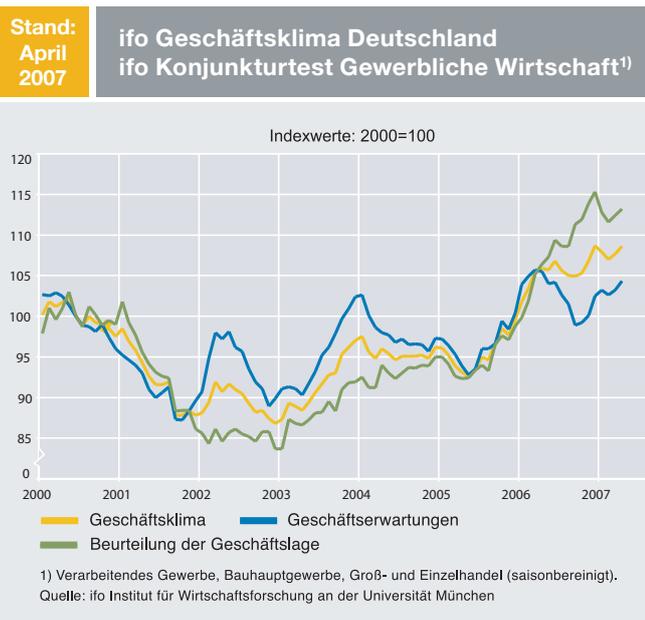
Im Einzelhandel hat sich die Stimmung im April spürbar verbessert. Sowohl die Lageeinschätzung als auch die Geschäftserwartungen der Einzelhändler fielen im Vergleich zum Vormonat deutlich günstiger aus. Auch im Großhandel ergab sich nach den Rückgängen in den vergangenen beiden Monaten eine deutliche Aufhellung des Klimas. Die negativen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn verlieren im Handel offensichtlich an Gewicht.

Lediglich im Bauhauptgewerbe verschlechterte sich die Stimmung. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen fielen im Vergleich zum Vormonat ungünstiger aus.

Leichte Stimmungseintrübung im Bauhauptgewerbe

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen etwas schwächer als im Vormonat – Rückgang im Bauhauptgewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie



laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Januar 2007 gegenüber dem Vorjahr um 10,4% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. In den zurückliegenden fünf Monaten schwankte das Auftragsplus um die 10%-Marke. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat lag im Januar 2007 mit +10,4% – wie schon im Dezember 2006 (+10,6%) – knapp darüber.

Zuwächse der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland zum Jahresbeginn fast gleichauf

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Januar 2007 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Seit März 2006 ist allerdings – mit Ausnahme des Septembers – die Auslandsnachfrage stärker gestiegen als die heimische Nachfrage. Auch im Januar wurde mit +10,5% wieder ein höheres Auftragsplus aus dem Ausland registriert. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland war mit +10,2% aber kaum niedriger. Im Dezember 2006 hatte die Zuwachsrate der Auftragseingänge aus dem Inland bei 8,6% und die der Auslandsbestellungen bei 12,6% gelegen.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie 8,9% über Vorjahresniveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 33%) erhöhten sich im Januar 2007 die Auftrags-eingänge um 8,9% gegenüber dem Januar

des vorangegangenen Jahres. Der Anstieg war damit etwas schwächer als zuletzt im Dezember (+9,1%). Mit Ausnahme des Spitzenwertes im Juni (+14,4%) liegen die Auftragszuwächse der chemischen Industrie seit April 2006 stabil zwischen 7,1 und 10,3%.

Die aktuelle Entwicklung wurde durch Zuwächse auf den Märkten im In- und Ausland getragen. Der Anstieg bei den Bestellungen aus dem Inland war etwa so hoch wie in den fünf vorausgegangenen Monaten. Dabei war die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr zum sechsten Mal in Folge größer als bei den Auslandsaufträgen. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im Januar 2007 um 11,2%, nach 10,8% im Dezember. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Januar 7,8%, nach 8,2% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im Januar 2007 mit +21,9% wieder zu einem deutlichen Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Dezember 2006 war er mit +23,3% sogar noch etwas höher. Davor hatte die Zuwachsrate im Oktober und November mit +11,1 bzw. +14,8% ebenfalls schon im zweistelligen Bereich gelegen.

Starker Auftragszuwachs im Fahrzeugbau im Wesentlichen durch gestiegene Auslandsnachfrage

Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion stieg im Januar 2007 um 11,8%, nach zuletzt 6,5% im Dezember 2006. In den vorausgegangenen Monaten war sie im Drei-Monats-Durchschnitt viermal in Folge hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg auch im Januar wieder kräftig um 31,7%, nachdem sie sich bereits im Vormonat stark um 41% erhöht hatte.

Nachfrage-
rückgang in
der Metaller-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) sanken die Auftragseingänge im Januar 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,7%. Damit war zum vierten Mal hintereinander ein Rückgang zu verzeichnen. Zuletzt waren im Dezember die Auftragseingänge um 5,6% niedriger als im Dezember 2005.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Januar wieder zu einem leichten Anstieg der Auftragseingänge um 1,4%, nachdem es im Vormonat noch einen geringen Rückgang von 1% gegeben hatte. Die Auslandsaufträge waren im Vorjahresvergleich mit -10,1% stark rückläufig. Zuvor waren sie schon im Dezember (-11,3%) deutlich zurückgegangen.

Auftrags-
eingänge im
Maschinenbau
stiegen zum
Jahresbeginn
schwächer als
2006

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Januar 2007 im Vorjahresvergleich um 9,9% und damit schwächer als im Dezember 2006 (+12,3%). Die Zuwachsrate liegt zum ersten Mal seit September 2005 nicht mehr im zweistelligen Bereich. Die höchsten Auftragssteigerungen gab es im Frühjahr 2006, als dreimal in Folge ein Auftragsplus von über 20% registriert wurde.

Die Inlandsaufträge zogen im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal etwas stärker an als im Dezember und erreichten wieder die Zuwachsraten vom September bzw. Oktober 2006. Der Anstieg lag im Januar bei 17,5%, nach 16,6% im Vormonat. Die Auftragszahlen aus dem Ausland erhöhten sich dagegen im Vorjahresvergleich nur um 6%, nachdem im November und Dezember 2006 noch jeweils Zuwächse von 9,9% zu verzeichnen waren.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-

Durchschnitt des Auftragseingangs im Januar 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,2% gesunken. Davor war es im Dezember 2006 noch zu einem deutlichen Zuwachs von 14% gekommen. Die Monate von September bis November 2006 zeigten in der Baubranche keine eindeutige Tendenz. Im Vorjahresvergleich sinkende Auftragseingänge im September und November (-2,4 bzw. -0,3%) wurden von einem leichten Nachfrageanstieg im Oktober (+1,8%) unterbrochen.

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Im aktuellen Drei-Monats-Durchschnitt wird das starke Auftragsplus im Berichtsmonat Januar von den rückläufigen Auftragseingängen der Berichtsmonate Dezember 2006 und Februar 2007 überlagert.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage stark beeinflusst. Der dadurch ausgelöste Genehmigungsschub wirkte im Drei-Monats-Durchschnitt vor allem von November 2005 bis April 2006, da viele der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge erst Anfang 2006 bearbeitet wurden. Diese aus steuerlichen Gründen „vorgezogenen“ Baugenehmigungen führen nun als Basiseffekt zu besonders starken prozentualen Rückgängen bei der Zahl der Baugenehmigungen. Bereits im Oktober brach der Drei-Monats-Durchschnitt um 22% ein. Diese Entwicklung verstärkte sich anschließend im November und Dezember 2006 mit einem Minus von 35 bzw. 58,1% und setzte sich auch im Januar 2007 mit einem Rückgang um 61,3% fort.

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe
wieder rück-
läufig

Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich deutlich eingebrochen

Steigende Umsätze im Einzelhandel, Rückgänge im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten. Aufgrund methodischer Änderungen kann an dieser Stelle allerdings lediglich die Umsatzentwicklung der letzten Berichtsmomente beschrieben werden.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Einzelhandels- und Großhandelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Ab dem Berichtsmonat Januar 2007 werden die Daten für den neuen Berichtskreis ausgewiesen. Durch die rückwirkende Einbeziehung neu gegründeter Unternehmen können zwar – auf der Grundlage der überarbeiteten Stichproben – Umsatzmesszahlen ab Januar 2006 ermittelt werden, diese sind aber mit den bis Ende 2005 berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder mit Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmonat März 2007 gebildet werden.

Umsatzsteigerung im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Berichtsmonat Februar 2007 einen realen Anstieg um 1,4% gegenüber Februar 2006 auf. Zuvor gab es im Berichtsmonat Januar einen Rückgang um 0,5% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Jahr 2006 wurden – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – noch jahresdurchschnittliche Zuwächse von 2,2% errechnet. In den Berichtsmona-

ten November und Dezember 2006 lagen die Umsätze sogar um 2,7 bzw. 2,8% über den Vorjahreswerten. Eine Ursache der aktuell etwas schwächeren Entwicklung dürfte die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 sein.

Die Umsätze im Großhandel gingen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Berichtsmonat Februar 2007 im Vorjahresvergleich real um 3,4% zurück. Davor waren sie bereits im Januar mit –2,7% ähnlich stark gesunken. Im Jahr 2006 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Umsatzrückgang von 0,8% errechnet.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigte sich bei der Entwicklung der Umsätze seit Juni 2005 wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; die Veränderungsraten variierten nur geringfügig. Die Umsatzmesszahlen ließen lediglich den üblichen saisonalen Verlauf mit hohen Umsätzen von Mai bis Oktober und einen deutlichen Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft erkennen. Zum Jahresbeginn 2007 fielen nun allerdings die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Januar und Februar im Vorjahresvergleich real um 3,2 bzw. 4,8% niedriger aus als ein Jahr zuvor.

Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im April um 1,8% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000 = 100) erreichte im April 2007 einen Wert von 111,7. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte er sich um 0,2%. Gegenüber dem April des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 1,8% gestiegen. Damit war die Teuerungsrate zwar wieder

Verbraucherpreisanstieg im April bei 1,8%

etwas niedriger als im März (+1,9%), blieb aber höher als um den Jahreswechsel. Im Januar und Februar hatte der Anstieg 1,6 bzw. 1,7% betragen, nach jeweils 1,4% im November und Dezember 2006.

Preise für Haushaltsenergie zogen weiter deutlich an

Die Preise für Haushaltsenergie erhöhten sich binnen Jahresfrist kräftig. Gegenüber April 2006 zogen sie um 3,5% an, nachdem im März 2007 die Teuerungsrate sogar noch bei 4,2% gelegen hatte. Diese Entwicklung wurde in erster Linie durch die starken Preissteigerungen beim Strom (+8,1%) bestimmt, während die Heizölpreise (-6,8%) weiterhin rückläufig waren. Da sich im gleichen Zeitraum die Wohnungsmieten einschließlich der Nebenkosten nur um 1% verteuerten, fiel der Preisanstieg im Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ mit +1,7% gegenüber dem Vorjahresmonat leicht unterdurchschnittlich aus.

Preisentwicklung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im April 2007 unter anderem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,9%), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,6%), „Bildungswesen“ (+2,6%) sowie „Verkehr“ (+2,5%). Rückläufige Preise waren im Vergleich zum April 2006 lediglich im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ (-0,3%) zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit im April weiter auf dem Rückzug

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Arbeitslosenquote sinkt auf 6,8%

Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung führt zu einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. Mitte April 2007 waren in Rheinland-Pfalz 139 210 Frauen und Männer arbeitslos

gemeldet, also gut 6 300 oder 4,3% weniger als im März 2007. Gegenüber April 2006 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 34 400 Personen oder 19,8%. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank auf 6,8% (März 2007: 7,1%). Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 8,6% gelegen. Die Arbeitslosigkeit hat damit nach Auskunft der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit den niedrigsten Stand in einem April seit sechs Jahren erreicht.

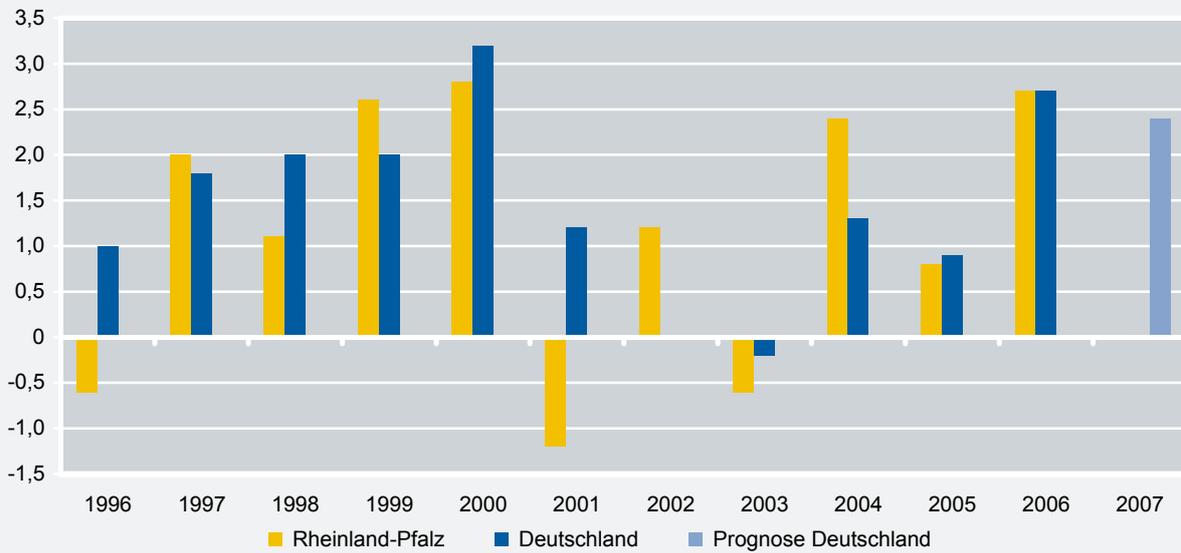
Für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung liegen aktuelle Daten bis Februar 2007 vor. Sie zeigen eine Aufwärtsentwicklung bei dieser besonders wichtigen Beschäftigungsart. Im Februar gab es in Rheinland-Pfalz 1,162 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; das waren 27 100 oder 2,4% mehr als im Februar 2006. Die Zunahme war damit in Rheinland-Pfalz ähnlich stark wie im übrigen Bundesgebiet. Im verarbeitenden Gewerbe hat die Beschäftigung mit einem Plus von 4 800 Personen bzw. 1,6% im Vergleich zum Februar 2006 sogar etwas stärker als bundesweit zugelegt. Den höchsten Zuwachs verzeichneten allerdings Zeitarbeitsfirmen (+9 300 Beschäftigte). Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gab es aber auch in der Bauwirtschaft (+4 300), bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+2 700) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (+1 800).

Mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen

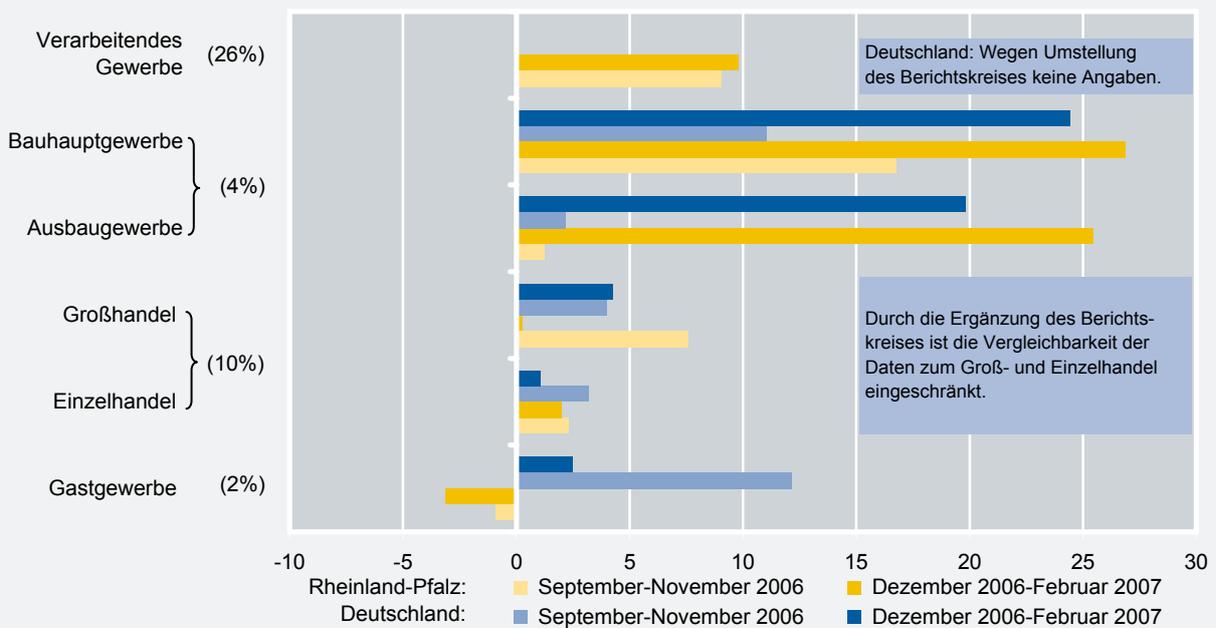
Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2007 im September 2007. - Quelle Prognosewert 2007: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2007.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



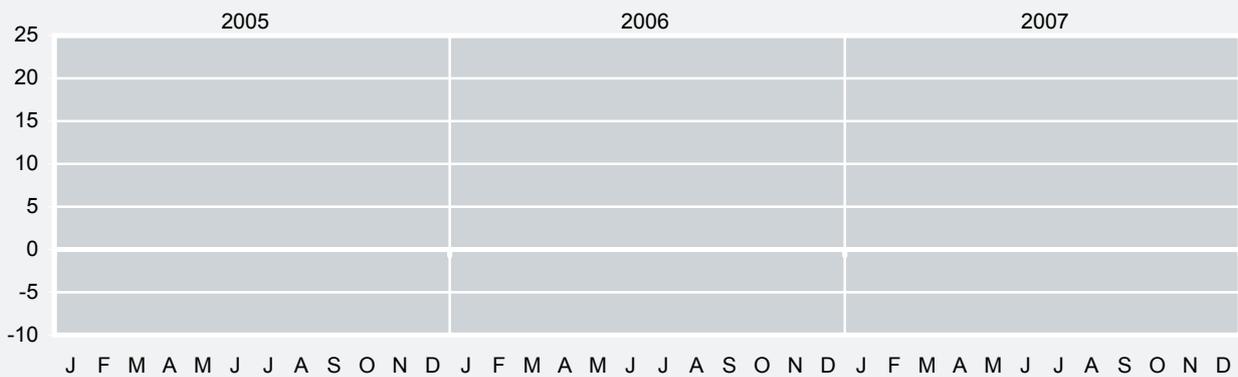
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

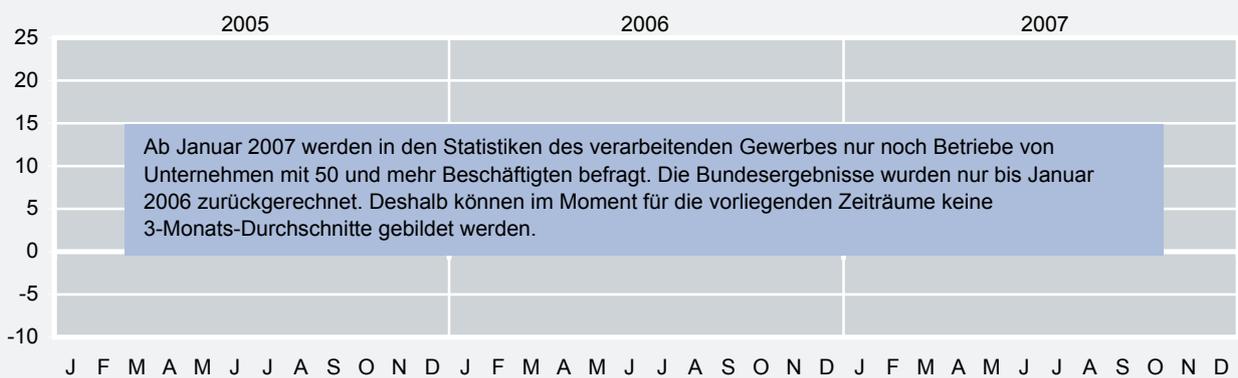
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

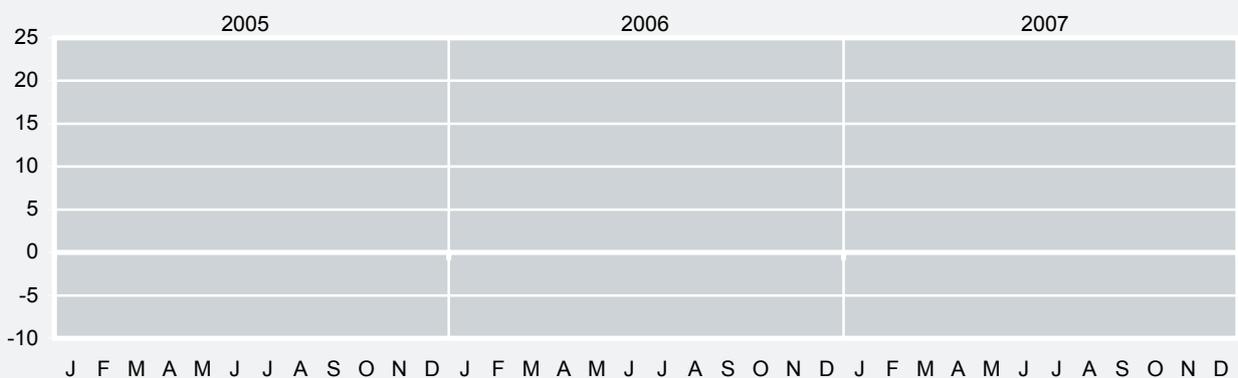
Insgesamt



Inland



Ausland



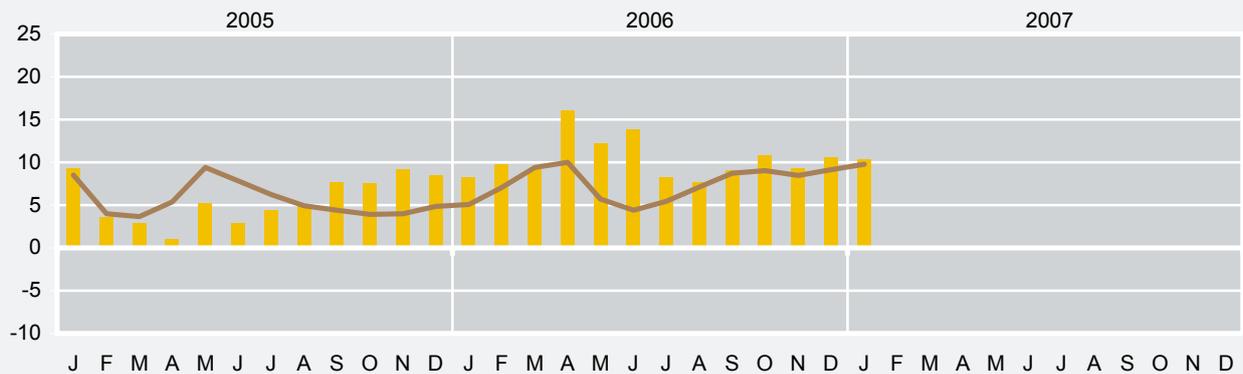
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

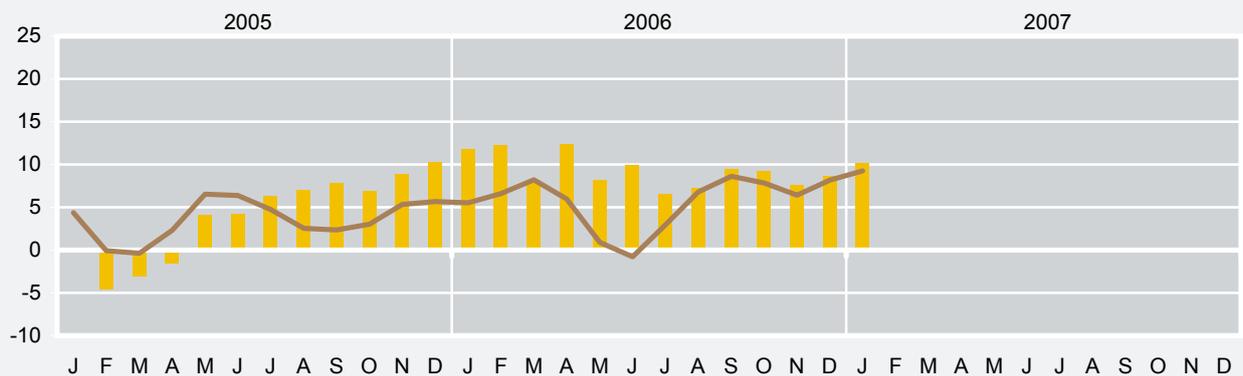
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

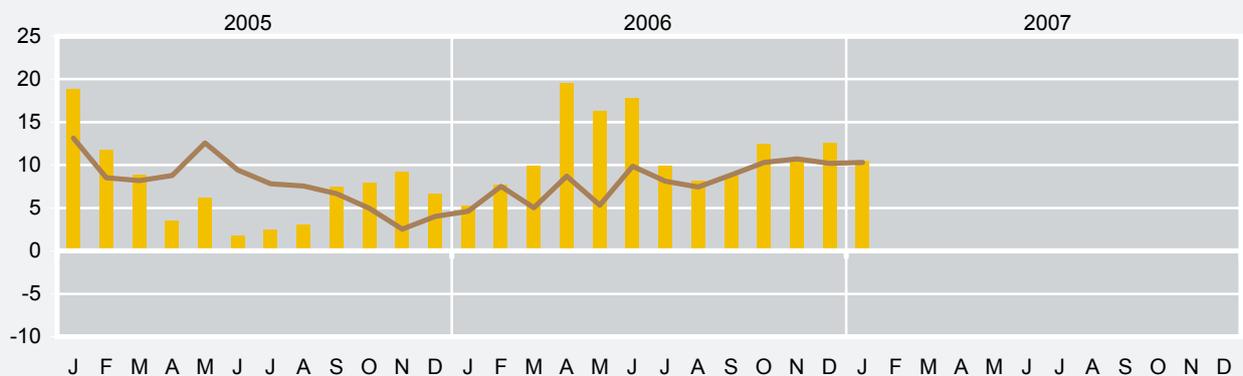
Insgesamt



Inland



Ausland



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

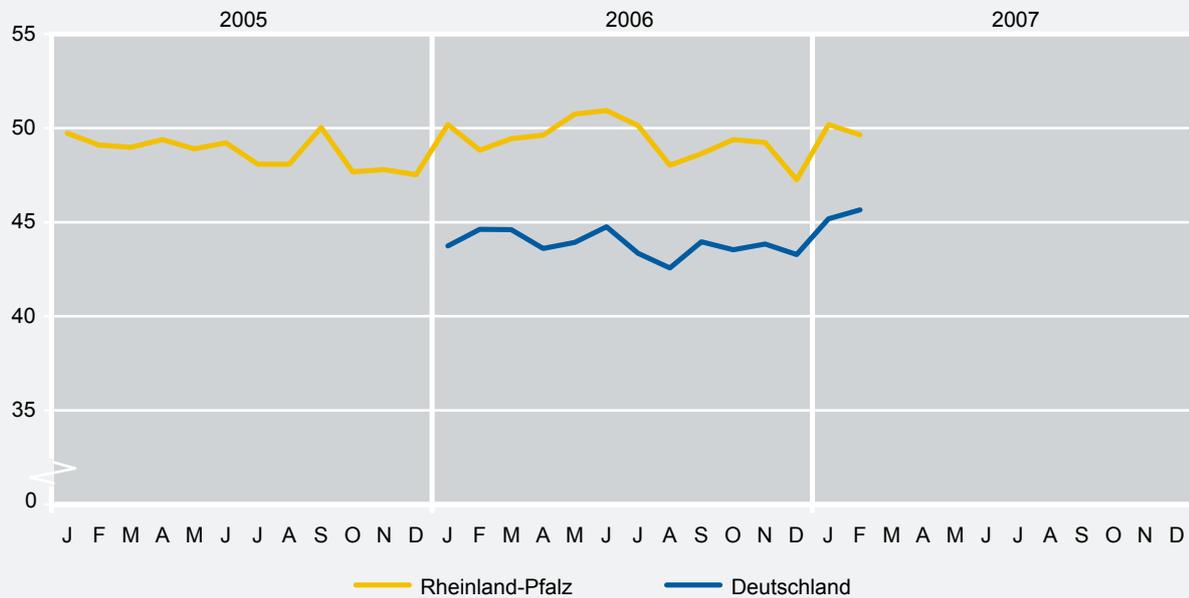
**Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

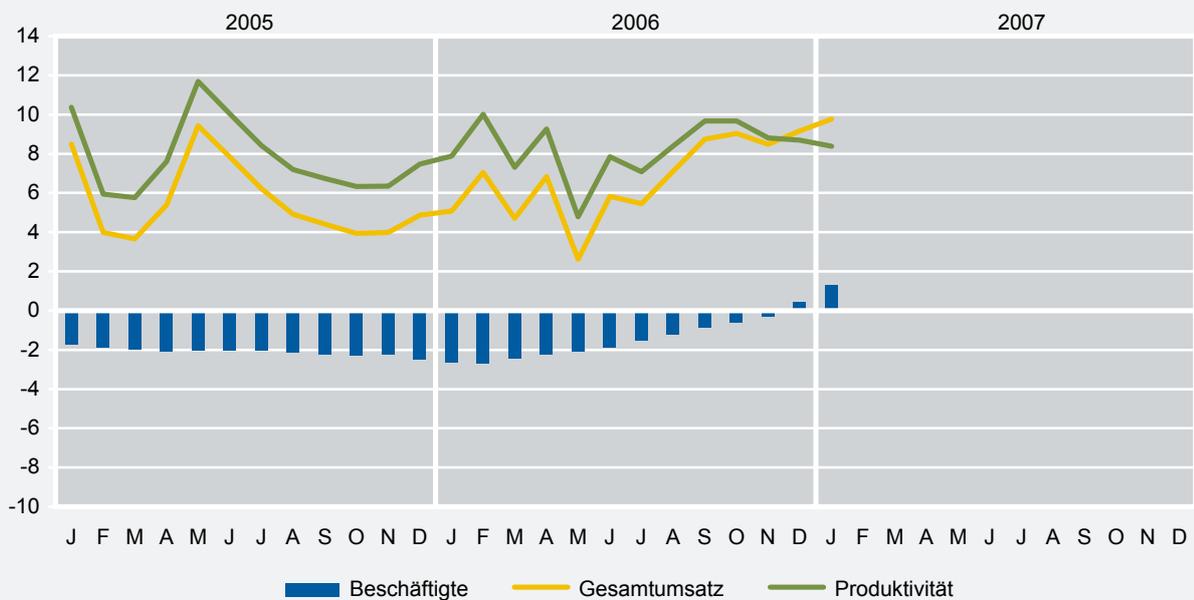
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

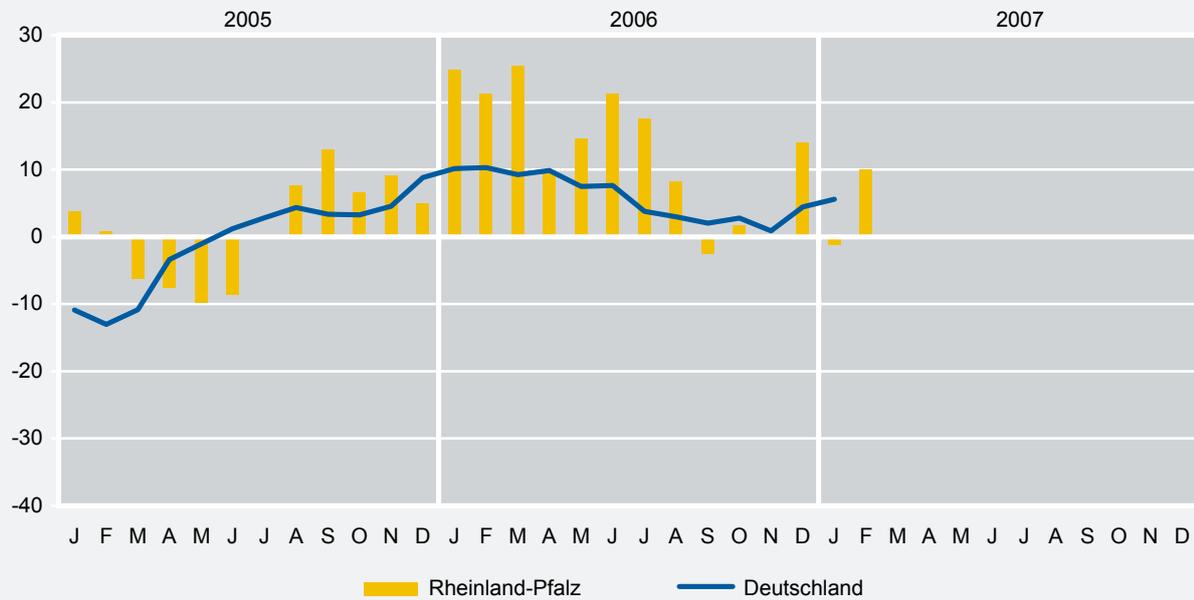
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

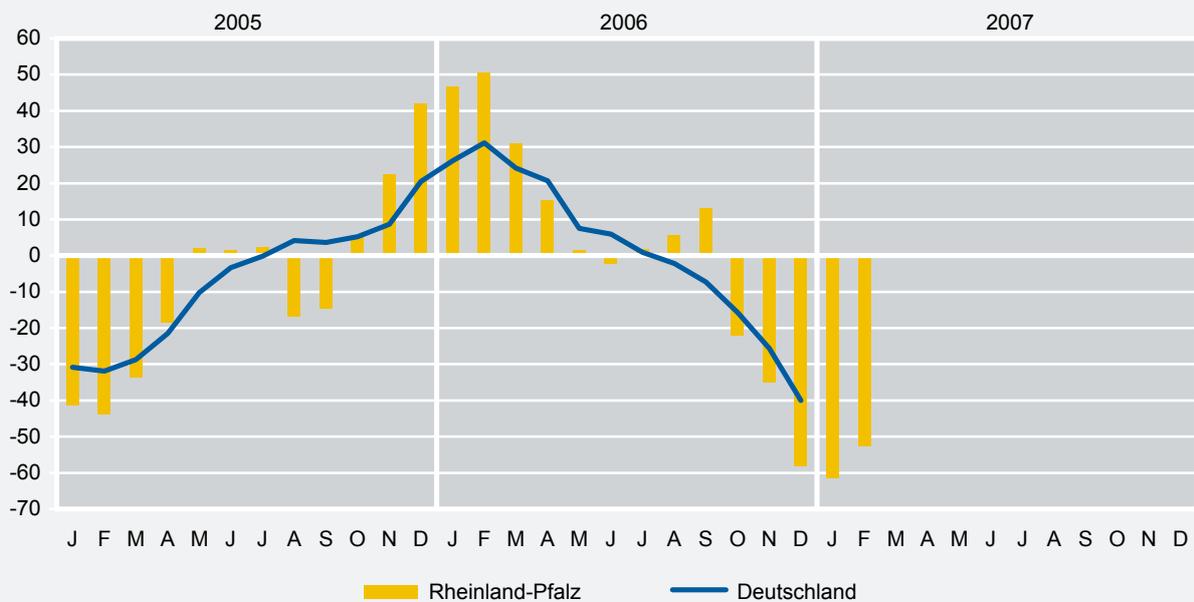
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

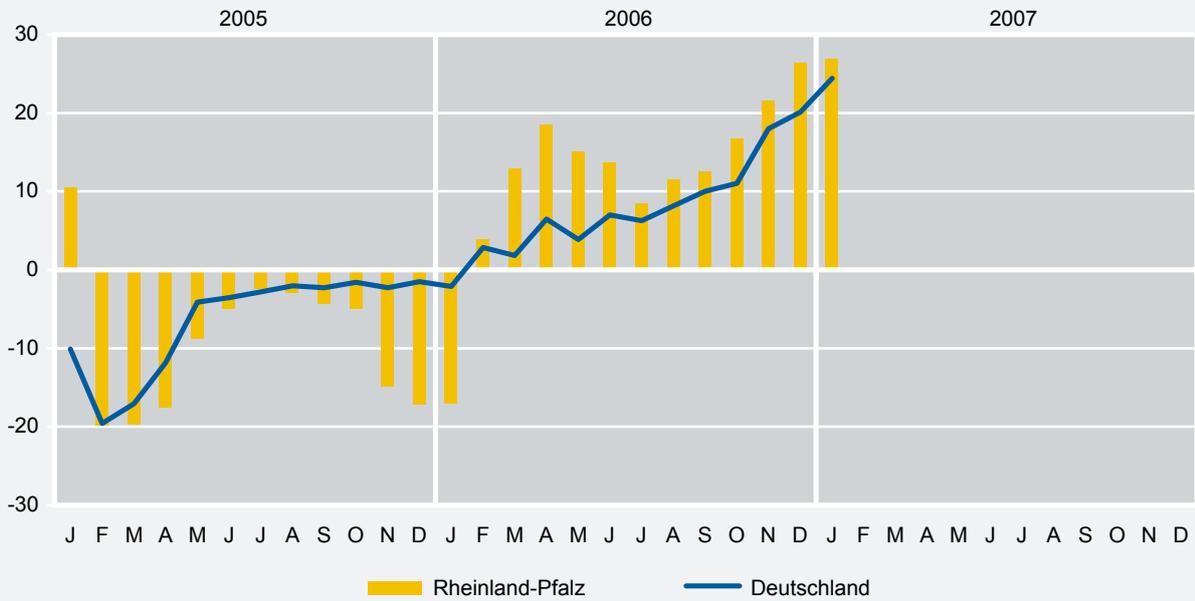
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

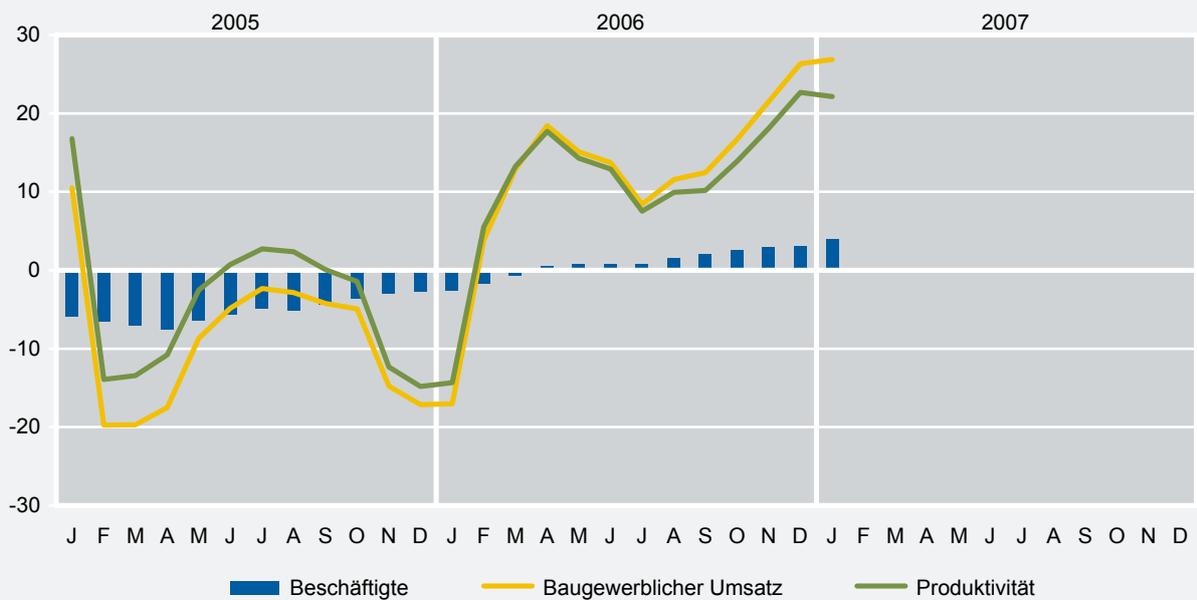
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

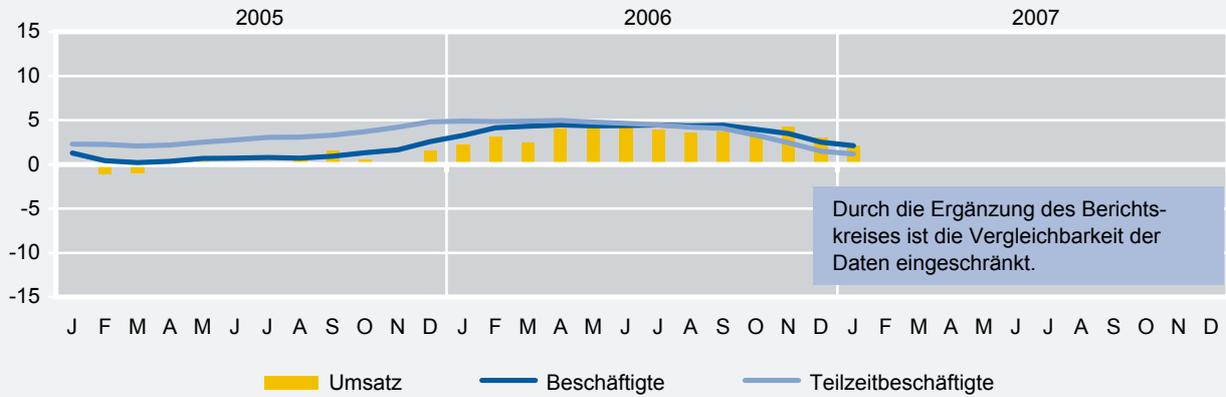
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

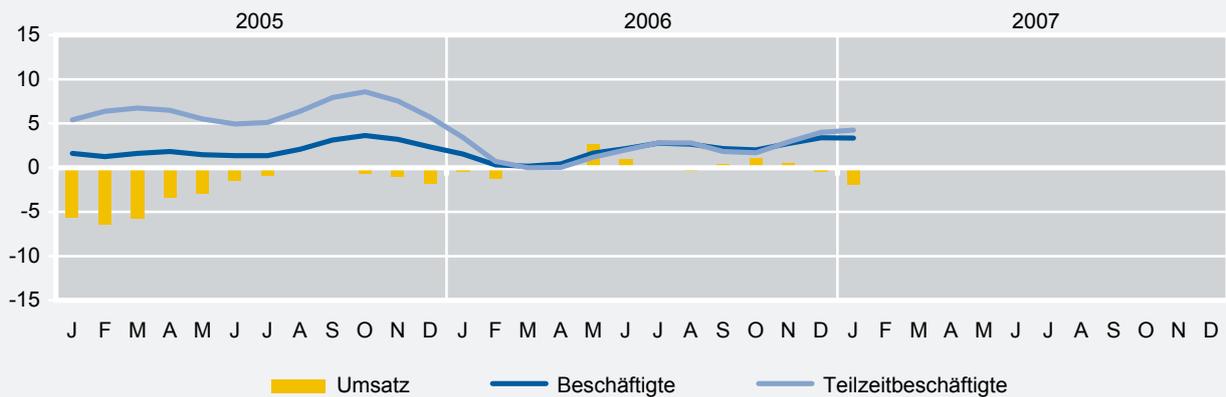
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



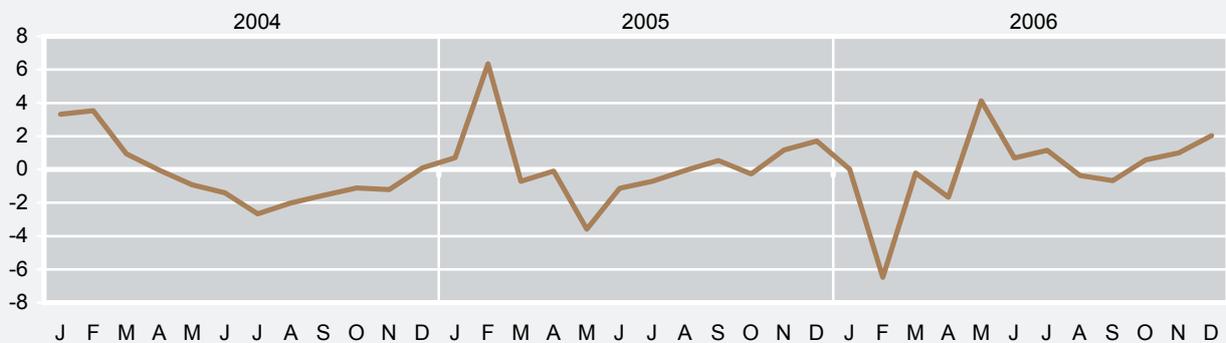
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



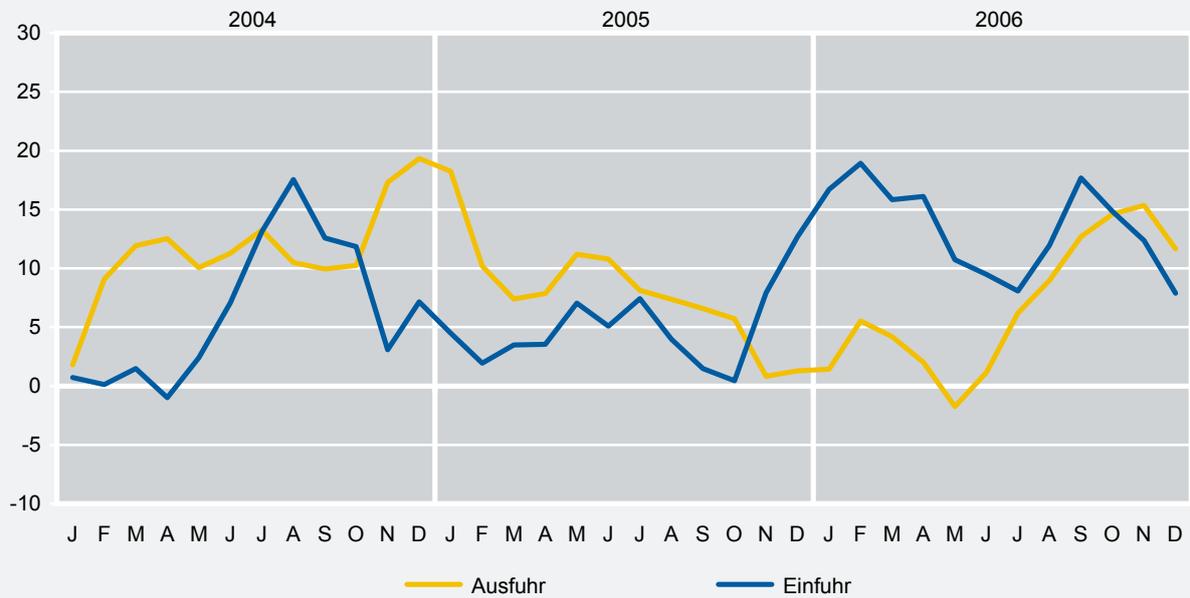
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

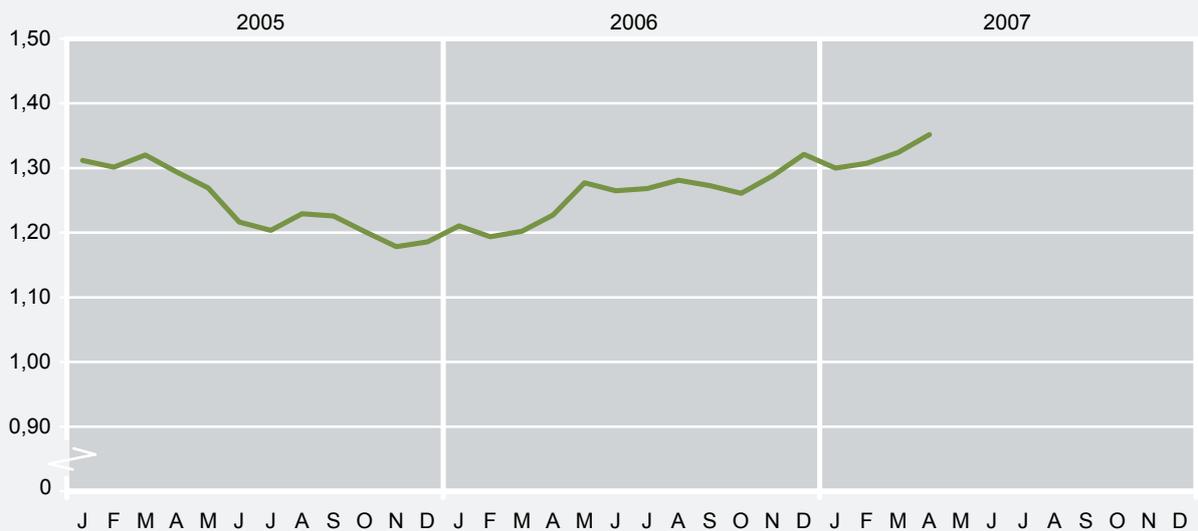
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

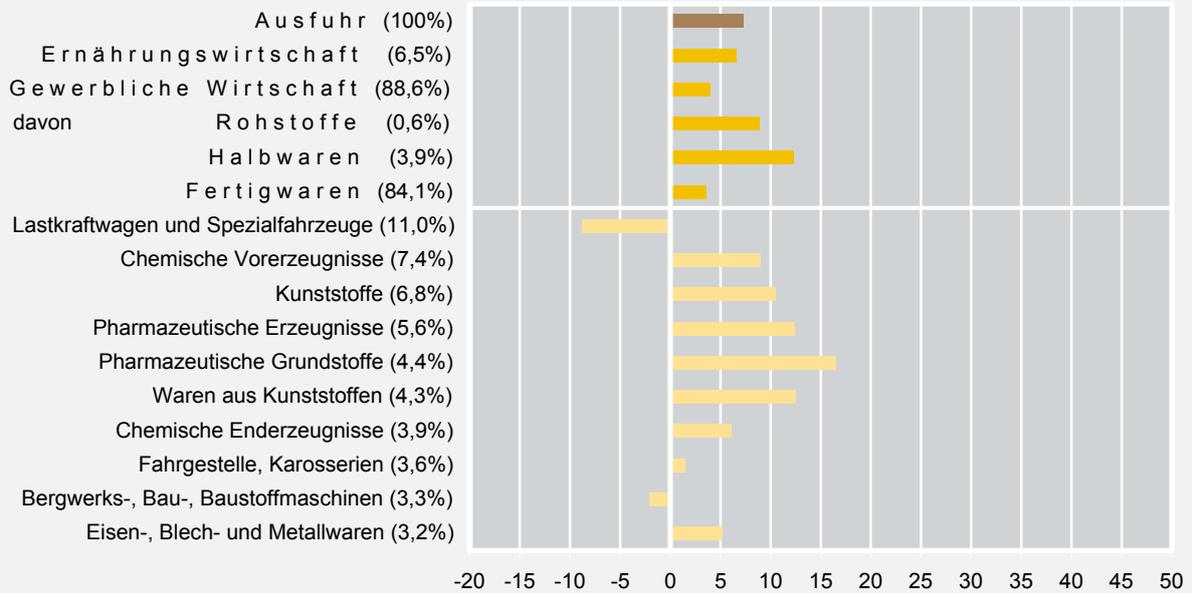
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

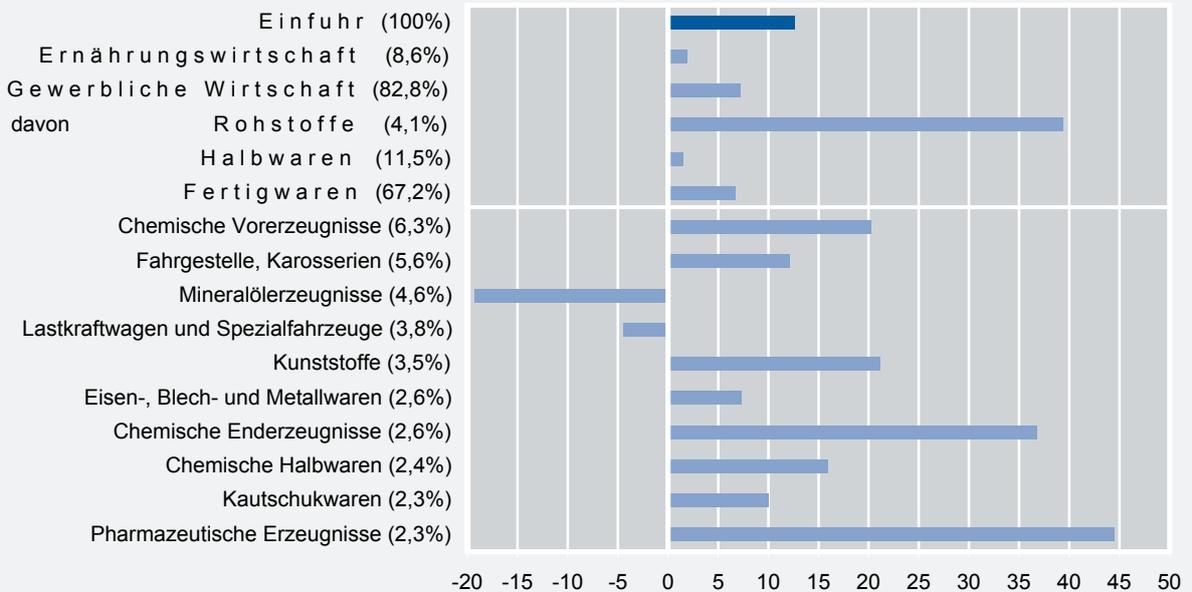
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2006 – Januar 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2006 – Januar 2007 nach Warengruppen¹⁾

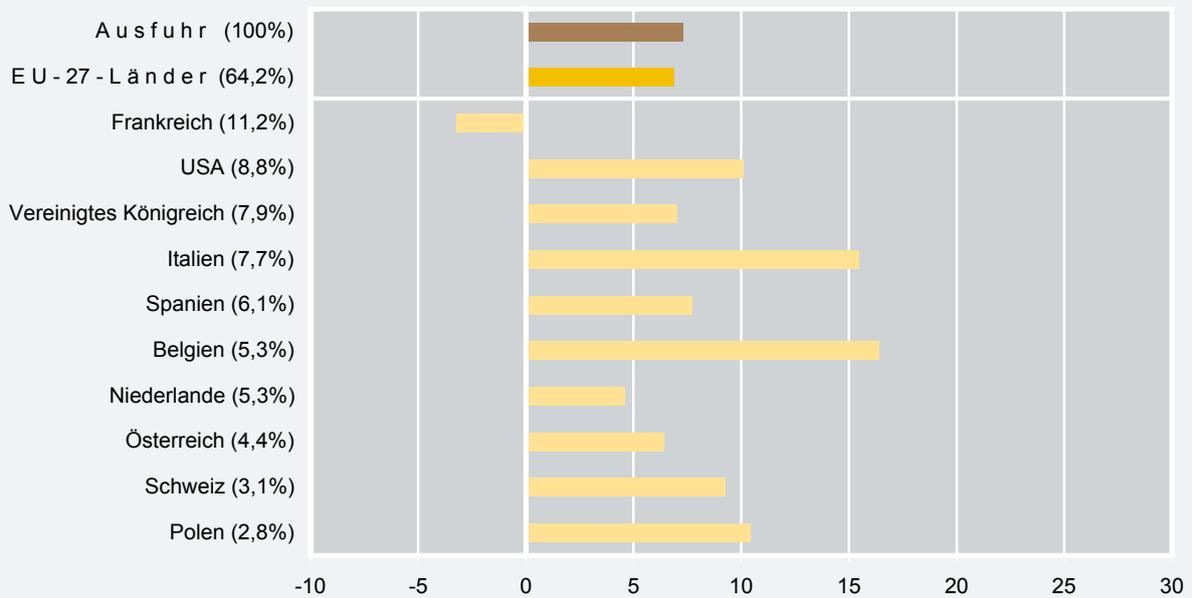
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Februar 2006 – Januar 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



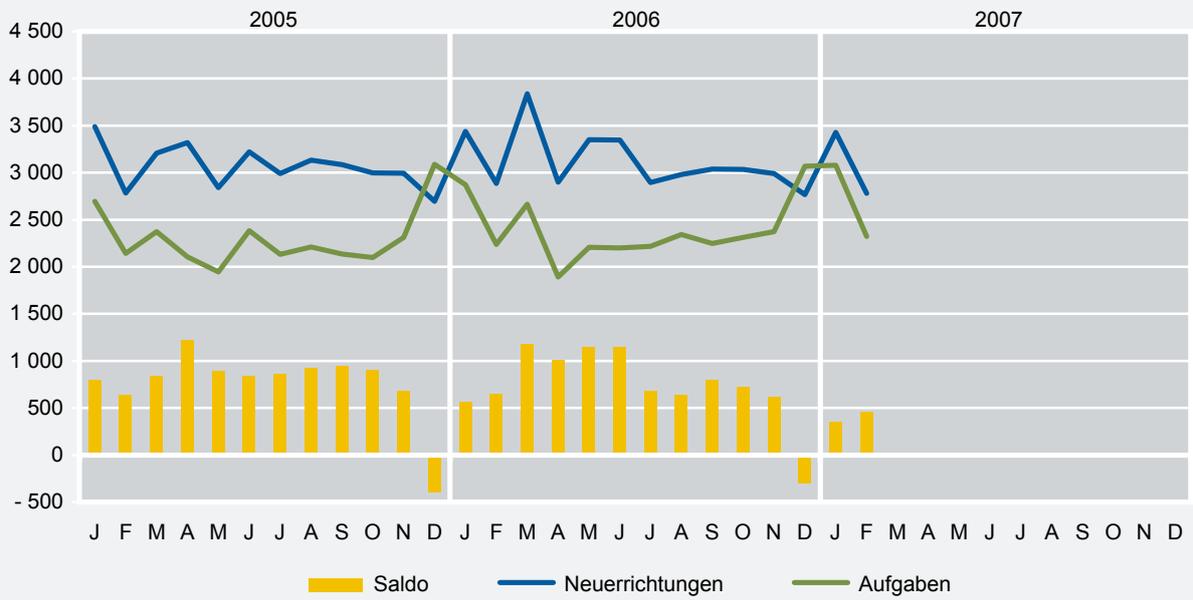
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Februar 2006 – Januar 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

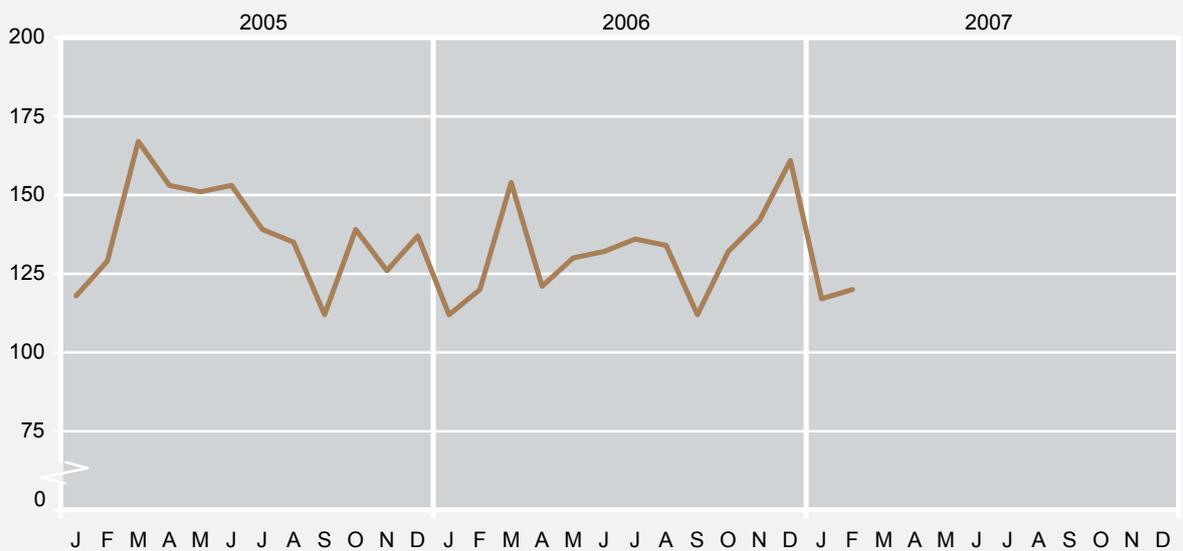


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

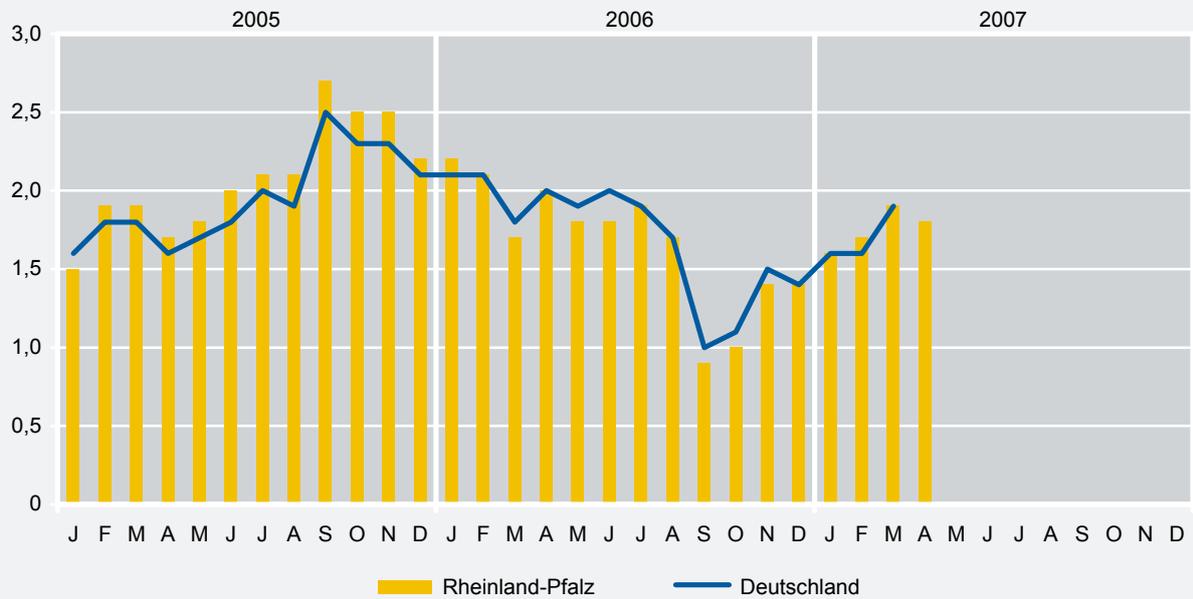


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



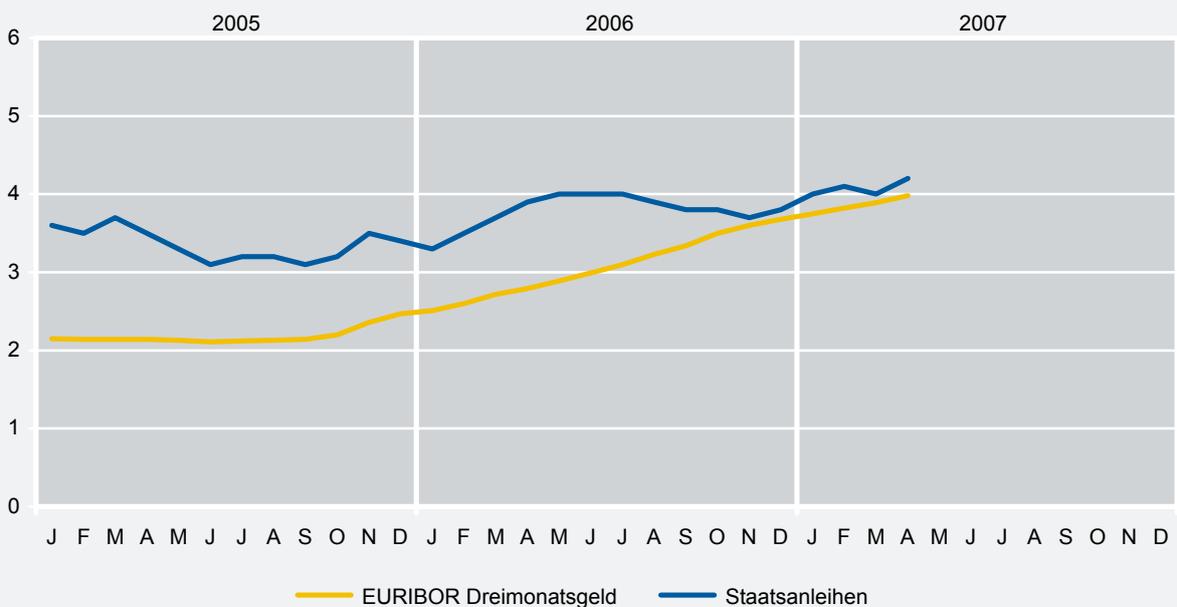
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

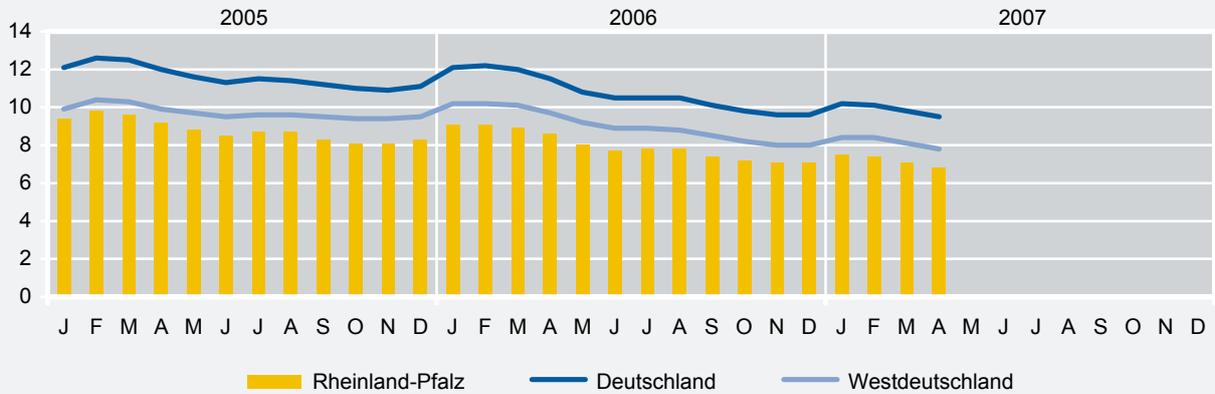
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

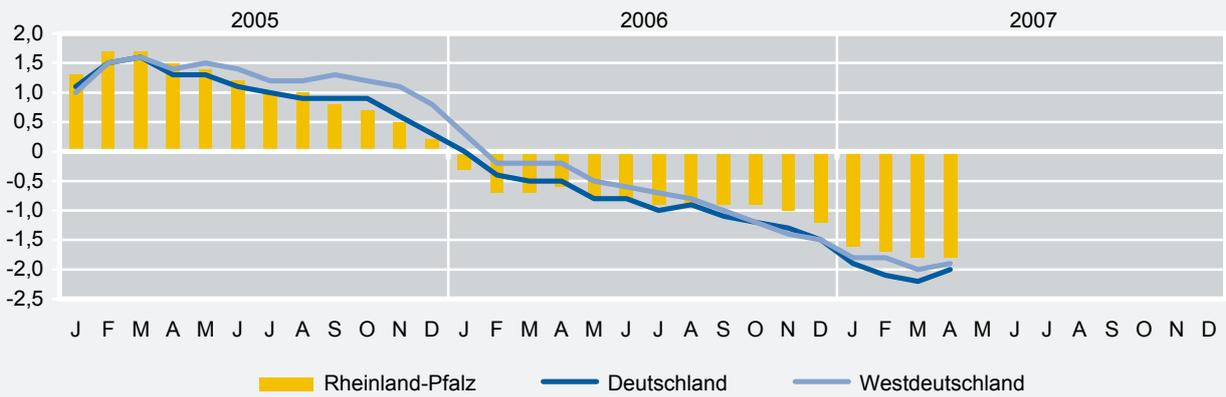
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

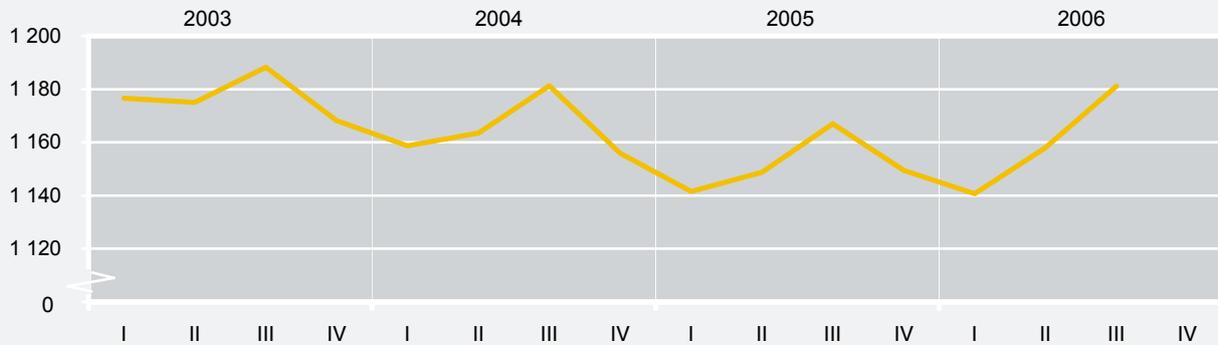
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

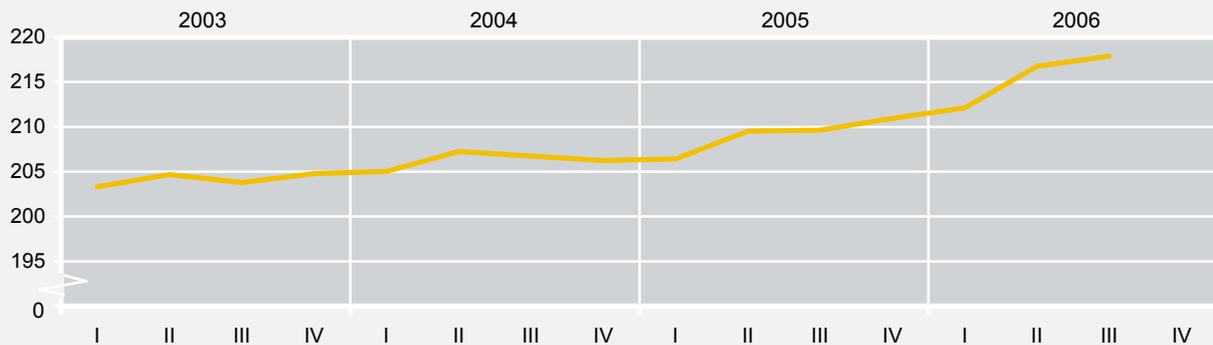
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

in 1 000



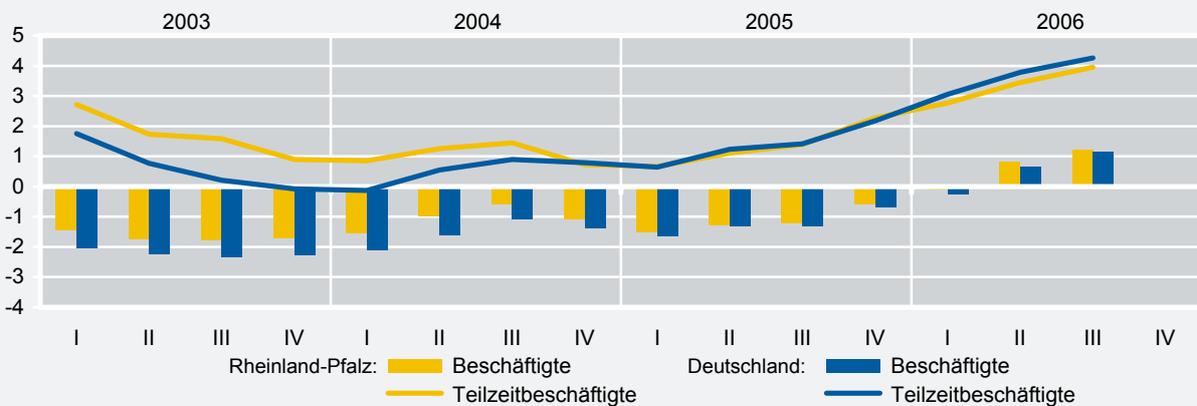
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

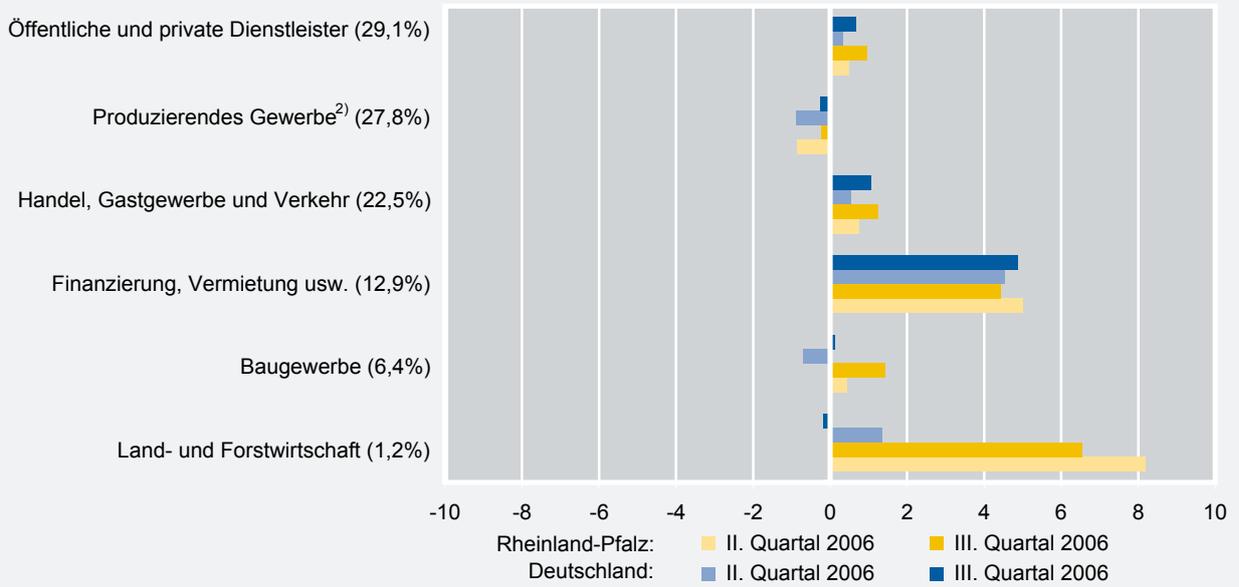
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

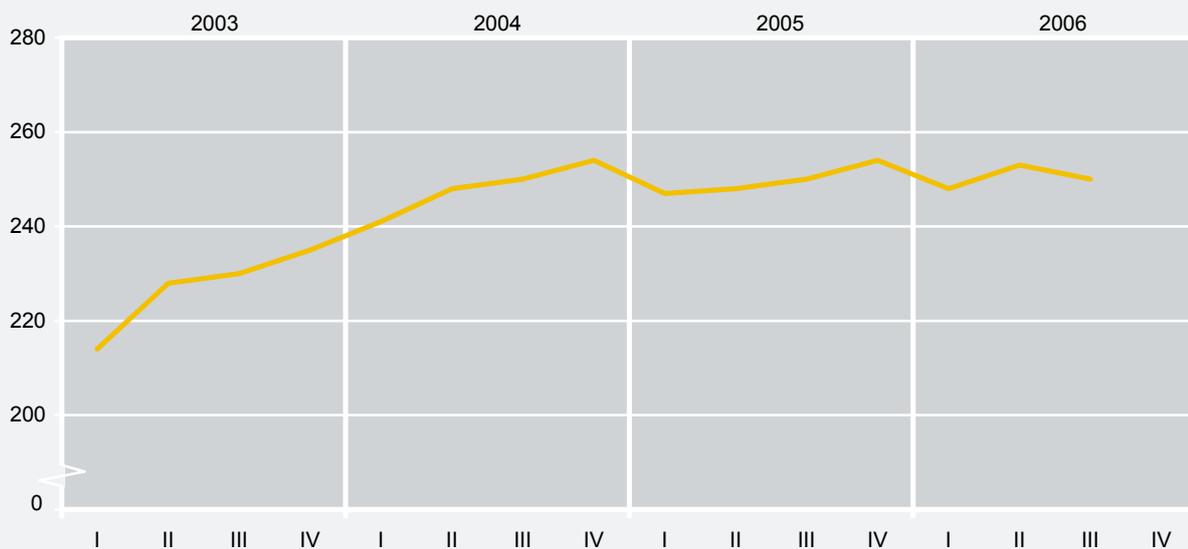
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

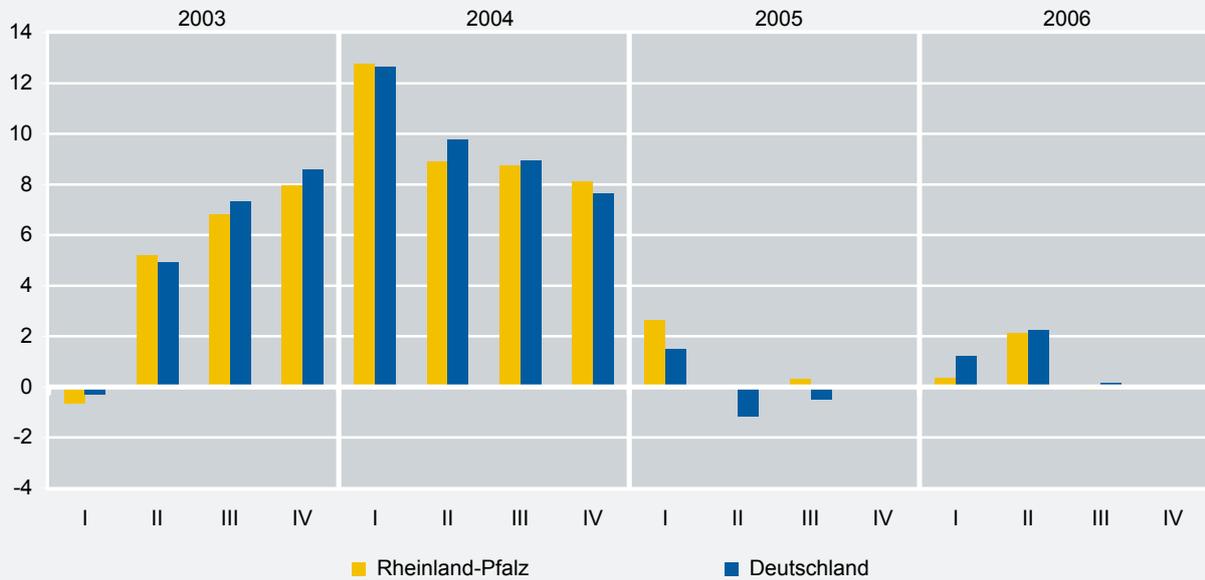


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

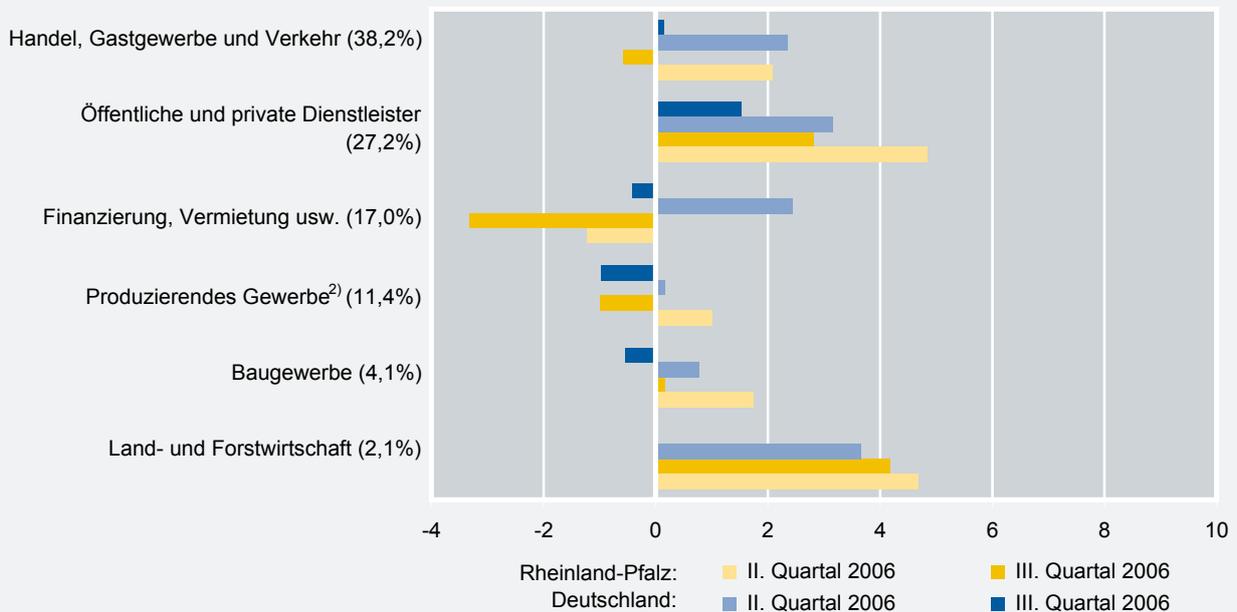
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 9. Mai 2007.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbsspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbsspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



	1.210.307		3.697.000
7	1.210.261	19.517.888	3.771.184
		20.053.663	
37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
		22.438.521	
81	1.474.661		4.092.465
	1.269.099	21.687.249	4.092.465

Zahlenspiegel

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004		2005			2006				
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 060	4 060	4 059	4 053	4 053	4 053	...	
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	318	318	313	318	320	320	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾											
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 753	1 689	1 380	1 132	2 517	2 228	1 542	1 083	...	
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 785	2 716	2 680	2 474	2 632	2 781	2 847	2 604	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	7,8	7,4	7,6	8,3	8,3	7,8	...	
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 464	3 565	3 271	3 385	3 902	3 171	3 524	3 413	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	9,5	10,1	11,3	9,5	10,2	10,2	...	
* darunter im 1. Lebensjahr											
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	10	12	16	7	14	11	13	...	
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,1	3,8	3,3	6,8	3,3	5,0	3,9	5,0	...	
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 591	- 911	- 1 270	- 390	- 677	- 809	...	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 1,7	- 2,7	- 3,7	- 1,2	- 2,0	- 2,4	...	
Wanderungen											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	9 243	7 932	7 566	9 118	11 081	8 394	...	
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 218	2 337	2 618	2 204	1 968	2 836	3 154	2 187	...	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	8 796	7 521	7 747	8 871	9 640	7 969	...	
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 114	2 073	2 035	2 143	2 305	2 334	2 514	2 313	...	
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	447	411	- 181	247	1 441	425	...	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 969	13 053	13 012	13 642	15 185	12 709	15 145	12 920	...	
ERWERBSTÄTIGKEIT											
Beschäftigte	Einheit	2003		2004			2005			2006	
		30.6.		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 164	1 156	1 142	1 149	1 167	1 149	1 141	1 158	
* Frauen	1 000	527	522	523	519	519	525	522	518	521	
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	66	66	68	70	65	67	70	
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	206	206	210	210	211	212	217	
* darunter Frauen	1 000	179	181	180	181	183	183	184	184	187	
davon nach Wirtschaftsbereichen											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	12	13	14	12	12	14	
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	340	333	330	326	325	328	324	320	322	
* Baugewerbe	1 000	80	77	74	70	74	76	72	69	74	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	265	262	259	256	258	263	259	256	260	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	142	141	143	147	145	145	150	
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	339	336	335	338	338	337	337	

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005		2006			2007			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose	Anzahl	178 514	162 951	185 218	180 781	173 593	153 732	151 485	145 518	139 210
* Frauen	Anzahl	82 718	78 698	83 199	81 989	81 359	75 167	73 569	71 372	69 521
* Männer	Anzahl	95 796	84 253	102 019	98 792	92 234	78 565	77 916	74 146	69 689
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	10 846	10 260	8 318	6 507	6 474	5 975	...
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	52 413	50 944	48 080	39 034	39 169	37 694	...
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	10,2	10,0	9,6	8,4	8,3	8,0	7,6
* Frauen	%	9,7	9,1	9,7	9,6	9,5	8,7	8,5	8,2	8,0
* Männer	%	10,0	8,8	10,6	10,3	9,6	8,2	8,2	7,8	7,3
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	22,5	22,3	21,7	18,9	18,6	18,1	17,4
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	10,5	10,1	9,5	7,2	7,5	7,1	6,4
* Kurzarbeiter/-innen ³⁾	Anzahl	5 613	...	4 626	4 361	3 333
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 752	23 047	20 835	22 572	23 969	22 841	23 005	22 607	22 259
darunter										
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 124	1 234	1 285	1 325	1 413	1 461	...
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	5 063	5 460	5 535	8 456	8 440	7 895	...
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
	Einheit	2004		2005		2006			2007	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	828	727	997	1 625	1 043	482	423	412	409
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	960	1 592	1 012	455	395	392	389
* 3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	38	27	37	33	31	27	28	20	20
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	-	1	3	2	-	-	-
Unternehmen	Anzahl	97	116	126	128	61	78	82	48	61
private Haushalte	Anzahl	729	610	871	1 496	979	402	341	364	348
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	1 313	2 006	1 371	752	676	580	557
* Umbauter Raum	1 000 m ³	810	672	938	1 467	993	481	437	402	398
* Wohnfläche	1 000 m ²	147	125	172	267	181	92	84	76	73
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	7 383	11 608	7 824	3 889	3 683	3 214	3 166
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	184	154	217	335	222	116	105	95	92
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	118	98	93	100	135	103	102	91
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	18	6	11	16	13	14	11
Unternehmen	Anzahl	105	97	74	82	85	112	83	84	75
private Haushalte	Anzahl	10	5	6	5	4	7	7	4	5
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	4	10	14	20	17	4	27
* Umbauter Raum	1 000 m ³	662	597	309	1 160	983	607	706	650	666
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	90	51	116	151	94	116	89	95
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	67	64	34	51	88	55	81	54	97
Genehmigte Wohnungen										
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 430	2 171	1 566	946	790	660	724
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	8 046	12 535	8 888	4 752	4 302	3 732	3 866

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005		2006				2007	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	11 033	11 102	9 685	11 936	11 103	10 901	10 683
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	3 233	3 019	2 453	3 337	3 003	2 028	2 850
* Kälber	t	20	16	39	12	11	23	37	10	16
* Schweine	t	7 968	7 865	7 635	7 941	7 162	8 484	7 897	8 801	7 770
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	10 198	10 257	10 125	10 012	9 575	9 159	9 877
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	61 121	62 216	56 799	57 545	61 605	64 283	59 182
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 042	1 030	1 026	1 005	1 002	998	998	1 028	1 029
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	249 562	244 447	242 301	239 773	238 729	242 513	242 024	244 055	244 070
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 739	31 155	29 393	31 381	30 079	32 467	29 051	32 411	30 875
* Entgelte	Mill. EUR	810	809	788	745	738	1 064	795	769	766
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 146	5 433	5 609	5 062	5 295	6 287	5 726	5 812	5 988
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	3 206	3 166
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 478	1 717
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	103	100
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 026	1 005
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 717	1 804	1 846	1 736	1 832	2 153	1 888	1 958	1 973
Fahrzeugbau	Mill. EUR	821	914	1 026	733	831	966	927	814	1 025
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 456	2 646	2 666	2 540	2 586	3 095	2 706	2 916	2 972
Exportquote ⁶⁾	%	47,7	48,7	47,5	50,2	48,8	49,2	47,3	50,2	49,6
Index des Auftragsingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	117,9	118,9	119,6	131,9	119,7	137,2	136,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	105,9	116,1	114,0	123,8	105,8	127,3	126,4
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	136,6	125,8	126,2	141,9	144,2	158,0	154,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	123,0	125,4	129,8	137,7	122,0	143,6	146,4
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	140,6	132,3	129,3	154,8	151,3	168,6	170,5
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁷⁾	Anzahl	86	87	86	86	86	86	86	102	103
* Beschäftigte ⁷⁾⁴⁾	Anzahl	10 377	10 204	10 154	10 091	10 052	10 090	10 064	9 921	9 862
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 261	1 340	1 243	1 367	1 144	1 338	1 209
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁷⁾	Mill. EUR	33	33	31	31	33	45	31	30	31
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	804	1 009	858	752	791	828	727
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	783	987	838	737	776	814	711

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2004	2005		2006				2007	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	35 639	34 695	33 789	37 210	36 897	35 713	35 605
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	2 803	1 937	2 148	4 260	3 114	2 698	2 823
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 065	779	933	1 761	1 246	1 107	1 234
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	762	595	597	999	811	727	718
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	976	563	618	1 500	1 057	864	871
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	465	197	231	756	515	366	405
* Entgelte	Mill. EUR	85	79	80	68	60	100	83	76	68
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	386	180	186	444	494	242	218
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	110	51	69	137	146	81	70
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	107	56	54	117	139	62	64
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	169	74	63	190	209	99	85
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	74	23	20	97	97	43	36
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾⁵⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	320	319	319	307	306	302	302
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 488	11 350	11 353	10 880	10 970	11 170	11 215
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 652	3 632	3 615	3 311	3 465	3 600	3 721
* Entgelte	Mill. EUR	77	76	77	76	81	70	73	74	81
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	240	253	327	193	238	256	410
HANDEL ⁷⁾										
Großhandel ⁸⁾⁹⁾										
	Einheit	2004	2005		2006				2007	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	2003=100	.	.	.	116,2	115,8	118,9	117,3	116,5	116,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	.	.	.	133,5	133,0	142,0	138,8	135,9	133,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	.	.	.	104,7	104,1	127,8	116,1	103,6	102,5
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	.	.	.	99,3	98,6	118,9	108,7	96,6	95,2
Einzelhandel ¹⁰⁾										
* Beschäftigte	2003=100	.	.	.	106,6	106,1	110,1	109,7	108,3	108,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	.	.	.	108,5	108,1	112,3	111,5	109,7	109,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	.	.	.	98,0	91,7	111,8	130,3	98,3	93,8
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	.	.	.	97,0	90,4	109,8	128,6	96,5	91,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	.	.	.	100,1	99,4	100,3	100,5	100,0	100,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	.	.	.	98,1	95,9	98,9	98,6	96,6	97,4
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	.	.	.	96,6	98,7	141,4	123,3	93,7	96,6
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	.	.	.	93,4	95,4	135,6	117,9	88,3	90,8
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2003=100	106,5	108,8	104,9	102,8	103,1	110,7	109,1	106,0	106,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	115,4	111,1	109,7	109,8	117,5	116,7	114,0	113,9
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	99,3	99,2	94,2	79,7	79,0	91,9	97,3	79,1	77,1
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	98,6	97,4	91,2	78,3	77,1	88,6	92,6	75,8	73,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitraumes. – 7) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Zahlenspiegel

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gästekünfte	1 000	580	595	381	308	334	459	390	311	348	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	98	60	82	91	93	62	80	
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	1 027	846	900	1 139	1 069	851	939	
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	252	156	216	225	251	150	213	
VERKEHR											
Straßenverkehrsunfälle											
	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 262	2 203	2 073	2 167	1 761	2 227	2 154	2 017	1 726	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 447	1 430	1 292	1 255	985	1 468	1 373	1 251	1 045	
* Getötete Personen	Anzahl	24	24	24	16	10	30	25	24	19	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	13	13	17	10	10	13	16	14	14	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	2	-	-	4	3	3	1	
Radfahrer	Anzahl	1	1	-	1	-	3	-	2	-	
Fußgänger	Anzahl	3	3	3	5	-	6	4	5	4	
* Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 874	1 722	1 694	1 291	1 918	1 784	1 662	1 378	
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	376	362	333	301	231	356	301	277	242	
darunter											
Pkw-Insassen	Anzahl	191	168	189	192	156	168	161	141	144	
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	83	55	24	13	91	49	43	27	
Radfahrer	Anzahl	45	50	26	20	16	47	32	24	24	
Fußgänger	Anzahl	38	41	47	53	37	37	45	50	31	
Kraftfahrzeuge ³⁾											
	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	11 361	10 873	8 038	14 968	14 493	10 503	8 014	
darunter											
Kraftfahrzeuge	Anzahl	865	801	142	210	304	288	300	304	481	
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 583	11 752	10 203	9 599	7 025	13 328	12 765	8 894	6 658	
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	757	742	494	994	1 051	887	584	
Zugmaschinen	Anzahl	239	268	184	260	174	276	279	334	236	
Personenbeförderung											
	Einheit	2004		2005			2006				
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	69 121	62 432	65 026	54 394	63 816	69 273	63 761	54 906	64 030	
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	643	574	570	493	660	612	581	499	658	
Binnenschifffahrt											
	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gütereingang	1 000 t	1 185	1 183	996	1 034	1 039	1 343	1 224	1 074	1 221	
* Güterversand	1 000 t	808	852	703	630	780	996	950	823	798	
AUSSENHANDEL ⁶⁾											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	2 644	2 832	2 784	2 673	2 900	3 385	3 251	2 869	3 211	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	166	185	215	182	179	224	256	180	192	
* Güter der gewerb. Wirtschaft	Mill. EUR	2 439	2 601	2 498	2 430	2 580	3 004	2 831	2 551	2 864	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	17	19	17	16	23	19	20	15	
* Halbwaren	Mill. EUR	106	108	104	101	113	136	111	112	123	
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 309	2 476	2 376	2 313	2 450	2 845	2 701	2 419	2 726	
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	702	719	743	646	753	901	826	691	908	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 607	1 757	1 632	1 667	1 698	1 944	1 875	1 728	1 818	

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Ausfuhr (Spezialhandel)											
davon nach											
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 073	2 149	1 969	2 118	2 413	2 465	2 078	2 421	
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 742	1 832	1 928	1 725	1 853	2 074	2 170	1 822	2 142	
Belgien	Mill. EUR	129	140	139	135	150	186	174	155	205	
Luxemburg	Mill. EUR	38	41	43	52	46	48	44	48	44	
Dänemark	Mill. EUR	33	38	39	38	40	47	43	42	44	
Finnland	Mill. EUR	20	21	20	18	20	21	20	25	23	
Frankreich	Mill. EUR	356	356	343	318	348	338	363	320	383	
Griechenland	Mill. EUR	29	43	30	35	50	38	39	33	33	
Großbritannien	Mill. EUR	213	224	226	207	223	262	232	287	234	
Irland	Mill. EUR	12	13	13	12	15	15	17	14	17	
Italien	Mill. EUR	196	200	234	185	230	259	269	183	271	
Niederlande	Mill. EUR	154	155	172	144	162	167	223	151	207	
Österreich	Mill. EUR	128	125	129	143	126	138	144	124	135	
Schweden	Mill. EUR	55	59	56	50	52	53	62	47	70	
Spanien	Mill. EUR	164	170	202	149	179	197	217	148	193	
Portugal	Mill. EUR	19	18	23	14	17	29	23	16	21	
* Afrika	Mill. EUR	61	64	56	61	63	78	64	72	62	
* Amerika	Mill. EUR	300	333	276	305	366	446	355	346	363	
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	196	236	290	311	240	265	250	
* Asien	Mill. EUR	319	333	283	309	323	403	337	337	337	
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	48	47	47	69	41	46	54	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	20	29	30	45	29	35	27	
Einfuhr (Generalhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 733	1 987	1 796	1 842	2 041	2 115	2 008	1 945	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	168	184	162	168	166	203	168	196	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 513	1 731	1 566	1 513	1 702	1 727	1 670	1 588	
davon											
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	64	74	85	29	75	89	88	100	
* Halbwaren	Mill. EUR	192	223	217	219	221	228	217	203	216	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 226	1 440	1 263	1 263	1 399	1 421	1 379	1 272	
davon											
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	321	328	311	324	350	394	376	400	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	905	1 111	952	940	1 049	1 027	1 003	872	
davon aus											
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 347	1 539	1 384	1 415	1 519	1 654	1 507	1 483	
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 182	1 215	1 366	1 228	1 290	1 370	1 477	1 334	1 262	
Belgien	Mill. EUR	186	186	189	200	239	229	282	236	228	
Luxemburg	Mill. EUR	28	35	38	26	49	44	43	34	36	
Dänemark	Mill. EUR	28	33	48	46	14	30	29	15	41	
Finnland	Mill. EUR	7	8	7	12	6	13	12	14	13	
Frankreich	Mill. EUR	253	231	257	206	203	245	254	214	207	
Griechenland	Mill. EUR	5	4	6	5	5	7	3	4	4	
Großbritannien	Mill. EUR	63	64	71	54	60	84	51	74	54	
Irland	Mill. EUR	14	16	22	22	25	8	7	5	6	
Italien	Mill. EUR	106	112	132	119	130	129	134	126	119	
Niederlande	Mill. EUR	182	218	228	216	198	200	254	264	214	
Österreich	Mill. EUR	53	53	55	56	66	70	65	67	55	
Schweden	Mill. EUR	36	42	98	24	60	47	52	44	35	
Spanien	Mill. EUR	72	66	63	73	76	64	78	69	81	
Portugal	Mill. EUR	10	10	8	13	12	16	14	8	10	
* Afrika	Mill. EUR	31	35	40	38	42	27	37	28	30	
* Amerika	Mill. EUR	133	157	172	174	159	245	197	237	180	
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	116	136	141	131	183	137	178	126	
* Asien	Mill. EUR	165	190	231	197	222	246	224	234	247	
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	28	31	29	25	27	27	28	19	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	5	3	4	4	4	3	5	
GEWERBEANZEIGEN ³⁾											
	Einheit	2004		2005		2006				2007	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 323	4 208	3 509	3 517	3 392	4 176	3 332	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	3 792	3 687	2 796	2 907	3 684	3 900	2 894	

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Einschließlich Bulgariens und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel

INSOLVENZEN	Einheit	2004	2005		2006			2007		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	456	548	593	550	543	665	703	664	604
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	137	112	120	142	161	117	120
* Verbraucher	Anzahl	201	264	305	289	274	392	394	424	352
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	137	137	135	119	131	106	119
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	13	15	14	12	14	12	17	17	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	115	155	116	168	124	87	116
HANDWERK ²⁾	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	90,8	92,6	91,1	89,8	90,7	93,6	92,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	96,3	98,2	105,2	83,0	99,2	102,6	122,4
PREISE	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	108,2	110,0	109,4	109,4	109,7	110,8	111,3	111,5	111,7
VERDIENSTE ⁶⁾	Einheit	2004	2005		2006			2007		
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 571	2 597	2 608	2 641	2 555	2 662	2 683	2 703	.
* Männer	EUR	2 643	2 667	2 677	2 713	2 622	2 734	2 756	2 776	.
* Frauen	EUR	1 935	1 962	1 968	1 975	1 960	1 999	2 011	2 021	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,70	15,80	15,78	15,88	15,97	16,04	.
* Männer	EUR	15,95	16,10	16,09	16,20	16,20	16,28	16,35	16,42	.
darunter										
Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,23	17,36	17,27	17,35	17,46	17,51	.
angeleitete Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,51	15,60	15,58	15,65	15,73	15,81	.
Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,77	12,85	12,85	13,08	13,05	13,13	.
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,10	12,05	12,05	12,20	12,30	12,33	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,30	11,20	11,20	11,43	11,50	11,53	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	38,2	38,5	37,3	38,6	38,7	38,8	.
Arbeiter	h	38,1	38,1	38,3	38,5	37,3	38,7	38,8	38,9	.
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,4	37,7	37,4	37,7	37,6	37,7	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 843	3 855	3 852	3 891	3 918	3 921	.
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 121	4 135	4 123	4 168	4 199	4 200	.
* Frauen	EUR	2 955	3 024	3 031	3 039	3 057	3 081	3 109	3 119	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 559	3 575	3 569	3 606	3 626	3 634	.
Männer	EUR	3 976	4 051	4 060	4 084	4 052	4 102	4 124	4 131	.
Frauen	EUR	2 879	2 947	2 954	2 960	2 980	3 005	3 027	3 039	.
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 072	4 080	4 076	4 117	4 152	4 151	.
Männer	EUR	4 094	4 137	4 152	4 161	4 158	4 200	4 234	4 234	.
Frauen	EUR	3 245	3 314	3 322	3 331	3 335	3 361	3 408	3 410	.
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 929	2 944	2 964	2 978	2 980	3 007	.
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 217	3 239	3 261	3 278	3 278	3 300	.
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563	2 561	2 593	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 951	2 966	2 986	2 999	3 001	3 030	.
Männer	EUR	3 251	3 300	3 296	3 319	3 340	3 356	3 356	3 379	.
Frauen	EUR	2 495	2 533	2 533	2 536	2 559	2 568	2 566	2 599	.
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 392	3 406	3 415	3 444	3 459	3 472	.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschadigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	116 079	116 272	116 611	117 476	117 418	118 096	118 057
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 259	12 162	12 031	12 876	12 338	12 859	12 396
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 491	9 205	9 188	9 412	9 533	9 390	9 468
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	94 329	94 905	95 392	95 188	95 547	95 847	96 193
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 514	111 055	110 993	111 487	110 960	111 770	111 637
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	96 140	96 722	96 569	97 079	97 326	97 921	97 784
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 374	14 333	14 424	14 408	13 634	13 849	13 853
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 565	5 217	5 618	5 989	6 458	6 326	6 420
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	93 280	94 232	95 512	95 741	96 718	97 633	99 307
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	26 843	27 329	28 055	28 003	28 756	27 841	28 752
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	29 618	30 524	30 766	31 267	31 654	33 850	34 559
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 342	5 260	5 293	5 403	5 580	5 775	6 051
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 477	31 119	31 398	31 068	30 728	30 167	29 945
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	90 189	90 625	92 115	92 497	93 232	94 040	96 139
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	88 483	89 040	90 405	90 905	91 409	91 390	93 016
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 706	1 585	1 710	1 592	1 823	2 650	3 123
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 091	3 607	3 397	3 244	3 486	3 593	3 168
STEUERN	Einheit	2005		2006				2007		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 208	2 379	2 134	2 403	1 910	3 244	2 034	2 816	2 432
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	753	824	601	854	518	1 495	542	849	703
Lohnsteuer	Mill. EUR	582	591	456	790	411	773	510	813	429
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	112	-	355	-	-	-	366	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	49	87	95	- 24	- 116	442	- 73	- 21	18
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	39	26	13	17	36	31	9	17
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	27	74	31	8	14	81	39	14
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	10	-	24	-	-	-	25	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	80	- 50	44	198	231	- 8	10	225
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	10	5	-	24	-	-	-	- 11	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 455	1 554	1 532	1 549	1 392	1 749	1 493	1 967	1 730
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	372	382	413	277	429	360	561	261
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 081	1 183	1 151	1 135	1 115	1 319	1 133	1 406	1 469
Zölle	Mill. EUR	130	150	126	159	147	150	131	166	159
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	35	53	92	162	43	53	101
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	43	32	- 4	9	33	76	9	3	33
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	34	38	32	23	50	78	26	24	58

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2005		2006				2007			
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	107	100	112	85	124	92	130	
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	14	11	19	15	18	15	17	50	
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	19	21	27	24	17	23	22	20	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	39	68	33	46	30	69	34	40	
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	10	4	18	20	13	14	16	13	
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	1	0	0	4	4	0	0	4	
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
	Einheit	2004		2005				2006			
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	404	434	415	406	477	532	515	527	463	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	4	4	4	6	4	
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	110	112	93	95	109	115	94	
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	288	280	373	423	388	398	359	
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	9	9	13	8	8	11	14	9	6	
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	600	626	569	621	769	653	680	744	785	
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	230	250	220	216	273	376	308	320	242	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	230	232	193	251	354	150	216	267	393	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	28	28	38	16	29	28	46	
	Einheit	2005		2006				2007			
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	597	655	607	657	532	1 003	579	705	695	
Landessteuern	Mill. EUR	92	87	107	100	112	85	124	92	130	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	272	304	253	314	182	552	232	310	263	
Lohnsteuer	Mill. EUR	196	199	194	283	123	225	217	294	132	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	21	37	40	- 10	- 50	188	- 31	- 9	8	
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	13	16	11	5	6	17	14	3	5	
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	12	32	14	4	6	36	17	6	
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	40	- 25	22	99	115	- 4	5	112	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	216	242	242	230	237	311	227	299	302	
Umsatzsteuer	Mill. EUR	158	176	168	182	168	237	161	251	211	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	57	66	74	48	70	74	66	48	91	
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	1	4	0	15	- 1	1	0	
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	3	1	2	0	7	- 0	0	0	
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	11	2	6	0	28	- 2	2	0	
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	1	0	6	- 0	0	0	
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 189	1 252	1 084	1 224	1 052	1 738	1 062	1 447	1 342	
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	35	53	92	162	43	53	101	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	336	359	254	367	236	655	233	362	316	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	761	809	793	800	724	906	788	1 031	925	
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	1	4	0	15	- 1	1	0	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

April**STATISTISCHE BERICHTE****Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 30. Juni 2006 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200642

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Allgemein bildende Schulen im Schuljahr 2006/2007 – Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger
Bestellnr.: B1013 200600

Allgemein bildende Schulen im Schuljahr 2006/2007 – Teil II: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Bestellnr.: B1023 200600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung 2006
Bestellnr.: C3053 200644

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Januar 2007
Bestellnr.: D1023 200701

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Februar 2007
Bestellnr.: E1033 200702

Bauhauptgewerbe 2006 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2013 200600

Ausbaugewerbe 2006 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Bestellnr.: E3013 200600

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2007
Bestellnr.: F2033 200702

Baufertigstellungen im Jahr 2006
Bestellnr.: F2053 200600

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Januar 2007
Bestellnr.: G3023 200701

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Februar 2007
Bestellnr.: H1023 200702

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern am 1. Januar 2007
Bestellnr.: H1033 200700

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 4. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: H1073 200644

Sozialleistungen

Jugendhilfe 2005
Teil I – Erzieherische Hilfen,
Teil IV – Ausgaben und Einnahmen
Bestellnr.: K1053 200500

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im März 2007

Bestellnr.: M1013 200703

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2007

Bestellnr.: M1043 200741

Umwelt

Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe 2005 (ohne Baugewerbe)

Bestellnr.: Q3013 200500

Klimawirksame Stoffe 2005

Bestellnr.: Q4013 200500

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN**Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und des Länder**

Erwerbstätige in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1991 sowie in deren kreisfreien Städten und Landkreisen 1980, 1985, 1987 bis 1991 – (Ergebnisse der Revision 2005)

Reihe 1/2 Länder-/Kreisergebnisse, Band 1 (Excel)

Bestellnr.: A6115E 200501

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2005 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 Erwerbstätige
Bestellnr.: A6315E 200500

Neuerscheinungen

Broschüre: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2006 – (kostenfreier Download, Druckversion gegen Schutzgebühr)

Bestellnr.: P1115 200600

CD-ROM: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder – Kreis- und Länderergebnisse 1991 bis 2005 – Berechnungsstand August 2005/Februar 2006 – Ausgabe 2006

Bestellnr.: P1125C 200500

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwiegende Zahl der aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

60 Jahre Rheinland-Pfalz – Ein statistischer Streifzug durch sechs Jahrzehnte. Broschüre zum 60. Geburtstag des Landes

Aus Anlass des Landesjubiläums hat das Statistische Landesamt wichtige Eckdaten aus 60 Jahren in einer Broschüre zusammengestellt. Mit anschaulichen Grafiken und kurzen Kommentierungen werden vielfältige Themen aus den Bereichen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft beleuchtet. Tiefer gehende Informationen können dem umfangreichen Tabellenanhang entnommen werden. Die gedruckte Broschüre kann zum Preis von 3,00 EUR (einschließlich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Die PDF-Datei steht unter http://www.statistik.rlp.de/verlag/sonstiges/60_Jahre_Rheinland-Pfalz.pdf zum kostenfreien Download bereit.



Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Romy Feldmann und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.